

Arbeitsbericht 2002



Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Am 6. Januar 2003 verstarb im Alter von 63 Jahren

**Herr Staatssekretär a.D.
Professor Dr. Heribert Zitzelsberger**

Herr Professor Zitzelsberger war seit 1999 Mitglied des Verwaltungsrates des RWI und hat die Arbeit des Instituts stets engagiert unterstützt. Mit seinem Tod hat das RWI einen kompetenten Ratgeber verloren. Wir nehmen in tiefer Trauer Abschied.

Vorstand, Verwaltungsrat, Mitglieder und Mitarbeiter des RWI werden sein Andenken in ehrender Erinnerung bewahren.

Am 23. Januar 2003 verstarb im Alter von 62 Jahren

Herr Dr.-Ing. E.h. Gerd Müller

Herr Dr. Müller war von 1991 bis 1998 Mitglied des Verwaltungsrates des RWI und hat sich in diesen Jahren stets für das Wohl des Instituts eingesetzt. Wir nehmen in tiefer Trauer Abschied.

Vorstand, Verwaltungsrat, Mitglieder und Mitarbeiter des RWI werden sein Andenken in ehrender Erinnerung bewahren.

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Arbeitsbericht 2002

Essen · April 2003

Herausgegeben vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Telefon: (0201) 81 49-0, Telefax: -200
Internet: <http://www.rwi-essen.de>, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Druck: 2003 bei Druckerei Peter Pomp GmbH, 46238 Bottrop

Inhalt

Das Institut	5
Entwicklung, Aufgaben und Organe	5
Mitgliederversammlung	7
Verwaltungsrat	8
Vorstand	8
Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 2002	8
Finanzierung	9
Die finanzielle Entwicklung im Jahre 2002	9
Forschungsbeirat	10
Mitarbeiter	11
Betriebsrat	13
Gleichstellungsbeauftragte	13
Veröffentlichungen.	14
Gesellschaft der Freunde und Förderer.	14
Die Arbeiten des Instituts	15
Die Arbeiten der Forschungsgruppen	15
Internationale Wirtschaftsbeziehungen	15
Konjunktur	19
Regionalwirtschaftliche Analysen	25
Sektorale Strukturanalysen.	30
Energiewirtschaft	42
Handwerk und Mittelstand	52
Öffentliche Finanzen und Steuern	67
Summerschool	81
Die Arbeiten anderer Gruppen	81
Statistik	81
EDV	83
Grafik.	85
Bibliothek	85
Veröffentlichungen.	87
Satzung	91
Organisationsplan	

Das Institut

Entwicklung, Aufgaben und Organe

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, – RWI – ist eine unabhängige und gemeinnützige Einrichtung der wissenschaftlichen Forschung, die sich mit der Beobachtung und Analyse der Wirtschaft und ihrer Entwicklung befasst. Das Institut wurde 1926 von Walther Däbritz auf Anregungen aus Kreisen der Ruhrwirtschaft als Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung (jetzt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Berlin, gegründet. Seit 1943 arbeitet es in rechtlicher Selbständigkeit als eingetragener Verein.

Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten liegt bei Diagnosen und Prognosen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in bedeutenden Industrieländern. Schon allein standortbedingt zählt auch die Analyse der Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Bereiche Energie und Stahl zu den wichtigen Arbeitsgebieten des Instituts. Traditionell umfasst der Aufgabenbereich außerdem die Analyse des Handwerks, neuerdings akzentuiert auch die des Mittelstandes. Besondere Aufmerksamkeit wird ferner der Regionalforschung, der europäischen Integration und der Umweltökonomie gewidmet, den beiden letzteren in Gestalt von sog. „Querschnittsthemen“. Ein erster längerfristig orientierter Forschungsplan wurde 1991/92 im Forschungsbeirat und im Verwaltungsbeirat diskutiert und 1992 der Mitgliederversammlung vorgelegt. Der Entwurf eines zweiten Langfristplans, der die Empfehlungen des Wissenschaftsrats berücksichtigt, wurde 1999 im Forschungsbeirat abschließend beraten und im Jahr 2000 vom Verwaltungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Er ist seitdem eine wichtige Orientierungsgröße für die Forschungsarbeit im RWI.

Die Zukunft der Forschung wird, schon allein aufgrund des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnologien, noch stärker als bisher durch variable Netzwerke geprägt sein. Gerade die Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, die es einem in starkem Maße empirisch ausgerichteten Institut mittlerer Größe fast unmöglich macht, alle neueren Beiträge in ihrer gesamten Breite aufzuarbeiten, verlangt solche externen Kooperationen – insbesondere mit Universitäten. Dies war auch der explizite Wunsch des Wissenschaftsrates

Institutionalisiert finden sich derartige *Netzwerke* beim RWI bereits, so im Rahmen

- des von der DFG geförderten SFB 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“ mit dem Fachbereich Statistik der Universität Dortmund sowie in der Mitwirkung im Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund,
- des von den Vereinten Nationen geförderten und federführend an den Universitäten Toronto und Maryland angesiedelten *Project LINK*, einem weltweiten Verbund makroökonomischer Modelle,
- des European Economic Network (EUREN: *Bureau Federal du Plan*, Brüssel, *Centro de Predicción Económica*, Madrid, *Centre d’Observation Economique* (COE), Paris bzw. der Sorbonne, *Centro Studi Confindustria* (CSC), Rom, sowie *London Business School*, London) zur europäischen Konjunkturanalyse,
- der Zusammenarbeit mit dem *European Policies Research Center* an der *University of Strathclyde*, Glasgow, wo Prof. Klemmer als Visiting-Professor jährlich eine Vorlesung hält,
- der Zusammenarbeit mit dem *Centre for Enterprise and Economic Development Research* (CEEDR; Prof. Smallbone) der *University of Middlesex*, London, sowie
- der Mitgliedschaft im *Entrepreneurship Research Consortium* (ERC; Prof. Reynolds).

Auf dem Gebiet der ökonomischen Energie- und Klimaforschung findet eine stärkere Zusammenarbeit mit amerikanischen Forschern statt. Die bereits abgeschlossenen *Kooperationsvereinbarungen*

- mit dem CEEDR,
- mit Prof. Reynolds (ERC),
- mit der Ruhr-Universität Bochum und der Fachhochschule Gelsenkirchen auf dem Gebiet der Gründungsforschung,
- mit der Sektion B der WGL auf den Gebieten der Raum- und Umweltforschung sowie
- dem Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig

haben zu gemeinsamen Projekten geführt, deren Ergebnisse in den nächsten Jahren erwartet werden.

Hervorgehoben werden soll der Kooperationsvertrag mit der Ruhr-Universität Bochum, die dem künftigen Präsidenten in der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der RUB eine akademische Heimat bieten wird und der zu einem gemeinsamen Lehr- und Forschungsmodul „Empirische Wirtschaftsforschung“ geführt hat. Bei der DFG, der VW-Stiftung und dem BMBF wurden inzwischen Anträge auf Unterstützung gemeinsam durchzuführender Forschungsprojekte eingereicht. Zwei Anträge wurden bewilligt, die Arbeiten begonnen (vgl. den Bericht der Forschungsgruppe Regionalwirtschaftliche Analysen).

Das RWI beteiligt sich seit längerer Zeit am von der DFG finanzierten Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“

der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit (vgl. Arbeitsbericht April 1999 bis Januar 2001) wurde ein zweiter Fortsetzungsantrag für die Zeit vom April 2002 bis zum März 2005 gestellt, der inzwischen genehmigt wurde.

Die Kooperationsbeziehungen mit

- der Universität GH Essen sowie
- der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg.

konnten noch nicht vertraglich fixiert werden. Das RWI ist stark an einer engeren Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten interessiert und hat bereits mehrfach seine Bereitschaft dazu geäußert.

Mit der Ohio Wesleyan University, Delaware, Ohio, wird ein Wissenschaftleraus-tausch gepflegt. Die Beratung durch die Mitarbeiter des RWI wird von Studenten und Doktoranden in steigendem Maße in Anspruch genommen.

Das RWI will mit seinen Arbeiten über wirtschaftliche Entwicklungen und deren Bestimmungsgründe informieren, der Wirtschaftspolitik sachgerechte Entsch-eidungen erleichtern und allgemein in der Öffentlichkeit das Verständnis für gesamt-wirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Die Ergebnisse werden in der Regel ver-öffentlicht.

Das Institut dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Seine Aufgabe ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere die Erarbeitung von Grund-lagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Diesem Zwecke dienen u.a. der Auf- und Ausbau ökonomischer Modelle, insbesondere in den Bereichen der Konjunktur-, Struktur- und Energieforschung, sowie die Pflege von Datenbanken.

Mitglieder des Vereins können sowohl Firmen als auch Körperschaften des öffent-lichen Rechts sowie soziale und wirtschaftliche Organisationen werden, die an den Zielen des Instituts interessiert sind. Die Mitglieder leisten einen Jahresbeitrag, des-sen Höhe ihrer Einschätzung überlassen bleibt. Den Mindestbeitrag setzt die Mit-gliederversammlung jährlich fest, er beträgt derzeit 1 300,- €. Mitgliedsbeiträge sind Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Wissenschaft.

Die satzungsmäßigen Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat vor allem folgende Aufgaben:

- Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie über Änderungen der Satzung; Entlastung des Verwaltungsrats und des Vorstandes,
- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Forschungsbeirats sowie des Rechnungsprüfers.

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung in allen Angelegenheiten des Vereins von besonderem Gewicht oder finanzieller Tragweite,
- Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- Beschlussfassung über die Berufsordnung für die Wahl des Präsidenten.

Dem Verwaltungsrat sollen mindestens 10, höchstens jedoch 15 Personen angehören, die möglichst aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen und geeignet sind, die Belange des Instituts wahrzunehmen und zu fördern. Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Walter Eberhard, Duisburg
Heinrich Frommknecht, Dortmund	Prof. Dr. Harald B. Giesel, Essen
	Marianne Halstrick-Schwenk, Essen
Stellvertretende Vorsitzende.	Thomas Köster, Düsseldorf
Dr. Eberhard Heinke, Düsseldorf	Hartmut Krebs, Düsseldorf
Dr. Dietmar Kuhnt, Essen	Rolf Hermann Nienaber, Essen
Dr. Henning Osthues-Albrecht, Essen	Heinz Putzhammer, Berlin
	Dr. Gerd Willamowski, Essen
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Düsseldorf	Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Manfred Breuer, Essen	Bonn/Berlin

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Dem Vorstand gehören an:

bis 30. September 2002: Prof. Dr. Paul Klemmer (Präsident)

seit 1. Oktober 2002: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident)

Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Vizepräsident).

Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 2002

Die ordentliche Verwaltungsratssitzung und die Mitgliederversammlung fanden am 3. Juli 2002 in Essen statt. Die durch die Westdeutsche Industrie-Treuhandgesellschaft geprüfte Jahresrechnung 2001 wurde genehmigt, der Haushaltsplan 2003 in der vorgelegten Fassung verabschiedet.

Finanzierung

Das Institut wird finanziert

- aus öffentlichen Zuschüssen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen,
- aus Mitgliedsbeiträgen sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen und Vermietung sowie aus sonstigen Erträgen,
- durch Auftragsarbeiten für Bundes- und Landesministerien, für andere Behörden und für die Wirtschaft.

Die finanzielle Entwicklung im Jahre 2002

Das Haushaltsvolumen des Instituts betrug rund 5,5 Mill. €. Der Zuschuss der öffentlichen Zuwendungsgeber, der gemäß der „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ je zur Hälfte vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht wird, belief sich auf rund 3,9 Mill. €, das sind rund 72 vH der Gesamtein-

Vermögensübersicht zum 31. Dezember

in 1 000 €

AKTIVA		2002	2001	PASSIVA		2002	2001
I.	Anlagevermögen	1 769	1 886	I.	Verbindlichkeiten aus Beiträgen Dritter	27	203
II.	Umlaufvermögen	414	222	II.	Abgegrenzte Verbindlichkeiten	200	80
				III.	Vereinsvermögen	1 956	1 825
		2 183	2 108			2 183	2 108

Jahresrechnung

in 1 000 €

AUSGABEN		2002	2001	EINNAHMEN		2002	2001
1.	Personalausgaben	4 293	4 163	1.	Vermischte Einnahmen	58	65
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 163	998	2.	Einnahmen aus Veröffentlichungen	10	23
3.	Beiträge an Vereine	18	12	3.	Mieten und Pachten	21	19
4.	Ausgaben für Investitionen	103	106	4.	Zuschüsse aus dem öffentlichen Bereich	3 906	3 527
				5.	Sonstige Zuschüsse und Beiträge	90	90
				6.	Erstattung von Verwaltungskosten	3	1
				7.	Einnahmen aus Arbeitsaufträgen	1 341	1 632
		5 577	5 279			5 429	5 357
	Einnahmenüberschuss	0	78		Ausgabenüberschuss	148	0
		5 577	5 357			5 577	5 357

nahme. Die Einnahmen aus Arbeitsaufträgen erreichen 1,3 Mill. €. Die übrigen Einnahmen – Mitgliedsbeiträge, Erträge aus Veröffentlichungen, Mieteinnahmen u.a. – beliefen sich auf rund 182 000 € (rund 3,4 vH der Gesamteinnahmen). Der tatsächlich entstandene Aufwand des Jahres 2002 entsprach im institutionellen Haushalt weitgehend dem Voranschlag. Die Personalausgaben, die am Gesamtaufwand des Instituts naturgemäß den größten Anteil haben, erreichten mit rund 4,3 Mill. € etwa 77 vH der Gesamtausgaben. Der Sachaufwand betrug knapp 1,2 Mill. €.

Das Anlagevermögen (rund 1,8 Mill. €) umfasst die Buchwerte der institutseigenen Gebäude, Essen, Hohenzollernstraße 1–3 und Kindlingerstraße 8, die Festwerte der Einrichtung der Bibliothek sowie die Werte der EDV-Anlage.

Das Vereinsvermögen beläuft sich auf rund 2,0 Mill. €. Im Zuge der Umstellung auf kaufmännische Buchführung hat das Institut auf den 1. Januar 2003 eine Eröffnungsbilanz zu erstellen, und es ist zu erwarten, dass diese weitere Vermögens- und Schuldposten enthalten wird.

Forschungsbeirat

Auch im Jahr 2002 ist der Forschungsbeirat intensiv seiner Aufgabe nachgegangen, Anregungen zum Forschungsprogramm des Instituts zu geben, die Forschungen kritisch zu begleiten und Forschungsgruppen zu evaluieren. Eine besondere Herausforderung stellte seine Mitwirkung bei der Berufung eines neuen Präsidenten dar. Mitglieder des Forschungsbeirats waren bis Ende September 2002:

Prof. Dr. Joachim Frohn, Bielefeld

Ulrich Hombrecher, Düsseldorf

Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen

Dr. Matthias Köppel, Essen

Prof. Dr. Wim Kösters, Bochum (Vorsitzender)

Prof. Dr. Horst Zimmermann, Marburg

In dieser Zusammensetzung tagte der Forschungsbeirat im Jahre 2002 zwei Mal. Er erörterte dabei – wie schon im Arbeitsbericht 2001 ausgeführt – seine von der WGL vorgesehene Rolle bei der Beratung des Vorstands und der internen Evaluation des Instituts und gab Anregungen für die Gestaltung des kurzfristigen Forschungsplans, die in der Ausgabe 2002/03 größtenteils aufgegriffen wurden. Der Forschungsbeirat drängte ferner darauf, die Bemühungen fortzusetzen, die in den verschiedenen Forschungsprojekten erzielten Ergebnisse stärker als bisher auf wissenschaftlichen Tagungen zu präsentieren und in institutsexternen Zeitschriften und Sammelbänden zu publizieren. Vergleichbares gilt für die verstärkte Einwerbung von DFG-, Stiftungs- und EU-Mitteln.

Als letzte der Forschungsgruppen wurde „Handwerk und Mittelstand“ evaluiert. Der Forschungsbeirat ließ sich – wie zuvor bei den anderen Gruppen – einen schriftlichen Bericht über die Forschungstätigkeit vorlegen und bewertete unter an-

derem die Verbindung der Arbeiten zum langfristigen Forschungsplan. Er wies nach einer ausführlichen Diskussion mit allen Mitgliedern der Gruppe auf die Notwendigkeit der Publikation in institutsexternen Zeitschriften und die verstärkte Beteiligung am wissenschaftlichen Diskurs auf nationaler und internationaler Ebene hin. In dieser Hinsicht stellte er eine positive Entwicklung in der Gruppe fest. Die Evaluierungsergebnisse wurden wie üblich mit dem Vorstand erörtert.

Die Mitglieder des Forschungsbeirats waren in der gemeinsamen mit der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum gebildeten Berufungskommission für die Präsidentennachfolge vertreten und haben ihr Fachwissen und ihre Erfahrung aktiv in die Beratungen eingebracht. Sie haben dem neuen Präsidenten ihre Unterstützung zugesagt. Der Forschungsbeirat beschloss gleichwohl einstimmig, Ende September 2002 geschlossen zurückzutreten, um dem neuen Präsidenten freie Hand bei der Zusammenstellung eines neuen Forschungsbeirats zu geben. Darauf hin schlug der neue Präsident, Prof. Schmidt, der Mitgliederversammlung folgende Mitglieder vor, die diese am 17. Februar 2003 einstimmig wählte: Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer, Prof. Dr. Michael Lechner, Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D., Prof. Dr. Harald Uhlig, Prof. Dr. Josef Zweimüller. Auf die neuen Schwerpunktsetzungen in der Institutsarbeit und deren Begleitung durch den Forschungsbeirat wird im nächsten Arbeitsbericht ausführlich eingegangen.

Mitarbeiter

Am Jahresende 2002 beschäftigte das Institut 75 Mitarbeiter (einschließlich Vorstand), darunter 45 Wissenschaftler.

Im Jahr 2002 waren im Institut tätig:

Dr. György Barabas	Marianne Halstrick-Schwenk
Jean-Marc Behringer	Prof. Dr. Ullrich Heilemann
Michaela Bleuel	Karl-Heinz Herlitschke
Andrea Böing-Grundmann	Anette Hermanowski
Christiane Brüggemann	Peter Hernold (bis 30.04.2002)
Alena Brüstle	Bernhard Hillebrand
Rüdiger Budde	Klaus Höhner
Hans Georg Buttermann	Peter Hohlfeld
Dr. Hartmut Clausen	Ingrid Hüllen
Dr. Jochen Dehio	Dirk Huchtemann
Dr. Roland Döhrn	Frank Jacob
Karl-Heinz Drymalla	Ronald Janßen-Timmen
Wolfgang Dürig	Dr. Rainer Kambeck
Dr. Michael Fertig (seit 01.10.2002)	Teemu Kautonen
Dr. Bernd Fritzsche	Prof. Dr. Paul Klemmer (bis 30.09.2002)
Heinz Gebhardt	Lionita Krepstakies (seit 01.05.2002)
Dr. Silke Gehle	Dr. Bernhard Lageman
Rainer Graskamp	Gabriele Lieber (bis 31.10.2002)
Brigitte Günnewig	Nicole van de Locht (bis 31.12.2002)

Klaus Löbbe	Dr. Markus Scheuer
Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz	Barbara Schilde
Agnes Lohkamp (bis 31.07.2002)	Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
Claudia Lohkamp	(seit 01.10.2002)
Karin Lohmüller (seit 01.06.2002)	Ingrid Schmidt
Jürgen Malszewski	Joachim Schmidt
Thomas Michael	Dr. Torsten Schmidt
Torge Middendorf (seit 01.03.2002)	Dr. Heinz Schrumpf
Dr. Antoine-Richard Milton	Gisela Schubert
Dr. Waike Moos (bis 31.08.2002)	Wolfgang Schütz
Lutz Morgenroth	Alexander Smajgl (seit 01.12.2002)
Dr. Beate Müller	Hans-Karl Starke
Heinz Josef Münch	Dieter Stiller
Hiltrud Nehls	Heribert Sunderbrink
Dr. Uwe Neumann	Ullrich Taureg
Andreas Oberheitmann	Marcus Tamm (seit 15.10.2002)
Gabriele Pomorin	Marlies Tepsäß
Nils Radmacher-Nottelmann	Dr. Lutz Trettin
Hermann Rappen	Harald Waldt
Sabine Reinhard	Renate Wedhorn-RÁCz (seit 01.03.2002)
Dr. Michael Rothgang	Dr. Friederike Welter
Rosemarie Runkler	Hartmut Westram
Günter Schäfer	Werner Wichmann
Dr. Elke Schäfer-Jäckel	Hiltrud Wittke (bis 28.02.2002)

Gastwissenschaftler:

Natascha Solotkova (Universität Nishnij Nowgorod), Debra Zoller-Fisher (University of Illinois at Urbana-Champaign)

Praktikanten:

Sina Berhausen (Rheinische Friedrich-Weilhelms-Universität Bonn), Kerstin Beutner (Ruhr-Universität Bochum), Ulrich Daun (Universität zu Köln), Fabian Girod (Gerhard-Mercator-Universität Duisburg), Heinz Hans (Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg/University College Cork, Irland), Anja Jäger (Ruhr-Universität Bochum), Alexander Langen (Heinz-Nixdorf-Berufkolleg), Maria Rudakowa (Moskauer Staatliche Lomonossow-Universität), Manuel Rupprecht (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Arne Schiereck (Ruhr-Universität Bochum), Christina Schmidt (Ruhr-Universität Bochum), Ingo Scholz (Landgericht Wuppertal), Jutta Schröder (Landgericht Essen), Philipp Wolter (Ludwig-Maximilians-Universität München),

Studentische Hilfskräfte:

Arsen Celikel, Stefanie Gude, Gerritt Ulrich Heimeshoff, Alina Klymova, Ingrid Lanskemann, Thorsten Schüler, Witalij Sperling, Milena Stoytcheva

Aushilfen:

Fabian Thielen

Betriebsrat

Der Betriebsrat setzt sich seit der Wahl im Mai 2002 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Marianne Halstrick-Schenk (Vorsitzende)
 Karl-Heinz Herlitschke (stellvertretender Vorsitzender)
 Peter Hohlfeld
 Hermann Rappen
 Rosemarie Runkler

Die Tätigkeit stand in den vergangenen Monaten im Zeichen des Wechsels der Präsidentschaft. Der alte und der neue Betriebsrat vertraten die Belegschaft in der gemeinsamen Berufungskommission des RWI und der Universität Bochum sowie im Verwaltungsrat. Die Vorstellungen des neuen Präsidenten über seine Arbeit im RWI wurden mit ihm ausführlich diskutiert. Der Präsident wurde dabei über die Probleme des Hauses aus der Sicht des Betriebsrates informiert. Im Mittelpunkt der Arbeiten des Betriebsrates standen die Auseinandersetzung mit den Problemen der bevorstehenden Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung sowie die Diskussion mit dem Vorstand um Weiterbildungskonzepte, wie sie bereits vom alten Betriebsrat angeregt und vom Wissenschaftsrat ausdrücklich begrüßt worden waren. Die alte Betriebsvereinbarung zur Zeiterfassung konnte endlich den betrieblichen Erfordernissen angepasst, die Interessen der Arbeitnehmer zugleich besser berücksichtigt werden. Außerdem beschäftigte sich der Betriebsrat mit der anstehenden Evaluierung des Instituts durch die WGL. In diesem Zusammenhang nahmen drei seiner Mitglieder an der von ver.di organisierten Informationsveranstaltung für Personal- und Betriebsräte aus Einrichtungen der WGL vom 11. bis 13. September 2002 in Saalfeld teil, bei der dieses Thema im Mittelpunkt stand.

Darüber hinaus führte der Betriebsrat den Informationsaustausch mit anderen Betriebsräten der WGL-Institute über aktuelle Probleme fort. Im Rahmen einer Schulung vom 28. bis 31. Oktober 2002 wurden zum einen die neuen Betriebsratsmitglieder in das Betriebsverfassungsgesetz eingeführt, zum anderen vor allem die Änderungen der Novellierung des BetrVg von 2001 vorgestellt und diskutiert.

Gleichstellungsbeauftragte

Im Dezember 2000 hat der Vorstand in Anlehnung an die Rahmenempfehlung der WGL Maßnahmen zur Frauenförderung im RWI beschlossen. Vorrangig geht es um die Verbesserung der Zugangs- und Aufstiegsbedingungen für Frauen, eine Erhöhung des Anteils an Frauen besonders in wissenschaftlichen und Leitungspositionen und den Abbau struktureller Benachteiligungen. Zugleich wurde für vier Jahre PD Dr. Friederike Welter als Gleichstellungsbeauftragte gewählt. Unterstützt wird die Gleichstellungsbeauftragte durch die Arbeitsgruppe „Frauenförderung“. Diese setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Marianne Halstrick-Schwenk und Dr. Waike Moos (bis 31. August 2002), für die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Sabine Reinhard und Rosemarie Runkler. Im Jahr 2002 bestand die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und der Arbeitsgruppe „Frauenförderung“ vorrangig darin, einen Entwurf für einen Frauenförderplan zu erarbeiten.

Veröffentlichungen

RWI-Mitteilungen	vierteljährlich
RWI-Konjunkturberichte	halbjährlich
RWI-Handwerksberichte	jährlich
RWI-Konjunkturbriefe	unregelmäßig
Schriftenreihe	unregelmäßig
Untersuchungen	unregelmäßig
RWI-Papiere	unregelmäßig
Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand	unregelmäßig
Schriften und Materialien zur Regionalforschung	unregelmäßig

Die RWI-Konjunkturberichte, die RWI-Mitteilungen und die Schriftenreihe sind – auch als Einzelheft – beim Verlag Duncker & Humblot GmbH, Postfach 41 03 29, 12113 Berlin, Telefon: (030) 79 00 06-0, zu beziehen, die übrigen Veröffentlichungen beim Institut.

Gesellschaft der Freunde und Förderer

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung wurde im Jahre 1948 gegründet. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, das Institut bei seinen Arbeiten zu unterstützen und die Durchführung seiner Aufgaben in jeder Weise, insbesondere durch Zuwendung von Geldmitteln, zu fördern und die dazu dienenden finanziellen und sonstigen Mittel zu beschaffen.

Im Jahre 2002 wurde das Konzept der Fördergesellschaft – Stärkung der projektbezogenen internationalen Forschungskooperation, Verbesserung der Präsentation und Verbreitung seiner Forschungsergebnisse – verstärkt fortgeführt. So unterstützte die Fördergesellschaft zahlreiche Auslandsreisen zu Forschungsaufenthalten von Institutsmitarbeitern und deren aktiver Teilnahme an internationalen Tagungen; als Beispiele seien eine Tagung zum Thema Steuerung der Zuwanderung in Washington, DC, und ein Seminar unter Beteiligung international ausgewiesener Forscher im RWI sowie die Konferenz des Europäischen Zentrums für Staatswissenschaft und Staatspraxis und des RWI zur wirtschaftspolitischen Agenda in dieser Legislaturperiode genannt. Auch die Ausstattung des Instituts im Bereich EDV sowie Bibliothek wurden gefördert. Weiterbildungsmaßnahmen der RWI-Mitarbeiter wurden ebenso unterstützt wie die Summerschool „Arbeiten mit makroökonomischen Modellen“ durch die Vergabe von drei Stipendien, die Studenten und Nachwuchswissenschaftlern die Teilnahme ermöglichten.

Mitglieder der Fördergesellschaft können Einzelpersonen und Firmen, Vereine und Gesellschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts, soziale und wirtschaftliche Organisationen werden.

Die Höhe des Jahresbeitrags bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Der Mindestsatz beträgt für Einzelpersonen 50,- € und für sonstige Mitglieder 250,- €. Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen sind steuerlich abzugsfähig.

Präsident: Dr. jur. Dietmar Kuhnt

Geschäftsführender Vorstand: Manfred Breuer

Die Arbeiten des Instituts

Die Arbeiten der Forschungsgruppen

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Auch im abgelaufenen Jahr machte die Mitarbeit an den „RWI-Konjunkturberichten“ und der „Gemeinschaftsdiagnose“ einen wesentlichen Teil der Arbeiten der Forschungsgruppe aus. Daneben legte das RWI erstmals gemeinsam mit fünf weiteren europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten den *Economic Outlook for Europe* vor, womit die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konjunkturanalyse einen wichtigen Schritt voran kam. Daneben wurde der Arbeitsschwerpunkt Direktinvestitionen weiter systematisch ausgebaut.

Internationale Konjunktur

Die zu Jahresbeginn erwartete Erholung der Weltwirtschaft kam 2002 nicht recht in Gang. Dämpfend wirkte eine zunehmende Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren, hervorgerufen durch den sich zuspitzenden Irak-Konflikt, wieder steigende Rohölpreise, spektakuläre Firmenzusammenbrüche in den Vereinigten Staaten und der anhaltende Verfall der Aktienkurse. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erholte sich zwar von der Rezession, in die sie 2001 geraten war; jedoch wuchs das BIP sehr unstet und alles in allem nur moderat. Im Euro-Raum verlangsamte sich das Expansionstempo im Jahresverlauf wieder. Die japanische Wirtschaft vermochte nicht, sich aus der Talsohle zu lösen. Aus diesen Gründen erholte sich auch der Welthandel kaum. Mit diesen Entwicklungen setzten sich die Konjunkturanalysen des Instituts auseinander. Dabei geriet auch in den Fokus der Arbeit, ob und wie weit in der aktuellen wirtschaftlichen Situation geldpolitische Impulse durch den Geschäftsbankensektor weitergegeben werden (vgl. dazu die Ausführungen der Forschungsgruppe „Konjunktur“).

Seit 1999 arbeitet das Institut mit zunächst drei, inzwischen fünf europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten im *European Research Network* EUREN zusammen. Im vergangenen Jahr legten die Institute erstmals einen gemeinsamen Wirtschaftsausblick für den Euro-Raum vor. Der Bericht wurde bei einem Arbeitstreffen in

Rom vorbereitet und im Juni im Rahmen einer Veranstaltung in Paris der Öffentlichkeit vorgestellt. Der zweite Bericht wurde vom RWI koordiniert und auf einem Treffen in Essen vorbereitet. Seine Ergebnisse wurden im Dezember in Brüssel der Presse und der interessierten Öffentlichkeit präsentiert. Die Berichte analysieren ausgehend von einem kurzen Überblick über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die konjunkturelle Entwicklung im Euro-Raum, wobei dieser nicht als Summe seiner Mitgliedsländer verstanden, sondern als ökonomische Einheit betrachtet wird. Daneben enthalten sie eine Analyse und Prognose der Wirtschaft Großbritanniens sowie Sonderbeiträge zu ausgewählten Themen. Es ist beabsichtigt, im Juni 2003 einen dritten gemeinsamen Bericht vorzulegen.

Wie in den vergangenen Jahren, arbeitete die Forschungsgruppe auch 2002 in der Arbeitsgemeinschaft europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) mit.

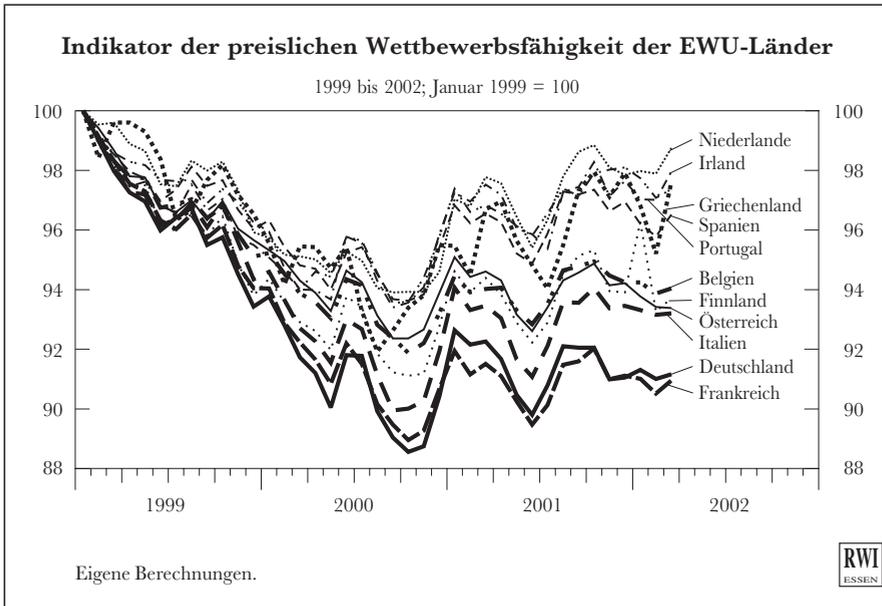
Direktinvestitionen

Die Arbeiten auf diesem Gebiet konzentrierten sich 2002 auf zwei Fragestellungen: Im Zusammenhang mit den wachsenden Direktinvestitionen von Dienstleistungsunternehmen wurde analysiert, welche Rolle dabei der mit der Einführung neuer Technologien verbundene Rückgang der Kommunikationskosten spielt. Methodische Grundlage bildet ein Transaktionskostenansatz, mit dessen Hilfe die Entscheidung für eine absatzorientierte Auslandsinvestition unter Einbeziehung dieser Kosten modelliert wird. Erste Ergebnisse legen nahe, dass die Lösung von Kommunikationsproblemen einen offenbar entscheidenden Anteil am Erfolg eines Auslandsengagements von Dienstleistungsunternehmen hat. Allerdings sind die Wechselbeziehungen zu anderen Unternehmensfunktionen sehr komplex, so dass verbesserte Kommunikationstechnologien sich nicht zwangsläufig in einer wachsenden Globalisierung der Dienstleistungsproduktion niederschlagen. Ein zweites Forschungsvorhaben befasste sich mit der Rolle multinationaler Unternehmen bei der internationalen Übertragung von Konjunkturschwankungen. Grundgedanke der Analyse ist, dass aufgrund der zunehmenden Unternehmensverflechtungen ein wachsender Teil der Produktionsfaktoren unter der gemeinsamen Leitung einer supra-nationalen Konzernführung steht. Durch mikroökonomische Analysen soll untersucht werden, an welchen Standorten deutsche multinationale Unternehmen aus konjunkturellen Gründen notwendige Anpassungsmaßnahmen vornehmen und wie Veränderungen der Wirtschaftslage an einem Standort Investitions- und Produktionsentscheidungen an anderen beeinflusst.

Die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“ wurde aktualisiert und erweitert; sie enthält jetzt für einen Zeitraum von bis zu 12 Jahren Angaben für 290 Unternehmen. Sie stößt inzwischen auf großes Interesse der Wissenschaft und der Öffentlichkeit. Im abgelaufenen Jahr wurde bei mehreren Forschungsvorhaben an deutschen Hochschulen auf diese Datensätze zurückgegriffen.

Außenhandel und internationale Arbeitsteilung

Auch unter den Bedingungen der Währungsunion bestehen innerhalb des Euro-Raums beträchtliche Inflationsdifferenzen. Diese haben dazu geführt, dass erhebliche Unterschiede in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer bestehen: Während die der Niederlande und Irlands Mitte 2002 – trotz der bis dahin



kräftigen Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar und anderen Währungen – ähnlich war wie bei Gründung der Währungsunion, hatte sich die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Frankreich im gleichen Zeitraum um 8 vH verbessert. Zum Teil kommen darin Unterschiede in den Inflationsraten, zum Teil in der regionalen Ausrichtung des Außenhandels der Volkswirtschaften zum Ausdruck. Letztere spiegelt sich in dem Gewichtungsschema wider, mit dem die Währungen der verschiedenen Partnerländer zum Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zusammengefasst werden. Das Instrumentarium wurde im abgelaufenen Jahr dahingehend weiterentwickelt, dass auch sektorale Aspekte bei der Berechnung der Ländergewichte berücksichtigt werden. Dabei steht die Überlegung im Mittelpunkt, dass ungeachtet einer engen Handelsverflechtung zwei Volkswirtschaften in einem nur geringen Preiswettbewerb miteinander stehen können, falls sie mit gänzlich unterschiedlichen Gütern handeln. Daher wurde die Ähnlichkeit der Exportstruktur als zusätzlicher Faktor in die Berechnung des Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit einbezogen. Ein derart modifizierter Ansatz führt dazu, dass den Vereinigten Staaten – aufgrund ihrer von Deutschland deutlich abweichenden Außenhandelsstruktur – eine wesentlich geringere Bedeutung als Wettbewerber deutscher Unternehmen zukommt, als es der Umfang des Warenhandels suggeriert. Folgt man diesen Überlegungen, so wird der Einfluss des Dollar auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den bisher berechneten Indizes offenbar überschätzt.

Veröffentlichungen

Döhrn, R. et al. (2002), Weltwirtschaft im Aufschwung – aber Risiken gewachsen. *RWI-Konjunkturberichte* 53 (1): 7–27.

Döhrn, R. et al. (2002), Irak-Konflikt vergrößert weltwirtschaftliche Risiken. *RWI-Konjunkturberichte* 52 (2): 107–127.

Döhrn, R. und W. Kösters (2002), Wirtschaftspolitik. In: W. Weidenfeld und W. Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002*. Bonn: Europa Union Verlag, 201–208.

Nehls, H. (2001), Die Geldpolitik und die Geschäftsbanken – Zinstransmission in den Ländern der Währungsunion. *RWI-Mitteilungen* 52 (3): 173–190.

Ausgewählte Vorträge

Brüstle, A., Die Osterweiterung der Europäischen Union: Anforderungen und Perspektiven für die Beitrittsstaaten und die EU. Vortrag im Rahmen des Sicherheitspolitischen Seminars der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 20. März 2002 in Düsseldorf.

Döhrn, R., Will Wage Increase in Germany have an Impact on ECB Policy? Vortrag im Rahmen des „7ème Rencontre de conjuncture international: What Outlook for Europe“ am 24. Juni 2002 in Paris.

Döhrn, R., Comment on Henry Thompson: Traded Prices, Foreign Capital and Income Distribution: Results from Simulated Models of Production and Trade. Diskussionsbeitrag im Rahmen der Konferenz „WTO and World Trade, III: Challenges in a New Era“ am 29. Juni 2002 an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

Döhrn, R., EUREN-Outlook for the Euro-Zone. Vortrag im Rahmen der „XLIII Junta Semestral de Prediccion“ am 22. November 2002 in Leon, Spanien.

Döhrn, R., What Stance for Economic Policy in Europe? Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „What Outlook for Europe?“ Presentation of the Second EUREN Report, am 11. Dezember 2002 in Brüssel.

Döhrn, R. und U. Heilemann, Nochmals: Die Chenery-Hypothese und der Strukturwandel in Osteuropa. Vortrag im Rahmen des 36. Forschungsseminars Radein „Ordnungsökonomik integrierter Wirtschaftsräume“ vom 16. bis 23. Februar 2003 in Radein, Italien.

Heilemann, U., G. Barabas und H. Nehls, Shifts or Breaks. Vortrag im Rahmen des Forschungsseminars des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gerhard-Mercator-Universität am 13. Februar 2002 in Duisburg.

Radmacher-Nottelmann, N.A., Transaction Costs and Internationalization of Service Industries – The Role of Communication Activities. Vortrag im Rahmen der „European School for New Institutional Economics“ vom 1. bis 5. April 2002 in Cargèse (Korsika).

2002 abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Wandel der Kundenbeziehungen und Direktinvestitionen von Dienstleistungsunternehmen. Theoretische Grundlagen und empirische Überprüfung für Deutschland

Erklärungsbeitrag makroökonomischer Faktoren für die Beschäftigungsschwankungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und weiteren ausgewählten Industrieländern

Internationales Wissensmanagement multinationaler Unternehmen

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Beteiligung an der Hochschullehre

Döhrn, R., Vorlesung „Konjunkturdiagnose und -prognose“ an der Universität Essen

Heilemann, U, R. Döhrn und H. Nehls, Kurs „European Currency Union and Financial Markets“ im Rahmen des Business and Economics Summer Term (BEST) der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg

Kooperationspartner

Bureau Federal de Plan, Brüssel

Centre d'Observation Economique (COE), Paris

Centro Studii Confindustria, Rom

Centro de Predicción Económica (CEPREDE), Madrid

Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe

Oxford Economic Forecasting, Oxford

Prof. Peter Pauly, *Project LINK*, University of Toronto

Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen

Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte:

Sina Berhausen, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Kerstin Beutner, Ruhr-Universität Bochum

Ulrich Daun, Universität zu Köln

Deborah Fisher, University of Illinois

Arne Schiereck, Ruhr-Universität Bochum

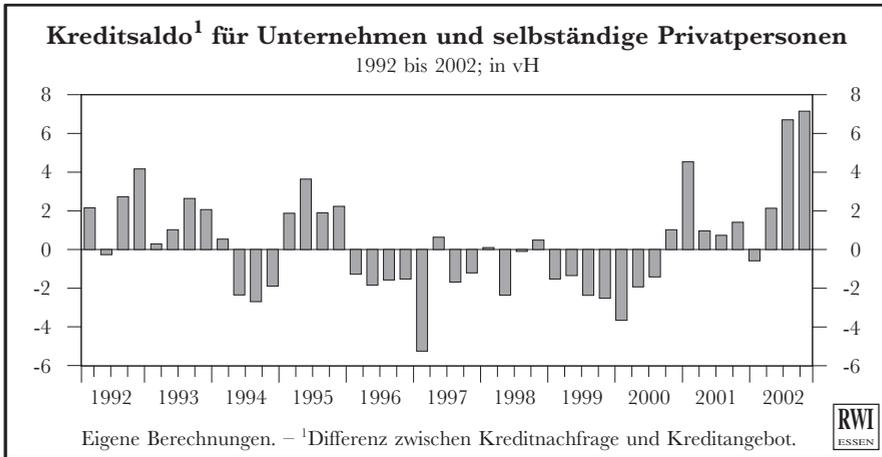
Konjunktur

Diagnose und Prognose der Binnenkonjunktur standen auch im abgelaufenen Jahr im Mittelpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe. Im Herbst 2002 war das Institut Gastgeber der „Gemeinschaftsdiagnose“. An aktuellen Fragestellungen wurden insbesondere die Auswirkungen der 2002 in Kraft getretenen oder angestoßenen Reformen des Arbeitsmarktes aufgegriffen. Weiterhin arbeitete die Forschungsgruppe im Sonderforschungsbereich 475 mit. Die Begehung des SFB im Rahmen der 3. Antragsphase verlief erfolgreich, so dass das Teilprojekt auch über die nächsten drei Jahre von der DFG gefördert wird. Über den nationalen Rahmen hinaus ging ihre Beteiligung am internationalen Modellverbund *Project LINK*, sie war zudem in die Erstellung des *Economic Outlook for Europe* des Forschungsverbundes EUREN eingebunden.

Konjunkturanalyse

Das sich im Verlauf des Jahres 2002 wieder verschlechternde weltwirtschaftliche Klima traf in Deutschland auf eine Wirtschaft, die sich aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage ohnehin nur mühsam aus der Talsohle löste. Das BIP erhöhte sich lediglich um 0,2 vH, nachdem es bereits 2001 kaum gewachsen war. Diese geringfügige Zunahme kam ausschließlich durch einen steigenden Außenbeitrag zu Stande. Der private Konsum hingegen sank angesichts der verschlechterten Arbeitsmarktlage, die Anlageinvestitionen wurden eingeschränkt, und im Baugewerbe setzte sich die Talfahrt fort. Hier ist vor allem der Anpassungsprozess in Ostdeutschland noch nicht abgeschlossen, wo in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erhebliche Überkapazitäten in der Bauwirtschaft und im Immobiliensektor aufgebaut worden waren. In den „RWI-Konjunkturberichten“ wurden diese Entwicklungen im Einzelnen analysiert. Die gegenwärtige Schwächephase ist kein „klassischer“ Konjunkturabschwung, hervorgerufen durch Übersteigerung bei Nachfrage oder Preisen, sondern Folge einer außergewöhnlichen Häufung exogener Schocks (Ende des weltweiten IT-Booms, 11. September 2001, Irak-Konflikt), die das gegenwärtig grundlegende Problem der deutschen Wirtschaft offen legt: Weil der Wachstumspfad aufgrund der unzureichenden Binnennachfrage sehr flach ist, droht jede größere Störung von außen in eine Rezession zu führen. In seinen Politikempfehlungen in den „RWI-Konjunkturberichten“ wies das Institut auf das Spannungsfeld hin, in dem sich die Wirtschaftspolitik in Deutschland befindet. Auf der einen Seite muss sie die langfristigen Wachstumsbedingungen verbessern, auf der anderen Seite steht sie aber angesichts der flauen Konjunktur vor der Herausforderung, die Wirtschaft zu stabilisieren. Insbesondere die Finanzpolitik befindet sich dadurch in einer schwierigen Situation (vgl. dazu den Arbeitsbericht der Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen und Steuern“). Daneben standen die Wirksamkeit der Geldpolitik sowie die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen im Mittelpunkt der Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik.

Anlass für die Frage nach der Wirksamkeit der Geldpolitik ist die Beobachtung, dass der Zuwachs der Kreditvergabe insbesondere in Deutschland bereits seit 1999 deutlich rückläufig ist. In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen, dass dies auf eine Einschränkung des Kreditangebots durch die Banken zurückzuführen sein könnte. Sollte dies zutreffen, so wäre die „normale“ Transmission geldpolitischer Impulse gestört und eine konjunkturelle Belebung würde auf diese Weise gedämpft. Um zu untersuchen, ob gegenwärtig tatsächlich eine „Kreditklemme“ die konjunkturelle Erholung beeinträchtigt, wurde in einem Ungleichgewichtsmodell eine Angebots- und eine Nachfragegleichung des Kreditmarktes in Deutschland geschätzt. Die Ergebnisse zeigen, dass die schwache Kreditvergabe in den vergangenen Jahren vom Kreditangebot determiniert wird und insbesondere im zweiten Halbjahr 2002 ein beachtlicher Nachfrageüberhang zu verzeichnen war, während die geschätzte Kreditnachfrage deutlich höher liegt. Ein Teil des geringen Angebots lässt sich durch die Ertragsschwäche der Banken erklären, die auch durch die fallenden Aktienkurse hervorgerufen wird. Somit ist zu erwarten, dass sich die Angebotssituation wieder verbessert, wenn sich die Aktienmärkte erholen. Auch weil der Nachfrageüberhang sich bisher nicht über eine außergewöhnlich lange Periode hinzieht, ist wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf bislang nicht angezeigt.



Angesichts der unbefriedigenden Beschäftigungssituation hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren mehrere Gesetze zur Reform der Arbeitsmarktpolitik auf den Weg gebracht. Zu Jahresanfang 2002 trat das Job-AQTIV-Gesetz in Kraft, das ein breites Bündel von Maßnahmen enthält, die u.a. der Ausdehnung der beruflichen Weiterbildung, der Job-Rotation sowie der Vereinfachung und wirkungsvolleren Gestaltung vorhandener arbeitsmarktpolitischer Instrumente dienen. Vorbild für einige dieser Maßnahmen war das „Aktivierungsprogramm“ Dänemarks, welches das RWI vor einigen Jahren analysiert hatte. Zur Bewertung des Job-AQTIV-Gesetzes wurden daher die dänischen Erfahrungen aus den neunziger Jahren herangezogen. Der arbeitsmarktpolitische Erfolg dort war zum guten Teil den guten makroökonomischen Bedingungen zu danken, zu denen die Maßnahmen in Kraft gesetzt wurden. Aufgrund der hierzulande gegenwärtig wenig günstigen Perspektiven sind vorerst nur geringe Wirkungen zu erwarten, was nicht zuletzt in der derzeit geringen Inanspruchnahme der Programme zum Ausdruck kommt. Ähnlich erging es dem „Mainzer Modell“. Auch bei den von der Hartz-Kommission angeregten Reformen der Arbeitsmarktpolitik steht zu befürchten, dass sie kurzfristig nur geringe Erfolge bringen: Auch sie fokussieren in hohem Maße auf eine effizientere Ausgestaltung der Politik. Rückschlüsse auf Ursachen der Arbeitslosigkeit erlaubt eine Untersuchung der inflationsstabilen Arbeitslosenrate (NAIRU) für Westdeutschland. Sie zeigt, dass diese seit Ende der achtziger Jahre gesunken ist, was eine abnehmende strukturelle Arbeitslosigkeit signalisiert. Im Gegensatz zu Studien aus dem internationalen Raum konnte kein maßgeblicher Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Arbeitslosenquote festgestellt werden, was damit zusammenhängen mag, dass sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nicht in dem Maße stellt wie in anderen Ländern. – Auch in diesem Jahr wurde die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen analysiert und prognostiziert. Der Bericht, der im Auftrag des *Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit* des Landes erstellt wurde, erschien als Teil des Jahreswirtschaftsberichts 2003 der Landesregierung.

RWI-Konjunkturmodell

Das Konjunkturmodell wurde aktualisiert und weiterentwickelt. Es wurde in viel-

fältiger Weise in den Analysen des Instituts eingesetzt, sowohl für die Abschätzung von Alternativszenarien als auch für die Evaluation früherer Prognosen und der dabei aufgetretenen Fehler. Die jeweils aktuellste Fassung des Modells geht als Teilmodell für Deutschland in den internationalen Modellverbund *Project LINK* ein. Bei dessen Tagungen in New York und in Bologna wurden die Prognosen für Deutschland vorgestellt und diskutiert. Eingesetzt wurde das Modell auch im Rahmen der 15. Summerschool des RWI, der Universität Essen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

Fortgesetzt wurden die Arbeiten an dem tief disaggregierten Arbeitsmarktteil des Konjunkturmodells, der im Auftrag des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* entwickelt wird. Sie konzentrierten sich – außer der üblichen Aktualisierung aller Gleichungen – auf die detaillierte Einbeziehung der Arbeitszeit und ihrer Komponenten in den Modellzusammenhang. Die bisherigen Fortschritte bei der IAB-Version des Modells wurden am 24. Januar 2003 im Rahmen eines IAB-Colloquiums vorgestellt und mit Experten diskutiert.

Konjunkturklassifikation

Die im Rahmen des SFB 475-Teilprojekts „Multivariate Bestimmung und Untersuchung von Konjunkturzyklen“ im Vorjahr begonnene Untersuchung des amerikanischen Zyklus wurde fortgeführt. Das von *Meyer/Weinberg* Mitte der siebziger Jahre vorgestellte Schema – *recession, recovery, demand-pull* und *stagflation* – konnte für die achtziger und neunziger Jahre mit Hilfe des ursprünglichen Datensatzes von 20 im Wesentlichen VGR- und monetären Variablen nur noch partiell bestätigt werden. Nach einer Vergrößerung der Anzahl der VGR-Klassifikatoren und einer Ergänzung durch Umfrageergebnisse des *Michigan Consumer Sentiment* wurde das Schema bis zum Jahre 2000 erneut getestet, mit weitgehend ähnlichen Ergebnissen wie für den ursprünglichen Datensatz bis zum Jahre 1997.

Um ein ähnliches Vier-Phasen-Schema, wie es erfolgreich für Deutschland getestet worden ist, auch für die Vereinigten Staaten abzuleiten, wurde zunächst von den „einfachen“ Zwei-Phasen(Aufschwung/Abschwung)-Schemata des NBER (*National Bureau of Economic Research; business cycles*) und ECRI (*Economic Cycle Research Institute; growth cycles*) ausgegangen. Mit der Einbeziehung von Wachstumszyklen wurde insbesondere der während des RWI/SFB 475-Workshops „Klassifikations-/Clustermethoden und Konjunkturzyklenanalyse“ Anfang 2002 geäußerten Vermutung, die häufig verwendeten Veränderungsraten würden vornehmlich Wachstumszyklen klassifizieren, Rechnung getragen. Es stellte sich allerdings heraus, dass unabhängig von der Variablentransformation die Konjunkturzyklen nach NBER-Definition mit den Klassifikationsfunktionen deutlich besser klassifiziert werden als die Wachstumszyklen.

Für beide Zwei-Phasen-Schemata – Konjunktur- und Wachstumszyklen – wurden danach um die Hoch- und Tiefpunkte – ähnlich wie im deutschen Schema – Wendepunktphasen definiert und so der Übergang zu einem Vier-Phasen-Muster für die Zyklen vollzogen. Im Gegensatz zu den Ergebnissen für Deutschland erwiesen sie sich für die amerikanischen Konjunkturzyklen als unbefriedigend, für Wachstumszyklen sogar als enttäuschend. Für die Vereinigten Staaten muss deshalb nach anderen Lösungen für Schemata mit mehr als zwei Phasen gesucht werden.

Veröffentlichungen

- Arbeitsgruppe Konjunktur (2002), Mühsam aus der Flaute. *RWI-Konjunkturbrief* 1/2002. RWI, Essen.
- Barabas, G. und U. Taureg (2002), *Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell* 55. RWI, Essen.
- Barabas, G. und U. Taureg (2002), *Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell* 56. RWI, Essen.
- Döhrn, R. et al. (2002), Verhalten Aufwärts. *RWI-Konjunkturberichte* 53 (1): 29–80.
- Döhrn, R. et al. (2002), Am Rande der Rezession. *RWI-Konjunkturberichte* 53 (2): 129–184.
- Döhrn, R. et al. (2003), Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2003. In: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW (Hrsg.), *Jahreswirtschaftsbericht NRW 2003*. Düsseldorf, 54–64.
- Heilemann, U. (2003), „Mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum“ oder „mehr Wachstum durch mehr Beschäftigung“? *WSI-Mitteilungen* 54 (5), erscheint demnächst.
- Heilemann, U. und H. Rappen (2002), Aufbau Ost. In R.H. Hasse, H. Schneider und K. Weigelt (Hrsg.), *Lexikon Soziale Marktwirtschaft*. Wirtschaftspolitik von A–Z. Paderborn et al.: Schöningh UTB, 107–110.
- Schäfer, G. (2002), Branchenkonjunktur. In: *Brockhaus Enzyklopädie. Jahrbuch 2002*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus.

Ausgewählte Vorträge

- Döhrn, R., Konjunkturprognose Deutschland – Methodik und Ausblick. Vortrag anlässlich der 13. Runde Konjunktur- und Zinsausblick G3 der Hypothekenbank zu Essen am 14. Mai 2002.
- Döhrn, R., Kommt der Aufschwung? Konjunkturaussichten für das Jahr 2003. Vortrag beim Jour Fixe der Banken am 3. Dezember 2003 im Industrie-Club in Düsseldorf.
- Heilemann, U., Have macroeconomic forecasts improved? The case of Germany 1967 to 2001. Vortrag im Rahmen des „22nd International Symposium on Forecasting“ vom 23. bis 26. Juni in Dublin.
- Heilemann, U., Christo si è fermato a Leipzig – Ostdeutschland ein „Mezzogiorno“-Fall? Vortrag im Rahmen der Summer School Wirtschaft & Management „Unternehmenskultur, Nationalkultur und Eurokultur“ am 2. Oktober 2002 in der Villa Vigoni, Centro Italo – Tedesco, Como, Italien.
- Heilemann, U., „Mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum“ oder „mehr Wachstum durch mehr Beschäftigung“? Diskussionsbeitrag im Rahmen des WSI-Herbstforums „Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt?“ am 19. November 2002 in Düsseldorf.
- Heilemann, U., Konjunktur und Wachstum 2002–2006. Vortrag im Rahmen der Konferenz „Was ist zu tun? – Wirtschaftspolitische Agenda in dieser Legislatur“ veranstaltet vom Europäischen Zentrum für Staatswissenschaft und Staatspraxis der FU, HU und TU Berlin (EZ), und dem RWI am 29. November 2002 in Berlin.
- Heilemann, U., A bridge too far? 20 years of ex ante forecasts with the RWI business cycle model. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung des Ausschusses für Ökonometrie des Vereins für Socialpolitik am 6. März 2003 in Rauischholzhausen.

Münch, H.J. und U. Heilemann, Classification of U.S. Business Cycle Stages. 26th CI-RET-Conference on Business Surveys and Empirical Analysis of Economic and Social Survey Data, Taipei, Taiwan, 16.–19. October 2002.

Schmidt, T., Determinanten der Kapitalmarktzinsen in Deutschland. Vortrag im Rahmen des Forschungsseminars des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gerhard-Mercator-Universität am 22. Mai 2002 in Duisburg.

Schmidt, T., Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002 – Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose. Vortrag im Rahmen der Wirtschaftspolitischen Gespräche im Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen am 7. November 2002 in Düsseldorf.

2002 abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Entwicklung einer Arbeitsmarkt (IAB)-Version des RWI-Konjunkturmodells

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Kurzfristige Arbeitsmarktanalyse und -projektion

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien:

Heilemann, U., Europäischer Beratender Ausschuss für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) bei der Kommission der Europäischen Union, Organisation des CEIES-Seminars „The New Economy – Key Measurement Issues“, 4./5. März 2002 in Rom

Heilemann, U., Statistischer Beirat beim Statistischen Bundesamt

Heilemann, U., Ausschuss für Ökonometrie des Vereins für Socialpolitik

Heilemann, U., Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Vereins für Socialpolitik

Heilemann, U., Wissenschaftlicher Beirat der Hans-Böckler-Stiftung

Heilemann, U., Mitglied der Jury des Gerhard-Fürst-Preises des Statistischen Bundesamtes

Beteiligung an der Hochschullehre

Schmidt, T., Vorbereitung der Vorlesung „Einführung in die empirische Makroökonomie“ an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Sommersemester 2002.

Kooperationspartner

EUREN

Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte:

Arsen Celikel, Universität Essen

Fabian Girod, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg

Anja Jäger, Ruhr-Universität Bochum

Regionalwirtschaftliche Analysen

Schwerpunkte der Arbeit der Forschungsgruppe waren auch im Jahr 2002 die kritische Begleitung der Regionalpolitik der Europäischen Union, die regionalisierte Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen, die Analyse kleinräumiger Aspekte des Strukturwandels und ausgewählte Zusammenhänge zwischen Umwelt- und Regionalpolitik.

Die über das Instrument der Strukturfonds finanzierte Kohäsionspolitik der EU ist seit 2002 mit weiteren Unsicherheiten belastet. Spätestens 2006 muss es zu umfangreichen Reformen kommen, da die meisten Beitrittsländer diese Förderung flächendeckend in Anspruch nehmen können, was erheblichen Einfluss auf die Förderung in den einzelnen Ländern hat. Da bis 2007 Reformen nur einstimmig im Europäischen Rat beschlossen werden können, sind erhebliche Verteilungskämpfe insbesondere mit den südeuropäischen Ländern abzusehen. Wie sich diese Probleme nach einem Beitritt der Türkei verschärfen würden, zeigt eine Analyse der Forschungsgruppe: Wendet man die geltenden Regeln nach der AGENDA 2000 an, steigt der Mittelbedarf bei einer Erweiterung auf 28 Mitglieder (Bulgarien, Rumänien, Türkei) nicht etwa an, sondern verringert sich um 913 Mill. € pro Jahr. Dies resultiert aus dem Umverteilungseffekt eines sinkenden durchschnittlichen BIP in der EU. Die bisherigen Förderregionen in der EU 15 würden etwa 16,9 Mrd. € Fördermittel verlieren, die neuen Mitgliedstaaten etwa 16 Mrd. € erhalten. Es ist wenig wahrscheinlich, dass diese Umverteilung von den am stärksten betroffenen Staaten (Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, aber auch Deutschland) akzeptiert werden wird. Abschbar ist zudem, dass der Finanzbedarf für die Erweiterung und eine abgeschwächte Förderung der Regionen in den derzeitigen Mitgliedsländern für die Förderung altindustrialisierter Regionen und ländlicher Räume (Ziel 2-Gebiete der Strukturfonds) kaum noch Raum lässt.

Von der Frage der Finanzierung der Strukturfonds zu trennen ist die nach der Effizienz der Programme. Im Jahr 2002 wurde zusammen mit ausländischen Forschungsinstituten eine Evaluierung der Programme in Ziel 2-Gebieten im Zeitraum 1994 bis 1999 in Angriff genommen. Für Deutschland zeigt sich, dass mit den bisherigen Evaluierungsmethoden zwar die haushaltstechnische Abwicklung bewertet werden kann, nicht aber der ökonomische Erfolg der Programme. Die von der EU-Kommission durchgeführte Trennung in ex ante- und ex post-Evaluierungen unter Verzicht auf eine kontinuierliche, die Programme begleitende Vorgehensweise führt insbesondere bei den Maßnahmen im arbeitsmarktpolitischen Bereich zu unbefriedigenden Ergebnissen. Weiterhin lässt sich feststellen, dass das Datenmaterial zu Einzelprojekten in Bundesländern nur lückenhaft vorhanden ist. Eine ökonomische Bewertung insbesondere der kleineren Programme war somit kaum möglich. Dies spricht dafür, die heutige Praxis der Evaluierung nochmals kritisch zu überprüfen.

Ein zweiter Schwerpunkt der Forschungsarbeiten ist die Untersuchung regionaler Arbeitsmarktprozesse. Ziel ist die Analyse der zunehmenden Divergenzen, die in der räumlichen Beschäftigungsveränderung festzustellen sind. Hier wirken sich u.a. die Einflüsse des sektoralen Strukturwandels auf der regionalen Ebene deutlich dif-

ferenziert aus und bestimmen neben Angebots- und Nachfragefaktoren auch die Verteilung und Zusammensetzung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit. So spiegelt sich beispielsweise in den Veränderungen der Beschäftigungszahlen die Dynamik der regionalen Arbeitsstrukturen und letztendlich der regionalen Wirtschaftsstrukturen wider. Da sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Raumtypen festmachen lassen, z.B. ländlichen und Verdichtungsräumen, aber auch altindustrialisierten Räumen und modernen Dienstleistungszentren, kann eine Problemanalyse nur im engen Kontext der regionalen Beziehungen erfolgen. Die Analyse der quantitativen und qualitativen Aspekte, die am regionalen Arbeitsmarkt zum Tragen kommen, schließt aber auch die Betrachtung der Engpässe und Potenziale der jeweiligen Region ein.

Dauer und Struktur der Arbeitslosigkeit unterscheiden sich regional erheblich, wie sich am Beispiel Nordrhein-Westfalens belegen lässt. Dem sollte die Arbeitsmarktpolitik stärker Rechnung tragen, wie ein Projekt für das Ministerium für Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen auf der Basis einer repräsentativen Befragung von Arbeitslosen in NRW zeigt. Die Arbeitslosigkeit ist hier durch auffallend viele Langzeitarbeitslose geprägt; deren Anteil liegt in NRW um 6 vH-Punkte über dem im übrigen Bundesgebiet (West). Zudem sind Arbeitslose, die noch nie erwerbstätig waren oder über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, überdurchschnittlich stark vertreten. Aber auch innerhalb des Bundeslandes ist die Erwerbslosenstruktur heterogen: So ist die durchschnittliche (kumulierte) Dauer der Arbeitslosigkeit im mittleren Ruhrgebiet mit 3,8 Jahren am höchsten, im Münsterland und Siegerland sind besonders Frauen betroffen, in Aachen finden sich die meisten Jugendlichen unter den Arbeitslosen. Über Fünfzigjährige tun sich gerade im Sauerland und an der nördlichen Rheinschiene/westliches Ruhrgebiet schwer, eine neue Anstellung zu finden.

Von Interesse sind in diesem Zusammenhang auch Unterschiede im Suchverhalten von Erwerbslosen. Die Auswertung einer repräsentativen Stichprobe ergab, dass 45 vH der Arbeitslosen in NRW mit hoher, 24 vH mit mittlerer und 3 vH mit nur geringer Aktivität eine Stelle suchen. 28 vH der Befragten gaben an, während der Arbeitslosigkeit gar nicht gesucht zu haben; davon hatten aber 6 vH bereits eine neue Stelle in Aussicht, 15 vH überbrückten lediglich die Zeit bis zur Rente. Werden die Suchaktivitäten in Hinblick auf einzelne Personengruppen betrachtet, lassen sich aus den Daten drei Tendenzen ablesen: Erstens lässt die Suchintensität mit zunehmendem Alter nach, zweitens sind männliche Arbeitslose bei der Suche aktiver als weibliche, und drittens sind allein lebende Arbeitslose (mit und ohne Kinder) aktiver als solche, die mit einem (Ehe-) Partner zusammenleben. Auch die Suchintensität differiert nach regionalwirtschaftlichen Merkmalen: So bemühen sich Frauen in Regionen mit einem ausgeprägten Dienstleistungssektor aktiver bei der Arbeitssuche als in Regionen mit stärker industrieller Ausprägung. Die Ergebnisse lassen eine Vielzahl von Einflussfaktoren erkennen, die sich auf regionaler Ebene auf die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit auswirken. Damit wird gleichzeitig die Bedeutung der regionalen Arbeitsmarktpolitik hervorgehoben, bei der regionale Besonderheiten angemessen berücksichtigt werden können. Die entsprechenden Maßnahmen können sich – wissenschaftlich begleitet – gezielt an den Potenzialen und Erfordernissen der einzelnen Region orientieren. – Als spezieller Arbeitsmark-

taspekt wurde im Rahmen einer Promotion die Beschäftigung in der Chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen untersucht.

Der Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich der regionalen Umweltökonomie liegt in der Bearbeitung von zwei Drittmittelprojekten, die sich mit ökonomischen Aspekten der Wasserwirtschaft beschäftigen. Im Rahmen des Projekts *Management regionaler Flusseinzugsgebiete in Deutschland* (REGFLUD), das im Verbund mit der Forschungsgesellschaft für Agrarsoziologie in Bonn, dem Forschungszentrum Jülich und der Fachhochschule Bochum verwirklicht wird, werden Vorschläge für ein innovatives Flussgebietsmanagement mit dem Ziel einer Reduktion der Einträge diffuser Nährstoffe in Fließgewässer erarbeitet. Untersuchungsregionen sind hierbei die Flusseinzugsgebiete von Rhein (zwischen den Nebenflüssen Sieg, Erft, Wupper und Ruhr) und Ems. Die Aufgabe des RWI ist es, unter Einsatz Geographischer Informationssysteme eine territoriale Abgrenzung homogener Politikaktionsräume zu erarbeiten, die ein effizientes Flussgebietsmanagement ermöglicht. Die Ergebnisse dieser Analyse fließen in ein internetfähiges Entscheidungshilfesystem ein.

Ausgehend von der ökonomischen Theorie des Umweltföderalismus werden in dem Projekt *Effizienz der Wasserversorgung und des Gewässerschutzes* bestehende institutionelle Strukturen im Bereich der Wasserversorgung und des Gewässerschutzes hinsichtlich ihrer Effizienz bewertet. Aufbauend auf dieser Analyse sollen alternative Organisationsformen vorgestellt werden, die eine effizientere Erfüllung öffentlicher Aufgaben ermöglichen. Bei diesem Projekt arbeitet das RWI mit der Fachhochschule Bochum und dem Institut für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft in Bonn zusammen. Die Projektkoordination obliegt dem RWI. Die Ergebnisse des Teilprojekts des RWI werden in einer Dissertation vertieft.

Die Erforschung kleinräumiger Veränderungen wird derzeit als weiterer Schwerpunkt aufgebaut. Neuere Ansätze der Wirtschafts- und Raumforschung gehen davon aus, dass die regionalwirtschaftliche Entwicklung gerade unter den Bedingungen der Globalisierung auch von der Art und Intensität der örtlichen Verflechtungsbeziehungen abhängt. Oftmals sind die wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Ungleichheiten zwischen Teilen einer Region größer als die zwischen Regionen. In urbanen Ballungsgebieten, den Zentren der wirtschaftlichen Aktivität, scheint sich die kleinräumige Segregation im Zuge negativer Bevölkerungsbilanzen und demographischer Alterung noch zu verstärken. Daher stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich Regionalentwicklung und innere Differenzierung wechselseitig beeinflussen. So können Teilräume durch Segregationsmechanismen von Imageproblemen betroffen sein. Einseitige Sozial- und Altersstrukturen können zu Rückgängen der Nachfrage nach bestimmten Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten führen. Probleme können auch in Bezug auf den Bildungszugang und die Integration etwa von Migranten auftreten. Um den Kenntnisstand über die mit der Raumdifferenzierung verbundenen Standorteffekte zu verbessern, werden Analysen der kleinräumigen Dynamik von Stadtregionen durchgeführt. Angesichts der nur begrenzten Verfügbarkeit interkommunal vergleichbarer kleinräumiger Daten ist der Aufbau einer entsprechenden empirischen Grundlage ein wichtiger Aspekt der entsprechenden Arbeiten. Im Laufe des Jahres 2002 wurden deutli-

che Fortschritte beim Aufbau der Datenbasis erzielt, so dass schon erste Forschungsergebnisse veröffentlicht werden konnten. Sie beleuchten die demographischen und sozioökonomischen Trennungsmechanismen in nordrhein-westfälischen Stadtregionen sowie die Zusammenhänge zwischen der Hierarchisierung des deutschen Großstädtensystems und der innerstädtischen Differenzierung. Weitere Publikationen befassen sich mit der Indikatorenforschung, der demographischen Entwicklung des nördlichen Ruhrgebiets und dem kommunalpolitischen Nutzen kleinräumiger Analysen der Stadtstruktur.

Ende des Jahres 2002 wurde mit der Begleitforschung zu den regionalwirtschaftlichen Auswirkungen des Baus eines Referenzkraftwerks auf Steinkohlenbasis mit stark erhöhtem Wirkungsgrad und damit auch einem hohen Exportpotenzial begonnen. Erste Ergebnisse dazu sind für Mitte 2003 zu erwarten.

Veröffentlichungen

Budde, R. und H. Schrumpf (2002), Die Auswirkungen der Osterweiterung auf die Regionalpolitik der Europäischen Union. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 8. RWI, Essen.

Lageman, B., K. Löbke und H. Schrumpf (Hrsg.) (2002), *RWI-Mitteilungen* 53: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftspolitik auf dem Wege in die wissensbasierte Ökonomie. Festschrift für Paul Klemmer (darin auch: Zu diesem Heft).

Müller, B. (2002), Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2000. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 11. RWI, Essen.

Müller, B. (2002), Regionale und strukturelle Aspekte der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen: Suchverhalten und Eigeninitiative von Arbeitslosen. *RWI-Mitteilungen* 53: 201–222.

Neumann, U. (2002), Demographische Entwicklungen – Armut – Zuwanderung im nördlichen Ruhrgebiet. In J. Klute und K. Bitter (Hrsg.), Dokumentation Sozialkonferenz Herne 2002. Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik 39. Münster: Lit, 163–176.

Neumann, U. (2002), Differenzierungsmuster – eine kleinräumige Bestandsaufnahme am Beispiel des Ruhrgebiets. *RWI-Mitteilungen* 53: 235–254.

Neumann, U. (2002), Monitoring kleinräumiger Veränderungen. Ein innovatives Instrument für die kommunale Planung. *Stadtforschung und Statistik* 2002 (1): 39–43.

Neumann, U. (2002), Stadtteil-Monitoring in Duisburg-Marxloh – Sozialraumforschung als Planungsinstrument. In S. Kabisch und A. Kindler (Hrsg.), Kommunale Sozialberichterstattung. Dokumentation der Fachsitzung des 53. Deutschen Geographentages 2001 in Leipzig. UFZ-Bericht 18/2002. Leipzig u. Halle, 45–58.

Neumann, U. (2002), Urban Competition and Urban Sub-Division. Position of Duisburg in the hierarchical system of German cities and the structural sub-division of the urban area – as displayed by a Minimal Set of Indicators. Europolis N.U.R.E.C. Working Papers 7. Urban Sub-Divisions. N.U.R.E.C. and RWI. Duisburg et al.

Schrumpf, H. (2002), Fiskalische Auswirkungen der Erweiterung auf die Strukturfonds der EU. In Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), *Die EU vor der Erweiterung*. Berlin.

Schrumpf, H. (2002), Die Zukunft der Regionalpolitik in einer erweiterten Europäischen Union. *RWI-Mitteilungen* 53: 179–200.

Ausgewählte Vorträge

Neumann, U., Demographische Entwicklungen – Armut – Zuwanderung im nördlichen Ruhrgebiet. Vortrag im Rahmen der Sozialkonferenz Herne 2002, veranstaltet von der Stadt Herne in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung NRW am 16. März 2002.

Neumann, U., Evaluation des Stadtteil-Erneuerungsprogramms URBAN Duisburg-Marxloh durch multidimensionales „Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse“. Vortrag im Rahmen der Tagung „Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung“ in der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Geographie, am 25. und 26. April 2002.

Neumann, U., Regionales Beobachtungssystem kleinräumiger städtischer Entwicklungsprozesse. Vortrag im Rahmen des Workshops „Monitoring städtischer Entwicklungsprozesse“ des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) am 12. Juli 2002 in Dortmund.

Neumann, U., Weniger (bauen) ist mehr? Realitäten und Visionen einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung im Ruhrgebiet. Teilnahme an der Podiumsdiskussion der Reihe „Essen kontrovers“ der Volkshochschule Essen am 5. November 2002.

Neumann, U., Kleinräumige Aspekte der demographischen Entwicklung. Vortrag im Rahmen der Tagung „Weniger, älter, bunter. Konsequenzen des demographischen Wandels für die Kommunalpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 10. Dezember 2002 in Wesseling.

Schrumpf, H., Die Kohäsionspolitik der EU. Gemeinsames Seminar der Stiftung Wissenschaft und Politik und der DATAR im Januar 2002 in Paris.

Schrumpf, H., Die demographische Entwicklung im Ruhrgebiet. Vortrag bei der Handwerkskammer Düsseldorf im Januar 2002.

Schrumpf, H., Strukturelle Entwicklungstrends im Ruhrgebiet. Vortrag beim Immobilienkongress Ruhrgebiet im Mai 2002.

Schrumpf, H., Regionale Strukturpolitik in Deutschland und Europa – ein Konzept für Russland? Vortrag in der Fachhochschule Köln im August 2002.

Schrumpf, H., Reformbedarf der EU- Strukturpolitik nach der Erweiterung. KAS- Seminar im Dezember 2002 in Budapest.

2001 abgeschlossene Gutachten

Strukturberichterstattung Ruhrgebiet

Das Ausbildungsverhalten der nordrhein-westfälischen Betriebe im Jahre 2000

Langfristige Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet der Gelsenwasser AG

Alleinstellungsmerkmale des Ruhrgebiets

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Rahmenbedingungen und Politikoptionen zur Senkung diffuser Nährstoffeinträge

Effizienz der Wasserversorgung sowie des Gewässerschutzes aus rechtswissenschaftlicher und institutionenökonomischer Sicht – eine theoretische und empirische Analyse

Betriebsbefragung für das IAB-Betriebspanel im Land NRW 2001

Ex Post Evaluation of the 1994–99 Objective 2 Programs Germany

Ökonomische Aspekte des Baus eines Referenzkraftwerks auf Steinkohlenbasis in NRW

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Klemmer, P., Beirat für Raumordnung beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages

Klemmer, P., Wissenschaftlicher Beirat „Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Klemmer, P., Umweltökonomischer Beirat beim Statistischen Bundesamt (stellvertretender Vorsitzender)

Klemmer, P., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Schrumpf, H., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Beteiligung an der Hochschullehre

Schrumpf, H., Seminare über die „Anwendung der Europäischen Strukturfonds“ an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg

Sektorale Strukturanalysen

Die Gruppe verfolgte im abgelaufenen Jahr die im langfristigen Forschungsplan gesetzten Schwerpunkte im Rahmen verschiedener, teilweise drittmittelfinanzierter Projekte weiter. Hierbei geht es zum einen um die Analyse der Formen, Determinanten und Konsequenzen des sektoralen Strukturwandels, zum anderen um die Wechselwirkungen zwischen diesen strukturellen Veränderungen und den langfristig absehbaren Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft (Stichwort „Nachhaltigkeit“). Fortgeführt wurde auch die Evaluierung insbesondere arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Bei der Umsetzung des Programms wurde wieder mit anderen Forschungsgruppen und Externen zusammengearbeitet.

Formen und Determinanten des sektoralen Strukturwandels

Aufgrund der hohen Bedeutung des *Konsums der privaten Haushalte* für die gesamtwirtschaftliche Güterverwendung und damit für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Strukturwandel und Umwelt ist seine Analyse von besonderem Interesse. Die Pflege und Aktualisierung der Konsumverflechtungstabellen (nach Produktgruppen und Ausgabearten) gehört deshalb zu den laufenden Arbeiten der Forschungsgruppe. Konsumstrukturveränderungen vollziehen sich eher auf längere Sicht; sie waren im Zeitablauf durch zurückgehende Anteile der Konsumgüter des Grundbedarfs, eine Abkehr von standardisierten Massengütern hin zu Waren und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs, eine stärkere Differenzierung der Kon-

Projektion des e-commerce-Umsatzes			
2001 bis 2010			
	2001	2005	2010
in Mrd. \$			
Deutschland	19	140	700
Vereinigte Staaten	390	1 200	3 500
Welt	550	2 000	7 000
Anteil am weltweiten e-commerce-Umsatz in vH			
Deutschland	3,5	7,0	10,0
Vereinigte Staaten	71,0	60,0	50,0
Welt	100,0	100,0	100,0
in vH des Produktionswerts			
Deutschland	0,6	3,5	14,5
Vereinigte Staaten	2,2	6,0	14,5
Welt	1,0	3,0	8,0
in \$/Einwohner			
Deutschland	230	1 700	8 650
Vereinigte Staaten	1 350	4 050	11 350
Welt	90	315	1 050
Eigene Berechnungen.			

sumwünsche im Hinblick auf Qualität und Produktgestaltung sowie eine zunehmende Wertschätzung immaterieller Güter gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang wurde untersucht, welche Auswirkungen eine umweltorientierte Umstrukturierung des Konsums hat. Insgesamt spricht einiges dafür, dass damit keine gravierenden negativen ökonomischen Auswirkungen verbunden sein müssen, wobei hier die positiven ökologischen Effekte nicht explizit bewertet wurden.

Die mit der Produktion und Anwendung moderner *Informations- und Kommunikationstechnologien* (IuK) verbundenen strukturellen und gesamtwirtschaftlichen Veränderungen wurden in der Vergangenheit durch verschiedene Studien begleitet. Dieser Schwerpunkt wurde im Jahr 2002 weiter ausgebaut; als Beispiel sei eine Studie genannt, die die *new economy* und ihre Auswirkungen in den USA und Deutschland untersucht. Entgegen der häufig geäußerten Vermutung, die *new economy* sei aufgrund der Abschwächung der Weltwirtschaft und der Konjunktur in den meisten Industrieländern sowie des Zusammenbruchs der Technologiebörsen nicht von Bestand, gibt es doch einige Indizien dafür, dass die Wachstumspotenziale der *Internetwirtschaft* bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. So werden durch zunehmenden *e-commerce* neue Absatz- und Beschaffungswege erschlossen. Hiermit ist eine Wettbewerbsintensivierung, eine Steigerung der Markttransparenz sowie eine Senkung der Transaktions- und Vertriebskosten verbunden. Dies zieht Rationalisierungseffekte, eine Optimierung der Kostenstruktur sowie eine Senkung der Vorleistungs- und Verbraucherpreise nach sich. Zudem entstehen Angebote neuartiger – digitalisierbarer – Güter etwa in den Bereichen Kommunikation, Information und Unterhaltung. Die Bedingungen dafür, dass die *e-commerce*-Umsätze in den nächsten Jah-

ren überdurchschnittlich wachsen werden, sind – eine günstige weltwirtschaftliche Entwicklung vorausgesetzt – für Deutschland aufgrund einer modernen Netzinfrastruktur, einer führenden Stellung im B2B-Bereich sowie guter Chancen im Mobilfunk und beim digitalen Fernsehen nicht ungünstig (Tabelle).

Bezüglich der damit einhergehenden gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen führten wachstumstheoretische Untersuchungen, Auswertungen ökonometrischer Studien sowie Analysen zurückliegender technologieinduzierter Wachstumszyklen zu der Schlussfolgerung, dass es durch *e-commerce* auf längere Sicht zwar zu einem Niveaueffekt beim Bruttoinlandsprodukt kommt, nicht jedoch zu einer dauerhaften Erhöhung der Wachstumsraten. Die Zusammenhänge zwischen der Produktion und der Nutzung von IuK-Technologien und dem Produktivitätswachstum sind jedoch zum Teil noch unklar; gleichwohl dürfte die Internetwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft in Zukunft außerordentlich bedeutsam sein.

Zu den markanten Erscheinungsformen des sektoralen Strukturwandels gehört neben der wachsenden Standortkonkurrenz weiterhin die Veränderung der Arbeitsteilung zwischen den großen Bereichen der Volkswirtschaft, namentlich dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor, die unter dem Stichwort *outsourcing* diskutiert wird. In der Forschungsgruppe wurde deshalb ein Projekt wieder aufgegriffen, mit dem Mitte der neunziger Jahre im Auftrag der EU-Kommission die Rolle des Beratenden Ingenieurwesens bei der Diffusion technischen Wissens untersucht worden war. Verglichen wurde die Situation in mehreren EU-Staaten, mit dem Ergebnis, dass sich Deutschland immer noch durch eine besondere Zurückhaltung beim *outsourcing* auszeichnet, insbesondere bei Kernkompetenzen. Zu begründen ist dies mit der Furcht vor Wettbewerbsnachteilen sowie durch eine spezifische Unternehmenskultur. Da die Notwendigkeit der raschen Verbreitung von Innovation im Zuge der Globalisierung eher noch zugenommen hat, wird nun u.a. nach der Rolle der Verallgemeinerung moderner Medien wie dem Internet für die Verbreitung von Wissen gefragt. Dies könnte auch zu einer grundlegenden Änderung des Verhältnisses von technischen Dienstleistern und Verarbeitendem Gewerbe geführt haben. Einen wichtigen Bestandteil der Untersuchung bildet wiederum der internationale Vergleich. Um hierfür Partner zu gewinnen, wurde das Untersuchungsdesign auf der 12th RESER (*European Network of Economic and Spatial Service Research*) Conference in Manchester vorgestellt. Dabei konnten Partner für die entsprechenden Länderstudien in Großbritannien und Spanien gewonnen werden.

In Zusammenarbeit mit der ISG-Köln wurde – im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit – die „Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie“ abgeschlossen. Diese Beschäftigungsstrategie (EBS) wurde in Deutschland in einem umfangreichen Maßnahmenbündel umgesetzt, das aber – wie nach etwa drei Jahren nicht anders zu erwarten – erst jetzt zu wirken beginnt. Bei konsequenter Fortführung sind mittelfristig von der EBS durchaus nennenswerte Effekte zu erwarten; sofern sie in den Gesamtzusammenhang einer wachstums-, innovations- und beschäftigungsfreundlichen Politik eingeordnet wird, kann die EBS einen positiven Beitrag zur Förderung der Be-

Zusammenfassende Bewertung der Erfolge der EBS in Deutschland			
Maßnahme	Einfluss auf die nationale Politik	Wirkung auf die Beschäftigung	
		bisher	erwartet
1. Strategien zur Prävention und Aktivierung bei Arbeitslosigkeit	++	+	++
2. Beschäftigungsfreundliches Steuer-Transfer-System	0	+	+
3. Soziale Integration: von Migranten	+	+	+
von Menschen mit Behinderungen	++	+	++
4. Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes bei Unternehmensgründungen	+	+	+
5. Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, auf lokaler Ebene und im Sozialsektor	+	+	++
6. Modernisierung der Arbeitsorganisation	++	+	++
7. Chancengleichheit	++	+	++
Gesamtbewertung	+	+	++

– = eher negative Entwicklung; 0 = keine Wirkung feststellbar; + = eingeschränkte Wirkung; ++ = hohe Wirkung; +++ = sehr hohe Wirkung.



schäftigung leisten. Sie ist dagegen nicht geeignet, die Folgen von Defiziten anderer Politikfelder, insbesondere der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik, auszugleichen. Festzuhalten bleibt:

- Hinsichtlich Prävention und Aktivierung wurden die erforderlichen Gesetzesänderungen durchgeführt. Defizite wurden aber teilweise im Vollzug gesehen; das Jugendsofortprogramm und das Job-AQTIV-Gesetz sind daraus abgeleitet.
- Die Situation behinderter Menschen war in den neunziger Jahren von hoher Arbeitslosigkeit und rückläufiger Beschäftigung geprägt. Ab 2000 nahm die Handlungsintensität deutlich zu. Seit der Schaffung des SGB IX (Oktober 2000) und dem Start des Aktionsprogramms „50 000 neue Jobs für Schwerbehinderte“, die maßgeblich von der EBS beeinflusst sind, sind Verbesserungen erkennbar.
- Die in den Nationalen Aktionsplänen (NAPs) beschriebenen Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung – insbesondere bei Unternehmensgründungen – sind weitgehend realisiert worden. Es wurden nicht nur Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse durchgeführt, sondern auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene auch zahlreiche Initiativen zur Förderung und Ermutigung zur Selbständigkeit ergriffen. Diese Programme sind nahezu vorbildlich. Hervorzuheben ist die Förderung von Existenzgründungen durch Arbeitslose („Überbrückungsgeld“, begleitet durch Beratung und Coaching).

Deutschland ist schon seit Anfang der neunziger Jahre bestrebt, die hohe Regulierungsintensität v.a. in den Dienstleistungsbereichen abzubauen; die Regeln wurden z.T. umfassend modernisiert oder gestrichen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass

sich Beschäftigungseffekte meist erst im Anschluss an eine eher beschäftigungssenkende Phase einstellen. Ebenfalls positiv bewertet wurden Regelungen hinsichtlich der Arbeitszeit wie die Einführung von Arbeitszeitkonten und das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, das explizit auf die Europäischen Richtlinien Bezug nimmt. Weitere positive Entwicklungen wurden hinsichtlich der Chancengleichheit festgestellt: Die Erwerbstätigenquote der Frauen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen ging zurück und die Zahl der Erwerbstätigen in Elternzeit ist gestiegen.

An diese Arbeiten wurde mit dem auf drei Jahre angesetzten Projekt *Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Deutschland in der Förderperiode 2000 bis 2006 (EPPD Ziel 3 und OP des Bundes Ziel 1)* angeknüpft, das im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Kooperation mit dem SÖSTRA-Institut, Berlin, und Prof. Dr. Gerd Ronning, Universität Tübingen, durchgeführt wird. Seit geraumer Zeit vollzieht sich ein tiefgreifender wirtschaftlicher, sozialer und struktureller Wandel; durch unterstützende Maßnahmen versucht die Politik, diesen Wandel für die Menschen so verträglich wie möglich mit zu gestalten. Allerdings werden z.B. durch Maßnahmen der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik in bedeutendem Umfang gesellschaftliche Ressourcen gebunden, was die öffentlichen Haushalte belastet. Wann immer eine arbeitsmarktpolitische Intervention durchgeführt wird, sollte eine wissenschaftliche Evaluierung erfolgen, um deren Effizienz beurteilen zu können.

Vor diesem Hintergrund besteht das Ziel des Projekts darin, mit Hilfe einer „Halbzeitbewertung“ bis Herbst 2003 und ihrer Fortschreibung bis 2005 die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes zu überprüfen; dabei werden auch Schlussfolgerungen für die Erhöhung der Effektivität in der zweiten Hälfte der Förderperiode gezogen. Anhand vorgegebener oder im Laufe der Bearbeitung definierter Indikatoren sollen die Erreichung der in den Programmplanungsdokumenten formulierten Ziele beurteilt, Auswirkungen und Probleme der Programmumsetzung identifiziert sowie die Effektivität der Programmdurchführung herausgearbeitet werden.

Die Halbzeitbewertung erfasst die Beurteilung der Wirkung der ESF-Interventionen auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Regionen in Deutschland sowie auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Wirtschaftsbereiche. Sie soll zudem Erfordernisse aufdecken, um gegebenenfalls Änderungen in der Strategie, aber auch bei den Mittelzuweisungen vornehmen zu können. Dadurch ermöglicht sie den Verwaltungsbehörden bzw. den Fondsverwaltern der Länder ebenso wie den Programm umsetzenden Stellen, inhaltliche und finanzielle Korrekturen auf allen Programmplanungsebenen sowie bei den Schwerpunkten und Maßnahmen bzw. Aktionen. Eine Besonderheit der Evaluierung besteht darin, dass die beiden zu untersuchenden Ziele des ESF in unterschiedlichen Gebieten Deutschlands zum Einsatz kommen: die Ziel-1- in den neuen und die Ziel-3-Interventionen in den alten Bundesländern. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, ihre Wirkungen in unterschiedlich strukturierter Regionen zu untersuchen.

Die an die Evaluation gestellten Anforderungen sind komplex und stoßen hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Ergebnisse, der Interpretation der Indikatoren und der Vielschichtigkeit der Projekte und Maßnahmenswerpunkte auf erhebliche Schwierigkeiten. Zudem verlangt sie eine komplexe und relativ homogene Methodik, die zugleich die Besonderheiten der beiden Ziele des ESF wie auch die Verschiedenheit der Förderinstrumente zu berücksichtigen hat. Ausgangspunkt der Wirkungsanalyse ist die Bewertung der Implementationsbedingungen (Verfügbarkeit, Bekanntheit) der zentralen Förderprogramme in den beiden Zielen des ESF. Die spezifischen Wirkungen der ESF-Interventionen lassen sich danach vor allem an ihrem Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der geförderten Personen und ihrer (Re-)Integration in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem messen. Dies ist vor dem Kontext einer mehrdimensionalen Förderlandschaft in Deutschland zu bewerten. Um die Ergebnisse dieser Analyseebene zu verifizieren, sind schriftliche Befragungen von Teilnehmern ausgewählter ESF-Maßnahmen sowie die Bildung von Vergleichsgruppen vorgesehen. Nicht zuletzt werden so auch Informationen über die Durchführungsqualität der Maßnahmen gewonnen.

Für konkrete ESF-kofinanzierte Arbeitsmarktinstrumente wurde ein Untersuchungsdesign zur Identifizierung von Nettoeffekten erarbeitet. Methodisch geht es um die Wahl der Erhebungseinheiten und der Erfolgskriterien, die Erfassung relevanter Kosten sowie die Konstruktion einer angemessenen Vergleichssituation (kontrafaktische Situation), die eine Aussage darüber erlaubt, was geschehen wäre, wenn die staatliche Intervention nicht stattgefunden hätte. Gleichwohl bleibt die Frage, inwieweit die gefundenen Kausalitäten zwischen arbeitsmarktpolitischer Maßnahme und Beschäftigungserfolg tatsächlich darstellbar sind. Welche Beobachtungseinheiten und Zielgrößen für eine solche Analyse relevant sind, wird maßgeblich durch die Art der Maßnahme und die Verfügbarkeit von Daten bestimmt. Für die Halbzeitbewertung ist lediglich die exemplarische Anwendung des Verfahrens vorgesehen.

Innovationen, Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung

Die mit dem Strukturwandel verbundenen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes stellen einen traditionellen Arbeitsschwerpunkt dar. Dies zeigt sich insbesondere an zwei Drittmittelprojekten im Rahmen des Förderschwerpunkts „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – :[riw]“ des Bundesministerium für Bildung und Forschung. Zum ersten (interdisziplinären) Projekt – *AquaSus: Einflussfaktoren und Handlungsbedarfe für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften - Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft* – wurde die Arbeit Mitte des Jahres 2002 aufgenommen; dabei kooperiert das RWI mit der ARÖW Duisburg, dem Institut für Angewandte Innovationsforschung (IAI) Bochum, dem Ruhrverband in Essen, Prof. Dr.-Ing. Stein & Partner Bochum sowie dem französischen Institut Recherche Développement International in Le Creusot und Paris. Ziel ist es, für die Wasserwirtschaft mögliche Innovationen, ihre Voraussetzungen sowie ihre ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen zu analysieren. Besonderes Augenmerk wird auf solche Innovationen gelegt, von denen ein Beitrag zur Erreichung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung erwartet wird, wobei neben technischen auch institutionelle und organisatorische Innovationen untersucht werden. Hierzu werden in zwei empirischen Teilstu-

dien die Innovationssysteme der Wasserver- und der Abwasserentsorgung mit ihren Akteuren, ihrem Zusammenwirken und den relevanten Rahmenbedingungen untersucht.

Die erste Teilstudie bezieht sich insbesondere auf die Wasserversorgung und analysiert vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen (Marktöffnung, EU-Wasserrahmenrichtlinie), welche Chancen und Risiken diese im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung in sich bergen. In der zweiten Teilstudie (Medienübergreifende Umweltpolitik in der Abwasserentsorgung) wird untersucht, inwieweit eine stärkere Verknüpfung der Innovationssysteme der Abwasser- und Bioabfallentsorgung sinnvoll ist. So ist es derzeit zwar grundsätzlich technisch möglich, Klärschlämme gemeinsam mit Bioabfällen zu vergären (Co-Vergärung), doch stößt dies bislang zumindest auf der Vollzugsebene auf Widerstand. Ein Regulierungsmuster, das von der einmedialen Ausrichtung der Entsorgungspolitik abbrückt, könnte einen signifikanten Innovationsschub auslösen. Erste empirische Ergebnisse werden zum Sommer 2003 vorliegen.

Mit dem zweiten Projekt – *Internalisierung versus Internationalisierung – Handlungsrahmen für nationale und internationale Umweltpolitik vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Entwicklung elektronischer Märkte* (INVERSI) – wurde im Mai 2001 begonnen. Kooperationspartner bei diesem interdisziplinären Projekt sind die Gesellschaft für Arbeits-, Reorganisations- und ökologische Wirtschaftsberatung mbH (ARÖW) in Duisburg und Prof. Dr. Martin Führ, Sonderforschungsbereich Institutionenanalyse an der FH Darmstadt. Ziel ist es zunächst zu klären, inwieweit durch das Wachstum der elektronischen Märkte materielle Güter über direkte grenzüberschreitende Vertriebswege an Endverbraucher gelangen und dadurch die Effektivität von Rücknahmeverpflichtungen eingeschränkt wird. Diese werden im Rahmen der Kreislaufwirtschaft als wesentliches Instrument der Abfallpolitik angesehen. In diesem Fall wäre die Zuweisung von Produktverantwortung und damit die Internalisierung der negativen externen Effekte nicht mehr möglich, wenn innerhalb des Hoheitsgebietes kein Adressat ausgemacht werden könnte. Darauf aufbauend sollen im nächsten Schritt Handlungsbedarfe und -möglichkeiten ermittelt werden, die sich speziell für die Umweltpolitik, aber auch andere Politikbereiche – unter Beachtung des internationalen Kontextes – ergeben.

Die bisherige Arbeit konzentrierte sich auf die Klärung des empirischen Sachverhalts. Die Analyse der Regelungen zur Entsorgung von Verpackungsabfällen bestätigte die Vermutung, dass es ein rechtliches Defizit in Hinblick auf den grenzüberschreitenden Versandhandel gibt. Die Mehrzahl der Studien zum B2C-*e-commerce* geht für die nächsten Jahre von einem beträchtlichen Umsatzwachstum aus (s.o.). Zwar mag der Anteil der Produkte, die die Effizienz und Wirksamkeit einer erweiterten Produzentenverantwortung gefährden können, auf den ersten Blick vergleichsweise gering erscheinen. Dies sollte jedoch angesichts des zu erwartenden Wachstums beim grenzüberschreitenden Warenverkehr und vor allem aufgrund der grundsätzlichen Regelungsschwächen nicht gering geschätzt werden.

Der :[riw] Förderschwerpunkt sieht im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung eine Beteiligung der einzelnen Teilnehmer in projektübergreifenden Ar-

beitsgruppen vor. Für die Projekte *AquaSus* und *INVERSI* ist das RWI in der Arbeitsgruppe von Prof. Dr. J. Horbach zum Thema „Indicators for sustainable development“ tätig.

Stahlmarktentwicklung und Stahlpolitik

Die weltwirtschaftliche Eintrübung hat auch auf dem internationalen Stahlmarkt ihre Spuren hinterlassen; die Belegung ist dort wenig schwungvoll, sie hat weder alle Regionen erfasst, noch bewegt sie sich auf breiter Basis. Zudem ist sie durch den Irak-Konflikt belastet. Dass Stahlverwendung (810 Mill. t, 5,9 vH mehr als im Vorjahr) und -erzeugung (902 Mill. t Rohstahl, 6,1 vH) 2002 dennoch Höchststände erreichten, ist insbesondere China zu verdanken, wo die Zuwächse jeweils mehr als 20 vH betragen. Die Volksrepublik produziert damit mehr Stahl als die Vereinigten Staaten und Japan zusammen. In Deutschland hat die Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2002 deutlich zugelegt; insgesamt wurden 45 Mill. t Rohstahl und 38 Mill. t warmgewalzte Stahlerzeugnisse produziert, etwas mehr als im Vorjahr. Kräftige Impulse kommen – direkt und über Warenexporte – aus dem Ausland und wohl auch vom Lageraufbau. Die Importe gingen um 10 vH zurück, der Einfuhranteil an der Marktversorgung ist auf 41 vH gesunken (2000: 47 vH). Zum einen sind die nach den Importrestriktionen der USA im März 2002 befürchteten Umleitungen in die EU ausgeblieben, zum andern lagen die Preise im internationalen Stahlgeschäft deutlich über denen im EU-Binnenmarkt. Die Importe, insbesondere aus Drittländern, dürften 2003 aber wieder ansteigen. Die Stahlausfuhren – insbesondere in die EU – werden 2003 wohl wieder 19 Mill. t erreichen (2002: 18 Mill. t). Das Arbeitsplatzangebot der Stahlindustrie wird bei gleich bleibender Erzeugung 2003 weiter sinken – auf rund 97 000 Stellen (Jahresdurchschnitt) nach 99 000 im Vorjahr.

Neben der konjunkturellen Analyse des Stahlmarktes wurde die Verflechtungsstruktur der Stahlindustrie weiter untersucht, um daraus eine Einschätzung ihrer zukünftigen Entwicklung abzuleiten. Ziel ist eine Prognose der deutschen Stahlverwendung nach Wirtschaftszweigen bis zum Jahr 2010, wobei verschiedene Methoden und Modelle miteinander kombiniert werden. Dabei steht weniger eine Punktprognose im Vordergrund als vielmehr eine Bandbreite von möglichen Entwicklungen einschließlich der Determinanten.

Untersucht wurden auch die Auswirkungen der Osterweiterung der EU auf den Stahlsektor. In diesem Projekt werden eine Bestandsaufnahme vorgenommen und Herausforderungen aufgezeigt, die sich aus dem zunehmend enger werdenden Netz von nationalen und EU-weiten wirtschaftspolitischen Interventionen ergeben.

Theoretische und methodische Basis

Die Pflege und Fortentwicklung des statistischen Instrumentariums erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Statistik; Schwerpunkte sind:

- Aufbau einer konsistenten Reihe von Input-Output-Tabellen ab 1991 nach ESVG 95 zu laufenden und konstanten Preisen; sie dienen als Grundlage für die Überarbeitung des disaggregierten ökonomischen Modells des RWI;

- Aktualisierung und Erweiterung der Konsumverflechtungs- und der Wirtschaftszweige-Berufe-Matrizen bzw. Wirtschaftszweige-Tätigkeiten-Matrizen;
- Kapitalbestandsrechnung (basierend auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes und des ifo Instituts);
- Aktualisierung der internationalen BACH-Datei sowie der Bilanz- und Erfolgsrechnungen der Deutschen Bundesbank.

Zur Beobachtung und Analyse des Arbeitsmarkts wurden stärker als bisher Individualdatensätze herangezogen. Insbesondere das SOEP hat sich hier wegen des Panelcharakters und seiner Aktualität als unverzichtbar erwiesen. Darüber hinaus wurde auf die IAB-Beschäftigtenstichprobe zurückgegriffen, deren Vorteil in genauen Verdienangaben und hohen Fallzahlen liegt; Letzteres ermöglicht speziell die Analyse beruflicher und sektoraler Mobilität.

Alle Systeme sollen stärker miteinander verknüpft werden, um der Vielschichtigkeit der Problemlagen und Handlungsbedingungen der Akteure Rechnung tragen zu können. Die zunehmende Diskrepanz zwischen dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont einerseits, den Gestaltungserwartungen und -möglichkeiten andererseits soll durch die Entwicklung „transportabler“ und kompatibler Systeme vermindert werden. Sie sollen den Rückgriff auf die in anderen Forschungsgruppen oder von Externen entwickelten Systeme ermöglichen („Modelltausch“).

Veröffentlichungen

Clausen, H. und U. Scheele (2002), Benchmarking in der Wasserwirtschaft – Internationale Erfahrungen mit vergleichendem Wettbewerb in der Wasserwirtschaft. *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, Beiheft 29.

Clausen, H. und M. Halstrick-Schwenk (2002), Produktverantwortung ausgehebelt – Rückwirkungen der internetgestützten Internationalisierung des Vertriebs auf die Abfallpolitik. *Ökologisches Wirtschaften* 2002 (3–4): 22–23.

Clausen, H. and M. Rothgang (2003), Innovations, Sustainability, and Efficiency in the German Water Sector: How to Push the Tanker into the Right Direction? In C. von Hirschhausen (Hrsg.), Konferenzband zum Workshop „Applied Infrastructure Research“ vom 12. Oktober 2002 an der Technischen Universität Berlin. Erscheint demnächst.

Clausen, H. und L. Trettin (2003), Die Förderung von Demonstrationsvorhaben im Umweltbereich – Mitnahmeeffekte und Finanzierungsoptionen. RWI-Materialien, erscheint demnächst.

Dehio, J. (2001), Gesamtwirtschaftliche Bedeutung langfristiger Konsumstrukturveränderungen. *RWI-Mitteilungen* 52 (4): 211–230.

Dehio, J. (2003), Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen umweltfreundlicherer Konsumstrukturen – Ergebnisse einer Modellsimulation bis zum Jahr 2020. Sonderhefte des Instituts für Wirtschaftsforschung zum Input-Output-Workshop in Halle. Erscheint demnächst.

Dehio, J. und R. Graskamp (2002), Perspektiven der Internet-Wirtschaft. *RWI-Mitteilungen* 53 (1–4): 41–64.

- Gitter, R.J. and M. Scheuer (2002), Winnetou in the 21st Century: A Look at American Indians in Today's Labor Market. *RWI-Mitteilungen* 53 (1-4): 161-176.
- Graskamp, R. und K. Löbbe (2002), Unternehmensfunktion, Standortwahl und sektoraler Strukturwandel. *RWI-Mitteilungen* 53 (1-4): 127-147.
- Halstrick-Schwenk M. (2002), Nachhaltigkeit und Perspektiven der Beschäftigung. In J. Horbach (Hrsg.), *Der Umweltschutzsektor und seine Bedeutung für den Arbeitsmarkt*. Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle 10. Baden-Baden: Nomos, 127-148.
- Janßen-Timmen, R. und W. Moos (2002), Schweißen und Schneiden 2001 – Gut behauptet. *Schweißen & Schneiden* 9: 552-565.
- Lageman, B., K. Löbbe und H. Schruppf (Hrsg.) (2002), *RWI-Mitteilungen* 53: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftspolitik auf dem Wege in die wissenschaftsbasierte Ökonomie. Festschrift für Paul Klemmer (darin auch: Zu diesem Heft).
- Löbbe, K. et al. (2002), Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit. Untersuchungen des RWI 39. RWI, Essen.
- Löbbe, K., J. Dehio, R. Döhrn, R. Graskamp, H.D. von Loeffelholz, W. Moos und M. Rothgang in Kooperation mit R.J. Gordon (2003), *New Economy – an Assessment from a German Viewpoint*. Untersuchungen des RWI. RWI, Essen, erscheint demnächst.
- Rothgang, M. and K. Löbbe (2002), Sectoral Aspects of the New Economy – What Empirical Research would like to know. Eurostat News: 17th CEIES Seminar: The New Economy – Key measurement issues. EU Commission, Luxemburg, 57-72.
- Rothgang, M. and M. Scheuer (2002), *Innovation in Services: Country Report Germany for RESER*. Essen, Internet: www.reser.net.
- Scheuer, M. et E.M. Schmidt (2002), Les privilèges des jeunes sur le marché du travail allemand. *Innovations – Cahiers d'économie de l'innovation* 15. (L'Économie Sociale – Laboratoire d'innovations. 2002-1.) Paris: L'Harmattan, 121-150.
- Scheuer, M. (2002), Lieber nach Großbritannien? Beeinflussung privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidungen durch staatliches Handeln. In M. Jonas, S. Nover und U. Schumm-Garling (Hrsg.), *Brennpunkt „Arbeit“: Initiativen für eine Zukunft der Arbeit*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 72-90.
- Klaus, J. und M. Rothgang (2002), Umweltindikatorensysteme – Charakteristik, Darstellungsbereiche und Beurteilungskriterien. In M. Junkernheinrich (Hrsg.), *Ökonomisierung der Umweltpolitik*. Beiträge zur volkswirtschaftlichen Umweltökonomie. 2. Auflage. Berlin: Analytica, 101-124.
- Rothgang, M. (2002), Wie wirkt Technologiepolitik? Eine Betrachtung aus unterschiedlichen Perspektiven. *RWI-Mitteilungen* 53 (1-4): 19-40.
- Rothgang, M., L. Trettin and B. Lageman (2002), How to Regain Funds from Technology Promotion Programs? Results from an Evaluation of the Financial Instruments Used in Public R&D Funding for Incumbent SME. *International Journal of Technology Management*, erscheint demnächst.
- Trettin, L., M. Rothgang und B. Lageman (2001), Finanzierungsoptionen für die projektbezogene Technologieförderung in kleinen und mittleren Unternehmen – Theoretische Aspekte und empirische Befunde. *RWI-Mitteilungen* 52 (4): 255-280.

Ausgewählte Vorträge

Clausen, H., Innovations in the Water Services Sector – Institutional Framework, Actors, and Policy Instruments. Vortrag auf der Summerschool „Innovation for Sustainable Development: Institution, Incentives and Economic Policy“ im Rahmen des [riw]-Förderschwerpunkts des BMBF vom 7. bis 11. September 2002 im Kloster Seeon.

Clausen, H., Innovations and Sustainability in the Water Services Sector – Institutional Framework, Actors, and Policy Instruments. Vortrag auf dem Workshop „Applied Infrastructure Research“ am 12. Oktober 2002 in der Technischen Universität Berlin.

Clausen, H., Wettbewerb in der Wasserwirtschaft. Vortrag auf dem Seminar „Zündstoff Wasser“ der Studenteninitiative Wirtschaft & Umwelt e.V. (Schirmherr: Prof. Dr. K. Töpfer) vom 5. bis 7. Dezember 2002 in Velen.

Dehio, J., Gesamtwirtschaftliche Effekte der New Economy. Gastvortrag an der Fachhochschule Gelsenkirchen Fachbereich Wirtschaft, Abteilung Bocholt am 8. Mai 2002.

Dehio, J., Simulation der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen umweltfreundlicherer Produktionsweisen bis zum Jahr 2020. Vortrag anlässlich des Input-Output-Workshops am 14. und 15. März 2002 in Halle.

Rothgang, M., Sectoral aspects of the New Economy – What Empirical Research Would Like to Know. 17th CEIES-Seminar „The New Economy – Key Measurement Issues“ am 4./5. März 2002 in Rom.

Rothgang, M. and M. Scheuer, The Role of Consulting Engineering Services in Innovation. Presentation at the 12th RESER Conference am 26./27. September 2002 in Manchester.

Scheuer, M. and H.-K. Starke, Der deutsche Stahlmarkt in den Jahren 2000 bis 2003. Beitrag zum 2. Branchenforum Stahl 2002 des Verbandes für das Verkehrsgewerbe Westfalen-Lippe e.V. am 6. Juni 2002 in Dortmund.

Scheuer, M., The qualification of the labour force in the EU-candidate countries. Lecture given at the Economic Faculty of the University of Gdansk, 12 November 2002.

Scheuer, M., Fachlich gut sein genügt nicht – Anmerkungen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Dienstleister. Vortrag beim RKW-Workshop „Unterstützungsmaßnahmen für Dienstleistungsunternehmen aus den Bereichen Logistik und Automation zur Internationalisierung ihrer Dienstleistungsangebote“ am 29. Oktober 2002 in Eschborn.

Scheuer, M., Patent-, Lizenzwesen, Technologietransfer, Engineering: Benchmarking – Dienstleistungen im Spannungsfeld zwischen Amerika, West- und Osteuropa. 12. European Consultants Unit Euromeeting: „Unternehmensnahe Dienstleistungen – Kooperationen und Netzwerke im erweiterten Europa“ am 18. Oktober 2002 in München.

Scheuer, M., Zukunft der Arbeitswelt – Was ist von der New Economy zu erwarten? Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband BKK Niedersachsen-Bremen und der BKK Continental „Über den Tag hinaus – Entwicklungsperspektiven des Gesundheitswesens: Demografie und Arbeitswelt“ am 14. Oktober 2002 in Hannover.

Scheuer, M. and R.J. Gitter, The Flexibility of the German Labor Market. Lecture at the Weekly Seminar of the Upjohn Institute, Kalamazoo, 10 July 2002.

Scheuer, M. And R.J. Gitter, How Flexible is the German Labor Market? Paper presented at the 77th Annual Conference of the Western Economic Association International, Seattle, June 29 – July 3, 2002.

2002 abgeschlossene Gutachten

Gutachten zum Förderprogramm „Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Internalisierung versus Internationalisierung – Handlungsrahmen für nationale und internationale Umweltpolitik vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Entwicklung elektronischer Märkte. Projekt im Rahmen des Förderschwerpunkts „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

AquaSus: Einflussfaktoren und Handlungsbedarfe für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft. Projekt im Rahmen des Förderschwerpunkts „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Arbeitsgruppe „Indicators for Sustainable Innovations“ im Rahmen der Begleitforschung zum Förderschwerpunkt „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Deutschland in der Förderperiode 2000 bis 2006 (EPPD Ziel 3 und OP des Bundes Ziel 1)

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Scheuer, M., Services World Forum, Member of the Board

Scheuer, M., RESER (Space & Services European Network), Member of the Council

Kooperationspartner

agiplan AG, Mülheim

European Policy Research Centre, Glasgow

Gesellschaft für Arbeits-, Reorganisations- und ökologische Wirtschaftsberatung (ARÖW), Duisburg

Gitter, R.J., Professor of Economics, Ohio Wesleyan University, Delaware, USA

Gordon, Robert J., Stanley G. Harris Professor in the Social Science, Northwestern University, Evanston, IL, USA

IAI Institut für angewandte Innovationsforschung, Bochum

Institut Recherche Développement International, Paris

Prof. Dr. Martin Führ, Fachhochschule Darmstadt

ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln

O'Farrell, Prof. Dr. Patrick N., Heriot-Watt University, Edinburgh

Ruhrverband, Essen

Scheele, apl. Prof. Dr. Ulrich, Institut für Volkswirtschaftslehre I, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Stein, Prof. Dr., RUB Bochum

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, , Abt. Wissenschaftsstatistik, Essen

WSF Wirtschafts- und Sozialforschung Dr. W. Friedrich, Kerpen

Daveri, Prof. Dr. Francesco, Università di Parma, Dipartimento di Economia, Sezione di Scienze Economiche

Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung mbH (empirica)

Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), Forschungszentrum Karlsruhe in der Helmholtz-Gemeinschaft

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe

Öko-Institut e.V., Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Ketterer, Prof. Dr. Karl-Heinz, Universität Karlsruhe, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung (IWW), Sektion Geld und Währung

Rothenatter, Prof. Dr. Werner, Universität Karlsruhe, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung (IWW), Sektion Verkehr und Kommunikation

Schneidewind, Prof. Dr. Uwe, Universität Oldenburg, Institut für Betriebswirtschaftslehre, Fachgebiet Produktion und Umwelt (PUM)

Gordon, Prof. Dr. Robert J., Northwestern University, Evanston, IL

Lehraufträge

Hartmut Clausen: „Wasserwirtschaft: Theorie und Praxis der Regulierung“, Hauptseminar im WS 2002/03 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Praktikanten

Christina Schmidt, Ruhr-Universität Bochum

Energiewirtschaft

Die Energieforschung wird gegenwärtig von zwei Themenblöcken bestimmt: der Liberalisierung der Energiemärkte und der instrumentellen Ausgestaltung der nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik. Auch im mittelfristigen Forschungsplan sind diese Themen als Arbeitsschwerpunkte definiert, wobei dem modellorientierten Ansatz entsprechend sowohl kognitive als auch instrumentelle Fragen behandelt werden sollen. In den vergangenen Jahren dominierte allerdings die Untersuchung jener Maßnahmenbündel und Instrumente, die in der wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion als geeignet angesehen werden, die mit dem Verbrauch von Energie verbundenen Treibhausgasemissionen zu verringern.

Energie und Umwelt

In der Klimaschutzpolitik zeichnet sich seit dem vergangenen Jahr ein grundlegender Instrumentenwechsel ab, der langfristig von ordnungsrechtlichen Ge- und Verboten oder freiwilligen Vereinbarungen hin zur marktkonformen Mengensteuer-

rung mit Hilfe von Emissionsrechten führen könnte. Der Handel mit Emissionsrechten gilt grundsätzlich als effizientes Instrument, um ein vorgegebenes Reduktionsziel kostenminimal zu erreichen. Maßgeblich vorangetrieben wurde die Umorientierung durch den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 23. Oktober 2001 und den gemeinsamen Standpunkt des Rates der Umweltminister vom 9. Dezember 2002, der die Einführung dieses Handels in der EU ab dem Jahr 2005 vorsieht. Damit sollen die im Kyoto-Protokoll für die EU festgelegten Minderungsziele möglichst kostengünstig erreicht werden.

Der Richtlinienvorschlag baut auf Erfahrungen mit Emissionshandelsmodellen etwa in den Vereinigten Staaten oder in anderen Ländern der EU auf. Um diese Erfahrungen nutzen zukönnen, wurden in einem Forschungsprojekt die spezifischen Konstruktionsmerkmale der Handelssysteme dargestellt und mit dem EU-Konzept verglichen. Im Einzelnen sind dies:

- der Handel mit SO₂-Lizenzen in den Vereinigten Staaten,
- der Handel mit CO₂-Emissionen im Vereinigten Königreich,
- das dänische CO₂-Handelssystem.

In den Vereinigten Staaten ist der Handel mit SO₂-Zertifikaten seit 1995 Bestandteil des Programms zur Bekämpfung des sauren Regens. Ziel ist eine Halbierung der SO₂-Emissionen von 1980 bis 2010, die in drei Etappen erreicht werden soll. In der ersten Phase (1995 bis 1999) war für die größten Emittenten der öffentlichen Versorgung eine Verringerung von 9,3 auf 5,55 Mill. t SO₂ festgelegt. Seit 2000 gilt die zweite Phase, in der bis zum Jahr 2009 die SO₂-Emissionen aller öffentlichen Kraftwerke mit einer installierten Leistung von mehr als 25 MW_{e1} auf 9,48 Mill. t reduziert werden sollen; ab 2010 gilt für diese Gruppe eine weitere Zielverschärfung auf 8,95 Mill. t SO₂.

Im Vereinigten Königreich ist der Handel mit Emissionsrechten Bestandteil eines umfassenden Maßnahmenkatalogs, mit dem die Regierung ihre Minderungsverpflichtungen, die sie im Rahmen des Kyoto-Protokolls und des EU-*burden sharing* eingegangen ist, erfüllen will. Das Maßnahmenbündel gleicht dem deutschen Klimaschutzprogramm und enthält neben dem Emissionshandel die Einführung einer Energiesteuer (*Climate Change Levy*), Selbstverpflichtungserklärungen der Industrie (*Negotiated Agreements*) und Regelungen zur Energieeinsparung bzw. effizienteren -nutzung. Allein über den Handel mit Emissionslizenzen sollen bis zum Jahr 2010 zusätzliche Minderungen von jährlich bis zu 7,7 Mill. t CO₂ erzielt werden.

Das dänische Handelssystem wurde im Juni 1999 vom dänischen Parlament im Rahmen der Elektrizitätsreform verabschiedet und trat nach Zustimmung der EU im Juni 2000 in Kraft. Ziel ist eine Verringerung der CO₂-Emissionen im Bereich der öffentlichen Stromerzeugung von 23 Mill. t (2000) auf 20 Mill. t (2003), was in jährlichen Reduktionsschritten von 1 Mill. t erreicht werden soll. Der Handel ist in dieser Phase auf jene Stromerzeuger beschränkt, die mehr als 100 000 t CO₂ pro Jahr emittieren, umfasst mithin nur die acht größten der insgesamt 500 am dänischen Markt tätigen Energieerzeuger, darunter auch die deutsche E.ON (vormals PreussenElektra) und die schwedische Vattenfall.

Im Gegensatz zum Emissionshandel sind Steuern und Abgaben auf den Energieverbrauch weitgehend etabliert. So wird in Deutschland auf Mineralölprodukte schon seit Anfang der sechziger Jahre, auf Erdgas seit Ende der achtziger Jahre die Mineralölsteuer erhoben. Mit den Gesetzen zur ökologischen Steuerreform ist diese Komponente nochmals verstärkt worden. Die mit diesem Instrument erzielbaren ökologischen Wirkungen sind allerdings kaum exakt zu beziffern, wird das Energiepreissystem doch nicht nur von zusätzlichen Steuern, sondern von einer Vielzahl weiterer Faktoren beeinflusst, die außerhalb der Entscheidungskompetenz der nationalen Umweltpolitik liegen und in ihrer Bedeutung die ökologisch motivierten Korrekturen deutlich übertreffen können. Gerade die vergangenen Jahre liefern dafür anschauliche Belege. So wurde gleichzeitig mit der Einführung der Öko-Steuer die wettbewerbliche Öffnung der Strom- und Gasmärkte wirksam, in deren Folge die Strompreise um bis zu 30 vH sanken und dadurch die von der Stromsteuer intendierte Lenkungswirkung erheblich abgeschwächt wurde. Für Kraftstoffe und andere Mineralölprodukte erwies sich die Einführung der Öko-Steuer zumindest in den Jahren 1999 und 2000 aufgrund von Preissteigerungen als Doppelbelastung. Die von der ökologischen Steuerreform intendierte Lenkungswirkung hätte sich bei Kraftstoffen demnach zumindest in den ersten Jahren ohnehin eingestellt.

An die ökologische Steuerreform knüpft sich allerdings auch die Erwartung auf zusätzliche Einnahmen, die bei entsprechender Kompensation Ineffizienzen im Steuer- und Abgabensystem verringern und zu einer „doppelten Dividende“ der Abgaben beitragen sollen. Die sektorale Bilanzierung der Be- (Energiesteuer) und Entlastungen (Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung) lässt erkennen, dass diese Intention weitgehend erreicht wurde: In den arbeitsintensiven Sektoren, insbesondere im Investitionsgütergewerbe, sind deutliche Nettoentlastungen eingetreten. In der Summe konnten die Produktionskosten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt durch das gegenwärtige Gesetz um fast 1 Mrd. € verringert werden. Außerdem haben reduzierte Steuersätze und Belastungsobergrenzen dazu beigetragen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Produktionsprozesse durch die Ökosteuer nicht verschlechtert hat. Diese positiven Wirkungen wurden allerdings durch die zum 1. Januar 2003 in Kraft gesetzte Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform erheblich abgeschwächt; die Entlastungen im Produzierenden Gewerbe wurden mehr als halbiert, die arbeitsintensiveren Sektoren des Produzierenden Gewerbes deutlich schlechter gestellt. So wird der Entlastungseffekt in den Investitionsgütersektoren um knapp 30 vH verringert, die Verbrauchsgüterindustrie kaum noch netto entlastet und die Belastung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mehr als verdoppelt.

Für die Fortentwicklung der Ökosteuer über das Jahr 2003 hinaus ist zudem von besonderer Bedeutung, dass seit ihrer Einführung zusätzliche Instrumente der Umweltpolitik in die Diskussion eingebracht und bestehende zum Teil deutlich verschärft wurden (z.B. Energiespar-Verordnung). Da die ordnungsrechtlichen Standards auch in Zukunft weiter angehoben werden, wird die Lenkungswirkung von zusätzlichen Steuern immer weiter eingeschränkt. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang jedoch die geplante Einführung eines Handels mit Emissionsrechten.

Sollte sich dieses Instrument etablieren, wäre eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform ohnehin kaum sinnvoll – sie wäre sogar gänzlich überflüssig, wenn der Handel mit CO₂-Emissionsrechten ab dem Jahr 2008 verbindlich vorgeschrieben und damit die Energieträger nach ihrem Kohlenstoffgehalt zusätzlich belastet würden.

Die nationale Klimaschutzpolitik beschränkt sich allerdings nicht auf die beschriebenen Instrumente, sondern sieht eine Vielzahl von nach Emittenten- und Verbrauchergruppen differenzierten Maßnahmen vor, um die im Rahmen des *EU-burden sharing* vereinbarten Minderungen zu erreichen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat im November 2000 ihre nachdrückliche Unterstützung für das nationale Klimaschutzkonzept zugesagt und dazu einen interministeriellen Arbeitskreis eingerichtet, der unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr ein Klimaschutzkonzept für NRW erarbeitet und darin die Minderungsmöglichkeiten im Einzelnen analysiert hat. Der größte Beitrag ist danach von Effizienzsteigerungen und Brennstoffsubstitutionen im Bereich der reinen Stromerzeugung zu erwarten. Denn der Kraftwerkspark in NRW ist vergleichsweise alt, Braunkohlekraftwerke sind teilweise schon mehr als 40 Jahre am Netz, der überwiegende Teil der Steinkohlekraftwerke wurde im Lauf der siebziger und achtziger Jahre in Betrieb genommen. Deren Ersatz ist schon bei unverändertem Brennstoffeinsatz mit einer Verringerung der spezifischen CO₂-Emissionen von bis zu 30 vH verbunden, bei einem Brennstoffwechsel können sie halbiert werden. Folglich wird allein die Erneuerung der Kraftwerke in NRW einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der nationalen Minderungsziele leisten, der für 2005 mit 15 Mill. t, für 2010 mit 28 Mill. t CO₂ veranschlagt werden kann.

Der Kraft-Wärme-Kopplung wird eine tragende Rolle im nationalen Klimaschutzprogramm zugemessen. Maßgeblich für die erwarteten Minderungserfolge (10 Mill. t CO₂ bis 2005, 23 Mill. t bis 2010) sind technische Verbesserungen in der gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung, insbesondere die Verdrängung reiner Dampf- durch kombinierte Gas- und Dampfturbinen (GuD-Technik). Dadurch lässt sich bei gleicher Wärmeerzeugung die Stromerzeugung mehr als verdoppeln, wobei die höhere Stromausbeute nur zum geringen Teil auf Effizienzverbesserungen, zum überwiegenden Teil auf eine Erhöhung der installierten Leistung zurückzuführen ist. Für den Beitrag der öffentlichen Fernwärmeversorgung in NRW zum nationalen Klimaschutzprogramm folgt daraus, dass über den allmählichen Ausbau der GuD-Technik auf Basis Erdgas substitutionsbedingt Minderungen bis zu 1,7 Mill. t CO₂ möglich sind.

Die Instrumentenanalyse konzentrierte sich bislang auf die nationale Perspektive, auch wenn die Auswirkungen eines Emissionshandels für die 15 Mitgliedstaaten und die EU insgesamt untersucht wurden. Die Ziele der nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik sind jedoch überwiegend das Ergebnis internationaler Vereinbarungen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 1997 in Kyoto vereinbarten Reduktionsverpflichtungen und flexiblen Instrumente, die nachfolgend präzisiert und mit Ende der siebten Vertragsstaatenkonferenz in Marrakesch als weitge-

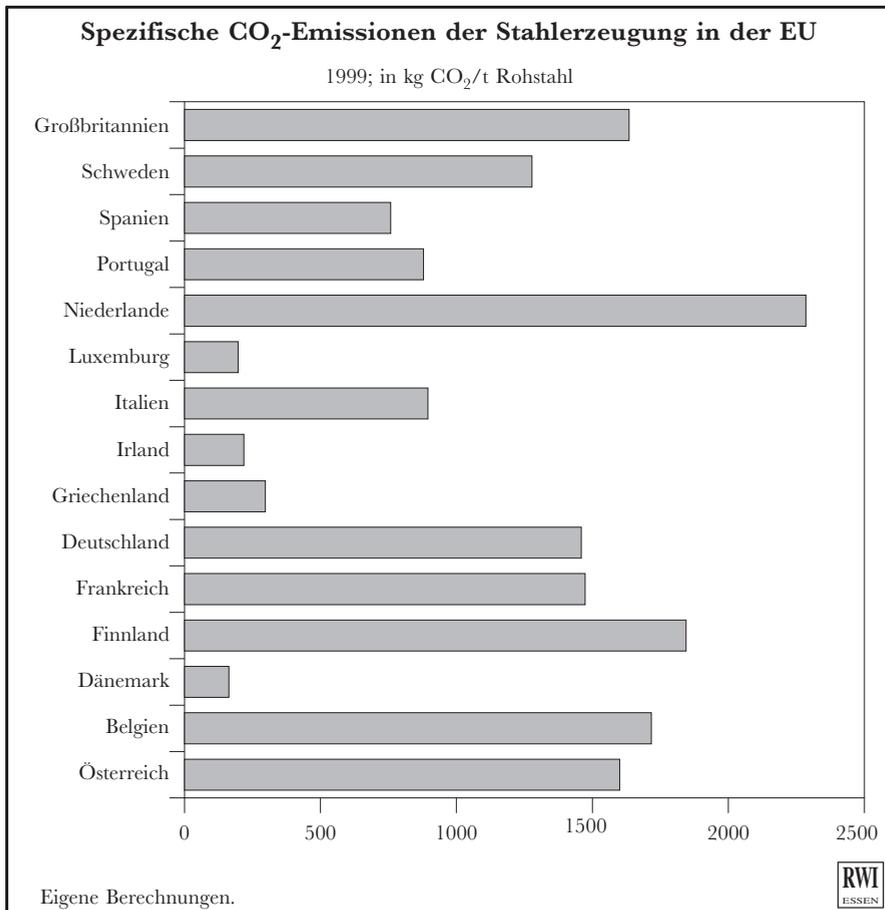
hend verbindlich angesehen werden können. Folglich existieren nunmehr konkrete Regelungen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls insbesondere im Bereich der „flexiblen Mechanismen“, der Anrechenbarkeit von Kohlenstoff-Senken, der Erfüllungskontrolle und der Rolle der Entwicklungsländer. Diese Regelungen können als Grundstein für die Ratifizierung des Protokolls vor allem durch die großen Klimagas-Emittenten Russland und Japan gelten.

Durch die Flexibilisierungen können Minderungsverpflichtungen z.B. auch durch gemeinsame Aktivitäten entweder zwischen Industrieländern (*Joint Implementation*) oder zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (*Clean-Development Mechanism*) erfüllt werden. Als wichtigste Ziele des CDM werden sowohl die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung als auch die Unterstützung der Annex-I-Staaten bei der Erreichung ihrer quantifizierten Emissionsbegrenzungs- bzw. -minderungsverpflichtungen genannt. Die Volksrepublik China ist infolge des hohen CO₂-Ausstoßes und der relativ geringen Energieeffizienz der Produktions- und Verbrauchsaggregate ein nahezu idealer Partner für derartige Projekte. Allerdings bestehen in China noch erhebliche Informationsdefizite über die ökologischen und ökonomischen Potenziale dieses Instruments und die konkreten Durchführungsregeln. Vor diesem Hintergrund sind Forschungsprojekte zu werten, in deren Rahmen die Forschungsgruppe im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Weltbank die chinesische Regierung bei der Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen, der praktischen Anwendung und der internationalen Gestaltung des CDM beraten soll.

Methodische Grundlagen

Die Analysen der Forschungsgruppe stützen sich zu einem erheblichen Teil auf das selbst erstellte Modellsystem, das die Wechselwirkungen zwischen energiewirtschaftlichen, sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen abbilden soll. Um diese Modellinfrastruktur für Projekte nutzen zu können, müssen Modellteile nicht nur ständig aktualisiert, sondern vor allem problemorientiert überprüft und bei Bedarf an geänderte Fragestellungen angepasst werden.

Im Mittelpunkt steht dabei gegenwärtig ein Energiemodell für die 15 Mitgliedstaaten der EU, mit dem Energieverbrauch, -angebot und die damit verbundenen Schadstoffemissionen erfasst werden sollen. Der formale Aufbau des Systems orientiert sich an der bislang für Deutschland genutzten und vielfach bewährten Konzeption: Er verbindet in einem integrierten Ansatz die verschiedenen Ebenen von Energieangebot und -verbrauch, von sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, von Änderungen der Marktformen sowie von Umweltwirkungen. Auch wenn die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, liegt bereits eine Fülle von Informationen über die Versorgungsstrukturen vor, die zur Abschätzung von Potenzialen und Kosten zur Verringerung der CO₂-Emissionen in der EU genutzt werden können. Beispielsweise erfordert die Stahlerzeugung in der EU gegenwärtig den Einsatz von 2 676 PJ Energie und induziert 208 Mill. t CO₂-Emissionen (1,3 t CO₂/t Rohstahl). Allerdings weicht der Wert in den einzelnen Ländern zum Teil erheblich von diesem Durchschnitt ab; in den Niederlanden, Belgien, Finn-



land, im Vereinigten Königreich und in Österreich sind die spezifischen Emissionen mit weitem Abstand am höchsten, in Dänemark, Luxemburg, Irland und Griechenland extrem niedrig (Schaubild). Aus dieser Rangfolge kann allerdings nicht unmittelbar auf Vermeidungskosten geschlossen werden. Denn Energieverbrauch und spezifische CO₂-Emissionen sind in hohem Maße Reflex der technisch-physikalischen Produktionsbedingungen bei den einzelnen Verfahrensschritten. So kann Koks im Hochofen nicht beliebig durch kohlenstoffärmeres Erdgas oder Schweröl als Reduktionsmittel substituiert werden, da Koks als Stützgerüst für die Durchgasung der Möllersäule unverzichtbar ist. Hinzu kommt, dass in einzelnen Mitgliedstaaten das Recycling von Sekundärrohstoffen eine lange Tradition hat (Elektrostahl); gemessen in Primärenergieeinheiten benötigen Elektrostahlwerke nur etwa die Hälfte der Energie, die in der Erzeugungslinie Hochofen – Oxygenstahlwerk aufgewendet werden muss. Folglich sind die spezifischen CO₂-Emissionen eher durch die Wahl des Herstellungsverfahrens als durch Effizienzunterschiede begründet. Für diese Vermutung spricht auch, dass aufgrund der stetigen

Prozessoptimierung die Stahlerzeugung in den Mitgliedsländern der EU einen vergleichsweise hohen Stand der Technik erreicht hat. Überdurchschnittliche CO₂-Freisetzungen sind demnach vor allem Folge der Dominanz der Hochofen – Oxygenstahl-Route. Emissionsminderungen sind in diesen Fällen vielfach gleichbedeutend mit Effizienzverbesserungen oder grundlegenden Verfahrenswechseln und hängen insoweit nicht nur vom Preis für Emissionsrechte, sondern auch von anderen Faktoren wie der Qualität des Produkts, der Rohstoffverfügbarkeit oder anderen Verfahrenskosten ab.

Auch die CO₂-Intensität der Stromerzeugung in den Mitgliedstaaten der EU ist zum geringsten Teil Folge unterschiedlicher technischer Standards; vielmehr dürfte sie durch die Ausstattung mit heimischen Energieressourcen oder energiepolitische Grundsatzentscheidungen erheblich stärker beeinflusst sein. Unabhängig davon ist jedoch festzustellen, dass bei einer ausschließlich auf CO₂-Minderungen bedachten Klimaschutzstrategie Stein- und Braunkohle allmählich durch Erdgas oder regenerative Energiequellen verdrängt werden; dies geschieht nicht in allen Ländern gleichmäßig. Besonders betroffen sind Standorte, an denen im Laufe der nächsten 20 Jahre die Anlagen ihre technische Lebensdauer erreichen und ersetzt werden müssen. Bei Braunkohle trifft dies überwiegend Deutschland, genauer das linksrheinische Revier, bei Steinkohle neben Deutschland noch Frankreich und vor allem das Vereinigte Königreich. Insofern überrascht es kaum, dass von diesen Ländern die größten Beiträge zur CO₂-Minderung zu erwarten sind. Bis zum Jahr 2010 können durch den Ersatz veralteter Stein- und Braunkohlekraftwerke durch Erdgas-GuD-Anlagen die EU-weiten CO₂-Emissionen um 110 Mill. t reduziert werden, wobei ein Drittel auf die Stromerzeugung in Deutschland entfällt. Im Zuge weiterer Modernisierung kann auch in der darauf folgenden Dekade ein ähnlich hoher Minderungserfolg erzielt werden (Tabelle).

Über die Arbeiten an einem Energiemodell für die EU hinaus werden die für Deutschland erprobten Ansätze immer wieder überprüft und bei Bedarf überarbeitet. So wurde für die Papierindustrie der Zusammenhang zwischen Rohstoff- und Energieverbrauch auf der einen und der Papierproduktion auf der anderen Seite weiter verfeinert. Bei der Erklärung des Faktoreinsatzes muss dabei zwischen kurz- und langfristigen Aspekten unterschieden werden. In der kurzfristigen Betrachtungsweise sind die Einsatzmengen der variablen Faktoren (Energie, Rohstoffe usw.) im Prinzip durch die „geronnene“ Struktur der bestehenden Anlagentechnik gegeben; sie können lediglich über die Veränderung der Papierproduktion variiert werden. Preisinduzierte Substitutionen sind in dieser Situation kapitalgebunden, also allein durch die Errichtung neuer und die Stilllegung alter Anlagen zur Papierherstellung zu erreichen. Der eingesetzte Produktionsapparat und sein technischer Wandel (Innovationen und Investition) sind demnach eine zentrale Voraussetzung dafür, die Effizienz des Rohstoff- und Energieeinsatzes zu erhöhen.

Die Substitutionsmöglichkeiten werden jedoch nicht allein von der Produktionstechnik, sondern auch durch die Anforderungen an das Endprodukt bestimmt. Um dem Rechnung zu tragen, werden vier Hauptsorten unterschieden, die entweder als Druck-, Presse- und Administrationspapiere, als Verpackungspapiere und -pap-

Substitutionsbedingte CO₂-Minderungen in der Stromerzeugung			
2010 und 2020; in Mill t			
	Braunkohle	Steinkohle	Ingesamt
2010			
Belgien		-4,0	-4,0
Dänemark		-1,3	-1,3
Deutschland	-18,2	-18,4	-36,6
Finnland	-2,6	-2,0	-4,3
Frankreich		-12,5	-12,5
Griechenland	-3,5	0,0	-3,5
Irland	-1,6	0,0	-1,6
Italien		-1,5	-1,5
Niederlande		-3,6	-3,6
Spanien	-5,0	-6,8	-11,8
Vereinigtes Königreich		-29,8	-29,8
EU 15 insgesamt	-30,6	-79,8	-110,4
2020			
Belgien		-5,8	-5,8
Dänemark		-7,5	-7,5
Deutschland	-48,5	-36,4	-84,9
Finnland	-3,5	-4,7	-8,2
Frankreich		-17,7	-17,7
Griechenland	-9,1	0,0	-9,1
Irland	-1,6	0,0	-1,6
Italien		-6,6	-6,6
Niederlande		-3,6	-3,6
Spanien	-5,0	-9,3	-14,3
Vereinigtes Königreich		-58,2	-58,2
EU 15 insgesamt	-67,7	-149,7	-217,4

Eigene Berechnungen.



pen, als Technische Papiere und Pappen oder als Hygienepapiere verwendet werden. Diese Unterscheidung erlaubt zugleich eine detaillierte Erklärung des Rohstoff- und Energieeinsatzes nach Produktgruppen. So erfordert die Produktion Technischer Papiere allein in der Papiermaschine (Nass- und Trockenpartie) den Einsatz von Brennstoffen und Strom mit einem Energieinhalt von etwa 9,9 GJ/t, Hygienepapiere hingegen benötigen nur 7 GJ/t, Verpackungspapiere und -pappen 6,9 GJ sowie Druck- und Pressepapiere etwa 5,8 GJ/t. Auch die Substitution von Papierrohstoffen durch Altpapier hängt von den Qualitätsanforderungen ab.

Im Themenkomplex „Energie und Umwelt“ wurde bereits auf die Arbeiten zum Klimaschutzkonzept NRW hingewiesen. Diese Untersuchungen basieren auf einem Dateninformationssystem, das alle wichtigen Angaben über die Energieversorgung in NRW und Deutschland möglichst zeitnah erfasst. Sektoren- und Energieträgersystematik entsprechen weitgehend der formalen Struktur der Energiebilanz. Das Dateninformationssystem umfasst zunächst die Energieumwandlung

nach den Bereichen Kokereien und Brikettfabriken, Raffinerien, öffentliche und Industriekraftwerke sowie Heizkraftwerke und Fernheizwerke, danach den nicht-energetischen und schließlich den Endenergieverbrauch. Letzterer wiederum setzt sich aus dem industriellen Verbrauch, untergliedert nach den zweistelligen Warennummern der WZ 93, dem für Verkehrszwecke und dem Haushalt- und Kleinverbrauchssektor zusammen. Endenergieverbrauch und Umwandlungseinsatz ergeben den Primärenergieverbrauch im Inland, der nach inländischer Produktion und Importen unterschieden wird. Über diese Bilanz der physischen Energieströme hinaus werden wichtige Kapitalgüter sowohl in der Umwandlung (Kraftwerke, Heizkraftwerke) als auch im Endverbrauch (Produktionskapazitäten, Pkw-Bestände, Heizungsanlagen und Wohnungsbestände) erfasst. Die CO₂-Emissionen werden auf der Basis der Energieverbräuche bzw. Umwandlungseinsätze und unter Rückgriff auf Emissionskoeffizienten, wie sie das Umweltbundesamt ermittelt, berechnet.

Das Dateninformationssystem wurde so konzipiert, dass zum einen alle für energie-wirtschaftliche Analysen erforderlichen Angaben flexibel bereitgestellt und laufend aktualisiert werden können. Zum anderen soll es zukünftig als Grundlage für den Aufbau eines Modellsystems dienen, mit dem die Energieversorgung von der Primärenergie über die Umwandlung und den nichtenergetischen Verbrauch bis zum Endverbrauch abgebildet und für Simulationen energie- und umweltpolitischer Instrumente eingesetzt werden kann.

Veröffentlichungen

Buttermann, H.G. (2003), Energie- und Rohstoffeffizienz in der Papierindustrie – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Entwicklung. *RWI-Mitteilungen* 54 (1), erscheint demnächst.

Buttermann, H.G. (2003), Energie- und Rohstoffeffizienz in der deutschen Papierindustrie – ein formaler Erklärungsansatz. *RWI-Materialien*, erscheint demnächst.

Klemmer, P., B. Hillebrand und M. Bleuel, (2002), Klimaschutz und Emissionshandel – Probleme und Perspektiven. *RWI-Papiere* 82. RWI, Essen.

Hillebrand, B. (2002), Die ökologische Steuerreform – ein Zukunftsmodell der Vergangenheit? *RWI-Mitteilungen* 53: 321–343.

Hillebrand, B., A. Smajgl, W. Ströbele et al. (2002), *Zertifikatehandel für CO₂-Emissionen auf dem Prüfstand*. Münster: Lit-Verlag.

Hillebrand, B. (2003), Emissionshandel – Neuer Schub für Bio-Energien. *DLG-Mitteilungen* 2003 (2).

Hillebrand, B. (2003), Emissionshandel und Kosten der Stromerzeugung. *RWI-Materialien*, erscheint demnächst.

Hillebrand, B. (2003), Integration von Umweltindikatoren in das RWI-Modell. In G. Briem und U. Fahl (Hrsg.), *Ansätze zur Kopplung von Energie- und Wirtschaftsmodellen zur Bewertung zukünftiger Strategien*. Jülich.

Oberheitmann, A. (2002); Le secteur de l'énergie et la protection de l'environnement en Chine. *Perspectives chinoises* 69 (Jan.–Feb.) – Special Chine – OMC, Hong Kong: 39–52.

Oberheitmann, A. (2002); Energy Production and Related Environmental Effects in China. *China Perspectives* 69 (Jan.–Feb.) – Special China – WTO, Hong Kong: 37–50.

Oberheitmann, A. (2002), Energieverbrauch und CO₂-Emissionen in der VR China: Determinanten, Entwicklung und Politikoptionen. *RWI-Mitteilungen* 53: 377–396.

Oberheitmann, A., G. Haupt und G. Oeljeklaus (2002), Projektbezogene Instrumente des Kyoto-Protokolls – Methodologische, technische und ökonomische Aspekte. In VDI-Gesellschaft für Energietechnik (Hrsg.), *Flexible Mechanismen zur CO₂-Minderung*. VDI-Berichte 1725. Düsseldorf: VDI-Verlag, 25–46.

Ausgewählte Vorträge

Buttermann, H.G., Auswirkungen der EU-Emissions-Trading Richtlinie auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland. Vortrag anlässlich der Sitzung des Energieausschusses der Wirtschaftsvereinigung Stahl und des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute am 29. Mai 2002 in Düsseldorf.

Hillebrand, B., Verbindung von Energie und Umwelt im RWI-Strukturmodell. Vortrag auf dem Workshop „Energimodelle in Deutschland“ des Forums für Energimodelle und Energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland am 28. Februar in Bonn.

Hillebrand, B., Kosten- und Preiseffekte und makroökonomische Wirkungen eines EU-weiten Emissionshandels. Vortrag auf dem Workshop „Neue Instrumente der Klimaschutzpolitik“ der Evangelischen Akademie Loccum am 29. Oktober 2002 in Loccum.

Hillebrand, B., Ökonomische und ökologische Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung. Vortrag auf dem Symposium „Ökologie und Ökonomie“ der Universität Essen am 26./27. November 2002 in Essen.

Hillebrand, B., Government/Industry Partnerships in Germany: experience and effectiveness. Vortrag auf dem OECD/IEA-Workshop „Policies to Reduce GHG Emissions in Industry“ am 2./3. Dezember 2002 in Berlin.

Oberheitmann, A., The concept of additionality – Potential obstacles in CDM to the effective operation for the investor country. Vortrag auf dem Methodologieworkshop im Rahmen des Forschungsprojekts „Klimaschutzprogramm – CDM Studie VR China“ der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und The World Bank am 13. Mai 2002 in Peking.

Oberheitmann, A., WTO and China's Energy Sector. Papier presented at the International GTZ-Conference on China's Entry into WTO: “Economic and Ecological Challenges and Opportunities” am 21. Mai 2002 in Kunming, VR China.

Oberheitmann, A., WTO and the Kyoto Process – Possible effects on China's energy policy and trade. Kurzpräsentation auf der International GTZ-Conference on China's Entry into WTO: “Economic and Ecological Challenges and Opportunities” am 21. Mai 2002 in Kunming, VR China.

Oberheitmann, A., WTO-rules related to the environment – National and international aspects. Halbtagesseminar auf dem GTZ-Trainingsworkshop “WTO and Environmental Protection” am 22. Mai 2002 in Jinghong, VR China.

2002 abgeschlossene Gutachten

Ein Energiedateninformationssystem für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland

Energiebroschüre Nordrhein-Westfalen 2001

Fortsetzungsauftrag zu Verknüpfung von Umweltindikatoren und Modellen

Chinese Environmental Policy: Meeting the Challenges and Taking the Opportunities of WTO – Part I: Energy Sector

Zertifikatehandel für CO₂-Emissionen auf dem Prüfstand – Ausgestaltungsprobleme des Vorschlags der EU für eine Richtlinie zum Emissionshandel

Klimaschutz und Emissionshandel – Probleme und Perspektiven

Rekarbonisierung der Versorgungsstrukturen? Von der Kohlenstoff- zur Energiesteuer

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Klimaschutzprogramm CDM-Studie VR China

Die Auswirkung des Gesetzes zur stärkeren Berücksichtigung der Schadstoffemissionen bei der Besteuerung von Personenkraftwagen vom 18. April 1997 unter Berücksichtigung einer Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer

Längerfristiger Beitrag der deutschen Energiewirtschaft zum europäischen Klimaschutz

Klimavereinbarungen und Erstzuteilung von Emissionsrechten

Beteiligung an der Hochschullehre

Oberheitmann, A., „Energimärkte und Energie- und Umweltpolitik in Ostasien“, Lehrauftrag und Lehrveranstaltung im Wintersemester 2002/03 an der Ruhr-Universität Bochum

Kooperationen

Universität Bielefeld, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Prof. Dr. J. Frohn

Universität Münster, Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie, Prof. Dr. W. Ströbele

Universität Osnabrück, Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie und empirische Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. B. Meyer

Praktikant

Manuel Rupprecht

Handwerk und Mittelstand

Die Arbeit der Forschungsgruppe ist drei Schwerpunkten zuzuordnen:

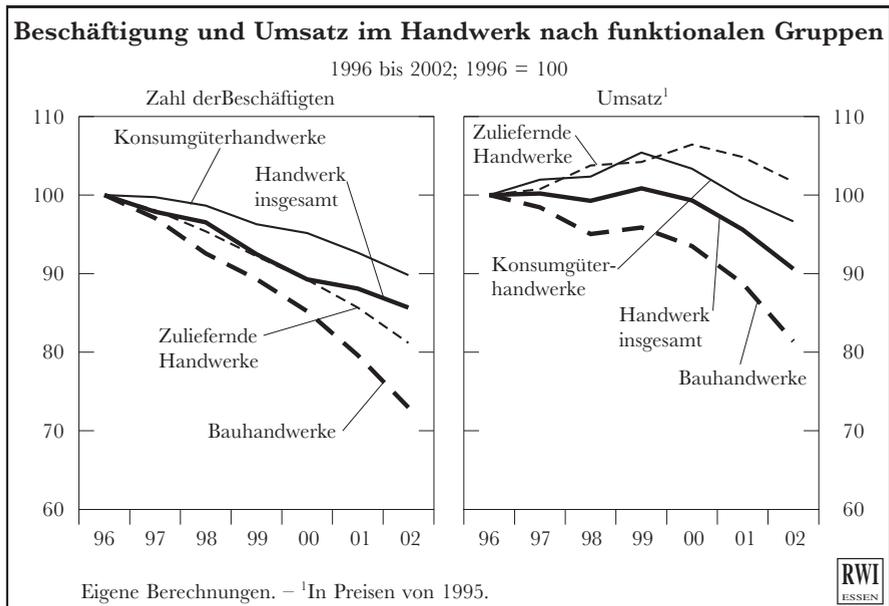
- struktureller Wandel und Konjunktur der Handwerkswirtschaft;
- Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der Branchenentwicklung im Informationszeitalter;
- Gründungs- und Entrepreneurshipforschung.

Eine ständige Aufgabe besteht darüber hinaus in Pflege und Ausbau der Datenbasis der Handwerks- und KMU-Strukturforschung.

Handwerksforschung

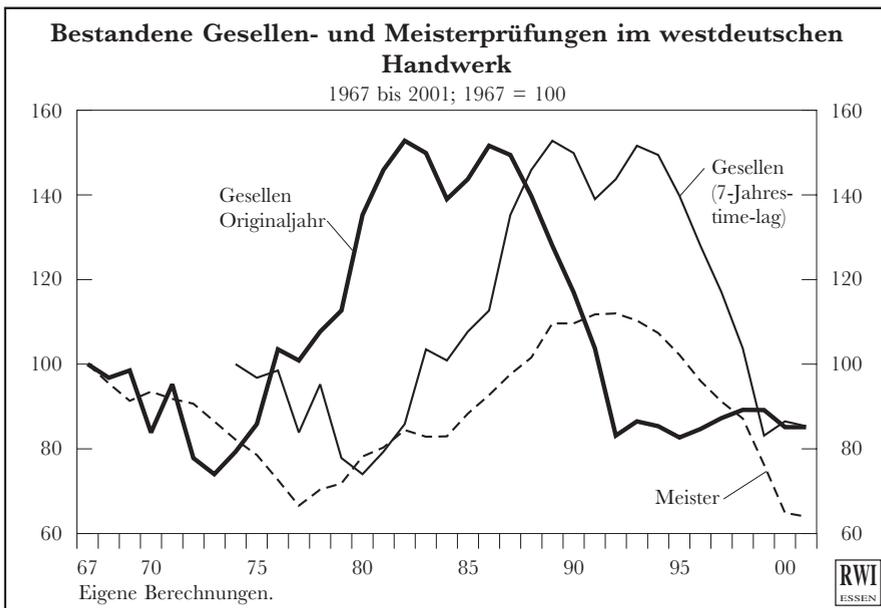
Das Handwerk ist seit Mitte der neunziger Jahre in einem ausgeprägten Abschwung, dessen Ende im derzeitigen, eher ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld noch nicht abzusehen ist. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 1996 um gut 1 Mill. (18,8 vH) zurückgegangen, der reale Umsatz um rd. 37 Mrd. € (-9,4 vH bzw. -1,6 vH im Jahresdurchschnitt; BIP: 1,5 vH). Der Rückstand des Handwerks zur Gesamtwirtschaft fällt dabei in den Jahren 2001 und 2002, in denen der Handwerksumsatz um 3,7 vH bzw. 5,2 vH zurückging, besonders stark aus; betroffen davon sind nahezu alle größeren Handwerkszweige. Zwar fallen die Beschäftigungsverluste und Umsatzeinbußen in den Bauhandwerken am stärksten aus, jedoch können sich auch die Konsumgütergewerbe dem allgemeinen Abwärtstrend nicht entziehen (Schaubild).

In einer im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchgeführten Studie werden die *Determinanten des Strukturwandels im Handwerk* analysiert. Hierbei werden sowohl die Ursachen der Schrumpfung als auch die längerfristig wirksamen Entwicklungsdeterminanten der Handwerkswirtschaft betrachtet. Ebenso spielen die Auswirkungen des sozio-ökonomischen Wandels und des veränderten weltwirtschaftlichen Umfelds – demographische Veränderungen, IuK-Technologien, Europäische Integration, Globalisierung – eine zentrale Rolle.



Die Determinanten des handwerklichen Strukturwandels wurden in der Literatur bislang nicht umfassend analysiert. Der technische Wandel hat zu einer Verkürzung der Produktlebenszyklen beigetragen. Aber auch die neuen IuK-Techniken (Internet, *e-business*), Mikrostrukturtechnik sowie neue Werkstoffe haben ebenso wie der branchenspezifische technische Fortschritt nachhaltige Auswirkungen auf die Tätigkeitsfelder zahlreicher Handwerke. Kennzeichnend für die neuen Technologien sind u.a. deren flexible Einsatzmöglichkeiten. Sie werden nunmehr in Märkten anwendbar, die bislang aufgrund des Marktvolumens und der Individualität der Anforderungen den Handwerksunternehmen vorbehalten erschienen. Damit geht eine teilweise Entwertung handwerklicher Qualifikationen bei gleichzeitigem Anstieg des Bedarfs neuer Kenntnisse einher.

Eine Intensivierung des Wettbewerbs verspürt das Handwerk auch bei der Rekrutierung des Nachwuchses. Die demographische Entwicklung bedingt eine deutliche Verschiebung der Altersstruktur mit der Konsequenz, dass die Unternehmen in absehbarer Zeit mit einem geringeren Angebot an ausbildungswilligen Jugendlichen und Facharbeitskräften rechnen müssen. Die Zahl der Ausbildungsanfänger im Handwerk und entsprechend die der abgelegten Gesellenprüfungen ist seit Anfang der neunziger Jahre deutlich zurückgegangen. Sorgen äußern die Betriebe auch bezüglich der Ausbildungsabbrüche und der schulischen Vorbildung der Lehrlinge; der Anteil der Abiturienten ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen niedrig. Die Zahl der Meisterprüfungen steht erfahrungsgemäß in einem engen Zusammenhang mit den Gesellenprüfungen; die meisten Jungmeister legen die Meisterprüfung etwa sieben Jahre nach bestandener Gesellenprüfung ab. Ein demographisch begründeter Rückgang der Zahl der Gesellen-



prüfungen führt somit zwangsläufig zu einer Verringerung des Meisternachwuchses. Dies stellt die Regeneration des Unternehmensbestands auf lange Sicht in Frage.

Wohl kaum ein anderes Handwerk war in den vergangenen 20 Jahren so gravierenden Strukturveränderungen unterworfen wie das *Bäckerhandwerk*. Wandlungen unterworfen waren unter anderem die Betriebsformen, die Beschäftigten- und Umsatzstruktur, das Verhältnis zwischen Bäcker- und Konditorenhandwerk und die Grenzen zwischen Industrie und Handwerk. Die Zeiten, in denen das Bäckerhandwerk nahezu unangefochten den Markt beherrschte, liegen lange zurück. Treibende Kraft des Wandels war und ist die technologische Entwicklung: Die Gefriertechnik, Gärverzögerer, effizientere Maschinen und andere Hilfsmittel ermöglichten den Betrieben im Bäckerhandwerk, den Absatzradius zu vergrößern. Dies ermöglicht wiederum die Einführung neuer Betriebsformen wie Franchising und Filialisierung. Zugleich verlieren traditionelles handwerkliches Wissen und Können an Bedeutung; Kenntnisse der Maschinen- und Anlagensteuerung werden hingegen erforderlich. Selbst bei den Rezepturen werden zunehmend industrielle Vorprodukte verwendet. In dem Maße, in dem die handwerkliche Qualifikation entbehrlich wird, erhöhen sich die Möglichkeiten nicht-handwerklicher Anbieter auf dem Markt (Aufbackstationen in Tankstellen, Gastronomiebetrieben und Supermärkten). Viele Bäckerbetriebe besetzen in diesem veränderten Umfeld Marktnischen, z.B. für ökologisch ausgerichtete Backprodukte. Insgesamt wird die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten im Bäckerhandwerk aber weiter zurückgehen. Zudem werden traditionelle Betriebe durch neue Angebotsformen wie Selbstbedienungsbäckereien ersetzt.

Auch das Baugewerbe ist mit umfassenden Herausforderungen konfrontiert. Die Europäisierung des Baurechts, die Öffnung der Grenzen verbunden mit zunehmendem Wettbewerb, der dämpfende Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Nachfrage und eine beachtliche Technisierung der Bauproduktion sind nur einige Stichworte, welche die neuen Herausforderungen umschreiben. Im Rahmen eines größeren, von Ministerien und Verbänden unterstützten Projekts zu den Perspektiven des Baugewerbes analysiert das RWI Regulierungstatbestände im Bauproduktmarkt. Diesem Bereich kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil die Reaktionsmöglichkeiten der Unternehmen auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen dadurch tangiert werden können. Einbezogen werden insbesondere das öffentliche Auftragswesen (VOB), das Bauhaftungsrecht, die Handwerksordnung und die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI). Die wirtschaftlichen Auswirkungen der rechtlichen Regulierung sind bislang kaum empirisch beleuchtet worden. Die Untersuchung trägt damit stark explorativen Charakter und dient der Erschließung eines viel versprechenden Forschungsfelds.

Gründungs- und Entrepreneurshipforschung

Die Ausprägungen und die Genese von Strategien in KMU aus theoretischer und empirischer Sicht standen im Vordergrund einer 2002 abgeschlossenen Habilitation. Die betriebs- und volkswirtschaftliche Forschung hat sich der Genese von Handlungsmustern und unternehmerischen Strategien auf unterschiedlichen We-

gen genähert. Verhaltensbezogene Ansätze stellen mit ihrer Erklärung individueller Verhaltensweisen bzw. Entscheidungsfindungen den Unternehmer in den Mittelpunkt. Danach erklären sich Strategien beispielsweise als Ergebnis begrenzt bzw. subjektiv rationalen Handelns. Wichtige Erklärungsstränge bringen zudem die verhaltenswissenschaftlich geprägte Entscheidungstheorie und -forschung ein. Sie betonen die dem menschlichen Handeln häufig unterliegenden Entscheidungsdefekte, die kurzfristig orientiertes und reaktives strategisches Handeln erklären können. Schwachstelle all dieser Überlegungen ist der „methodologische Individualismus“, während externe Faktoren weitgehend ausgeblendet bzw. allenfalls indirekt berücksichtigt werden, nämlich in ihrem Einfluss auf die Lebenswelt des Unternehmers bzw. den Risikogehalt einer Entscheidungssituation.

Kontextbezogene Theorieansätze heben strukturelle Faktoren und das externe Umfeld (in seinen Bestandteilen) als wichtige Determinanten der Strategiegenese in KMU hervor. Eine umfassendere Erklärungsperspektive liefert die Institutionenökonomik mit „kulturellen“ Faktoren, denen in weiter Abgrenzung politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen zuzuordnen sind. Danach erklären sich unternehmerische Handlungsmuster statisch sowohl als Reaktion der Unternehmer auf externe Rahmenbedingungen als auch im Rückgriff auf gesellschaftlich internalisierte – erlernte – Verhaltensweisen. Allerdings ist damit kein abschließender Brückenschlag zwischen einer verhaltens- und umweltorientierten Perspektive der Strategiegenese möglich. Im statischen Sinne lassen sich Strategien so zwar als Funktion personengebundener Einflüsse und sozio-ökonomischer Beziehungen auf individueller Ebene sowie als Funktion politisch-ökonomischer Strukturen auf übergeordneten Ebenen erklären. Gerade mit Blick auf KMU finden sich hier jedoch dynamische Prozesse mit unterschiedlich gelagerten Konstellationen und Einflussfaktoren. System- und komplexitätswissenschaftliche Ansätze erlauben eine Beschreibung der Strategiegenese mit besonderer Betonung des eigentlichen Geneseprozesses. Strategien entstehen emergent und selbstorganisierend, aber auch adaptiv.

Die typischen beobachtbaren Strategiemuster von KMU sind unterschiedlichen strategischen Optionsfeldern zuzuordnen, die bereits im Umfeld angelegt sind und durch Elemente der Kultur gemeinsam mit ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, branchenspezifischen und gesamtwirtschaftlichen Faktoren geprägt werden, wobei wiederum Rückkoppelungen bestehen. Empirisch zeigt sich, dass nur wenige KMU einen überwiegend agierenden und antizipierten Strategieverlauf verfolgen, in der Mehrzahl hingegen Mischtypen der Strategiegenese von ex ante geplantem bis zu „durchwurstelndem“ Handeln üblich sind, die mit den üblichen Querschnittserhebungen nur unzureichend erfasst werden können.

Viele empirische Strategiemuster sind der Kategorie eines kurzfristig orientierten Verhaltens zuzuordnen. Letztlich führt der Weg zum unternehmerischen Erfolg nur über die Entwicklung strategischer Konzepte, die der langfristigen Unternehmensentwicklung dienen. Aus normativer Sicht ist ein Verhalten wünschenswert, das über funktionale Strategien hinausgeht und langfristige Orientierungen erkennen lässt. Allerdings wird ohne ein funktionierendes, privater unternehmerischer

Aktivität förderliches politisches, wirtschaftliches und kulturelles Umfeld langfristig orientiertes strategisches Verhalten vom Unternehmensalltag und der damit einhergehenden Notwendigkeit zu „kurzfristigen“ Reaktionen konterkariert.

In einer Arbeitsgruppe der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* unter Leitung von Prof. Dr. Rolf Sternberg, Universität Köln, wurden vom RWI das regionale *Gründungsgeschehen in Nordrhein-Westfalen*, Aspekte der Gründungsfinanzierung sowie die Stärken und Schwächen der Gründungsförderung im Land untersucht. Insgesamt erscheint das Gründungsgeschehen auf Landesebene positiv; es kann von einem Aufholprozess im Strukturwandel gesprochen werden, wenngleich die Tertiarisierung offensichtlich langsamer als auf Bundesebene verläuft. Das Gründungsgeschehen im Land verläuft parallel zur Bundesebene: auf eine fast kontinuierliche Zunahme an Gründungen und Liquidationen bis in die späten neunziger Jahre folgt eine stetige Abschwächung des Nettozugangs seit Mitte der neunziger Jahre, bedingt durch weiter steigende Abmeldungen und gleichzeitig sinkende Gründungen. In den beiden Vergleichsregionen Köln und Emscher-Lippe verläuft das Gründungsgeschehen grundsätzlich ähnlich; jedoch verdeutlicht es in der altindustriellen Region Emscher-Lippe deren Strukturschwäche und unausgeschöpfte Potenziale, während in Köln Gründungen durch die Tertiarisierung begünstigt werden.

Die Landesregierung stellt beachtliche Mittel zur Gründungsförderung bereit und bemüht sich in jüngster Zeit um eine bessere Verzahnung von Landes- und Bundesprogrammen. Partiiell starke Einbrüche bei deren Inanspruchnahme durch nordrhein-westfälische Unternehmen könnten darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der Banken im Begriff steht, das Fördergeschäft aufzugeben, was für die Sicherstellung einer „adäquaten“ Gründungsfinanzierung höchst bedenklich wäre. Aus ordnungspolitischer Sicht lassen sich für die nordrhein-westfälische Gründungsförderung die Institutionalisierung und Bündelung, Vernetzung auf regionaler und lokaler Ebene sowie der Aufbau eines integrierten Angebots als Stärken nennen. Zwar ist sie noch stark an einzelbetrieblichen Maßnahmen ausgerichtet, jedoch werden innovative Elemente rasch aufgegriffen. Nordrhein-Westfalen hat im Vergleich zu anderen großen Bundesländern bei der Umsetzung gute Erfolge vorzuweisen. Allerdings hat die Gründungsförderung auch Schwächen. So werden die Beschäftigungseffekte von der Politik häufig überschätzt. Auch besteht eine weitgehende Fokussierung auf Vollerwerbsexistenzen, wenngleich in einzelnen Programmen auch Nebenerwerbe gefördert werden. Langfristig gewinnt die Gestaltung der Rahmenbedingungen an Bedeutung, vor allem mit Blick auf die Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und die Durchsetzung des Strukturwandels in den altindustriellen Regionen. Damit stellt sich aber die Frage, inwieweit die Politik individuelle und regional differierende Gründungsneigungen tatsächlich zu unterstützen vermag.

Breiten Raum nimmt die Frage nach der *Bedeutung institutioneller Einflüsse für Gründungsgeschehen und unternehmerisches Verhalten* ein. In zwei Forschungsprojekten wurde bzw. wird dieser Fragestellung speziell für Gründerinnen und Unternehmerinnen nachgegangen. Ein vom BMBF gefördertes Projekt, das in Kooperation mit dem

Institut für Mittelstandsforschung an der Universität Mannheim bearbeitet wurde, konzentrierte sich auf das institutionelle Umfeld. Konkret wird die Frage gestellt, inwieweit durch eine bessere Ausschöpfung des Gründerinnenpotenzials entscheidende Impulse für Innovation und Beschäftigung geschaffen werden können. Die geschlechtsspezifische Auswertung der RWI-Studie zum Gründungspotenzial zeigt bereits in der Vorphase von Gründungen einen *gender-gap*: Frauen sind seltener mit der Umsetzung von Gründungsvorhaben beschäftigt. Sie sind unter den werdenden (*nascent entrepreneurs*) wie unter den potenziellen Gründern – analog zu den realisierten Gründungen – nur schwach vertreten. Mehr als doppelt so viele Männer (15,9 vH) wie Frauen (7,4 vH) haben einen Gründungswunsch, nur noch 3,6 vH der Frauen, aber 5,7 vH der Männer haben dazu bereits genauere Pläne. Erste Schritte unternommen haben nur noch 1,3 vH der Frauen (2,4 vH). Gleichzeitig zeigen Frauen ein spezifisches Verhalten: Ist der erste Schritt zur Umsetzung getan, brechen sie seltener ab als Männer. Zudem steigen vergleichsweise mehr gründungsinteressierte Frauen in die Umsetzung der Idee ein. Bei den Frauen kommen auf jede werdende Gründerin 1,4, die aufgegeben haben, bei den Männern sind es fast 2. Probleme scheint es bei der Durchsetzung von Wachstumsabsichten zu geben: Wesentlich mehr Gründerinnen streben Wachstum an, als es später selbständige Frauen mit Beschäftigten gibt.

In einem zweiten Schritt untersucht das Projekt ausgewählte Elemente des institutionellen Umfelds im Rahmen einer vorwiegend qualitativen Systemevaluation. Grundsätzlich hat sich das politische und gesellschaftliche Umfeld im Hinblick auf die Mobilisierung von Gründerinnenpotenzialen in den vergangenen Jahrzehnten positiv entwickelt, wenngleich weitere Verbesserungsmöglichkeiten – vor allem in der Steuer- und Familienpolitik – zu erkennen sind. Schwächen bestehen mit Blick auf die gesellschaftliche Einstellung, und zwar sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb „traditioneller“ Förderinstitutionen, auch wenn die geführten Expertengespräche zeigen, dass der gesellschaftliche Wandel auf vielen Ebenen angestoßen wurde. Spezifische Stärken in der institutionellen Infrastruktur sind vor allem das flächendeckende Angebot an Mesoeinrichtungen und Förderinfrastrukturen. Allerdings ist auch erkennbar, dass insbesondere in den klassischen Massenprogrammen (Eigenkapitalhilfe) Frauen faktisch der Zugang aufgrund der Ausgestaltung der Programme verwehrt bleibt, da diese in der Regel keine Mikrokredite ausgeben, oftmals Heilberufe nicht fördern sowie generell keine Teilzeiterexistenzen. Kritisch kann sich gerade für den Zugang zu finanziellen Ressourcen auch die *gatekeeper*-Funktion der Hausbank auswirken.

Unternehmensstrukturen, Handlungsstrategien und das institutionelle Umfeld für Gründer-/Unternehmerinnen in osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländern (Ukraine, Moldawien, Usbekistan) werden im Rahmen eines von der EU geförderten internationalen Projektverbundes (aus England und den genannten Ländern) analysiert. Im Frühsommer 2002 wurde eine standardisierte Befragung bei Unternehmerinnen und einem männlichen Kontrollsample durchgeführt, vertiefende Fallstudien werden bis zum Frühjahr 2003 abgeschlossen.

Vertrauen als Resultat von institutionellen und kulturellen Faktoren und dessen Einfluss auf unternehmerisches Handeln stehen im Vordergrund eines ebenfalls interdisziplinä-

ren und internationalen Forschungsprojektes. Es wird von der Volkswagenstiftung gefördert und vom RWI und der *Forschungsstelle Osteuropa* an der Universität Bremen koordiniert. Beteiligt sind Forscher/-innen aus Großbritannien, Italien, Estland und Russland. Zentrale Hypothese ist, dass die institutionellen Rahmenbedingungen die Präsenz unterschiedlicher Formen von Vertrauen das wirtschaftliche Verhalten bzw. die Einschätzung des „Risikogehaltes“ der Umwelt beeinflussen und damit bestimmte Ausprägungen wirtschaftlichen Handelns mit bedingen. Von besonderem Interesse ist der Blick auf Osteuropa, wo die Unternehmen mit anderen Restriktionen und Normierungen konfrontiert sind als in etablierten Marktwirtschaften. Das Untersuchungsdesign umfasst eine standardisierte Unternehmensbefragung, Fallstudien sowie Experteninterviews in Deutschland, Russland und Estland; in Großbritannien und Italien werden Literaturstudien durchgeführt. Neben dem sozioökonomischen Milieu werden u.a. Sektor, Unternehmensgröße und -alter als Einflussfaktoren unterschiedlicher Vertrauensformen untersucht. Die standardisierte Befragung wurde bis September 2002 abgeschlossen, im November wurden die ersten Fallstudiengespräche geführt. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in einer internationalen Konferenz im September 2003 präsentiert.

KMU und Branchenevolution im Informationszeitalter

Die Auswirkungen der informationstechnischen Revolution auf KMU und die Betriebs- und Unternehmensgrößenstruktur erfordern besondere Aufmerksamkeit, da moderne IuK-Technologien und das Internet nicht nur die Entstehung neuer, sondern auch tiefgreifende Wandlungen bestehender Branchen bewirken. Enthierarchisierung, Fraktalisierung und Virtualisierung der Unternehmen können die volkswirtschaftliche Position von KMU auf längere Sicht stärken. Dem steht allerdings ein zunehmendes Gewicht international operierender Großunternehmen gegenüber. Das bislang erst ansatzweise genutzte Potenzial der Informationstechnik eröffnet den KMU neue Chancen im Wettbewerb, aber auch die Möglichkeit, untereinander und mit Großunternehmen Symbiosen einzugehen. Damit geht eine Bedeutungszunahme der zwischen Markt und Hierarchie angesiedelten Koordinationsformen einher. Kooperationen und Netzwerke begleiten die Industriewirtschaften zwar seit ihren Anfängen, durch die Verbreitung der IuK-Technologien verändert sich aber deren „technologische Geschäftsbasis“.

In einer Untersuchung der *Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf Handwerkskooperationen* wird u.a. der Frage nachgegangen, inwieweit Handwerker unter dem Eindruck der neuen Vernetzungsmöglichkeiten eher zu Kooperationen bewegt werden. Die Datenbasis speist sich aus amtlichen Statistiken, abgeschlossenen Forschungsprojekten, insbesondere aber aus eigenen Erhebungen bei Handwerksunternehmen mittels standardisierter schriftlicher Befragungen und Tiefeninterviews. Hierdurch werden typische Strategien und Handlungsweisen identifiziert, mit denen das Handwerk auf die genannten Herausforderungen reagiert. U.a. sind folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Unterschiede bestehen hinsichtlich Zielsetzung, Ausmaß und Formen von Kooperationen in den Gewerben, Betriebsgrößenklassen und Regionen?

- Worin unterscheiden sich Kooperationsverbände, in denen Großunternehmen oder nicht dem Handwerk zugehörige KMU dominieren, gegenüber denen von Handwerksunternehmen?
- Stellen Kooperationen eher ein Instrument für in ihrer Existenz gefährdete Unternehmen dar oder handelt es sich vielmehr um einen Ansatz, um Existenzbedrohungen vorzubeugen?
- Welche Erkenntnisse liegen zu den fördernden Faktoren und Hemmnissen der unternehmensübergreifenden Zusammenarbeit im Handwerk vor?
- Stellt öffentliche Förderung einen unverzichtbaren Bestandteil zur erfolgreichen Etablierung von Netzwerken dar?
- Inwieweit sind die Ausbildungsprogramme für Gesellen und Meister darauf angelegt, die Kooperationskompetenz zu erhöhen?

Ein weiteres Projekt ist die Erfassung von *Virtualisierung in der Wirtschaft*. Virtuelle Unternehmen sind DV-basierte, temporäre, projekthafte, nicht-hierarchische Kooperationsverbände von rechtlich selbständigen Unternehmen, die mittels gemeinsamer IuK-Architektur ihre Kernkompetenzen bündeln, um individuell auf Kundenbedürfnisse abgestimmte Waren und Dienstleistungen zu erstellen. Die wissenschaftliche Diskussion hat in jüngster Zeit stark an analytischer Tiefe und Breite gewonnen. Insbesondere für KMU wird diese Kooperationsform als zukunftssträftig erachtet, weil sie erhebliche Potenziale zur Minimierung von Organisations- und Transaktionskosten in sich birgt. Zwischen der akademischen Diskussion über virtuelle Unternehmen und dem Wissen über ihre volkswirtschaftliche Bedeutung klafft indes eine gewaltige Lücke. In Form einer explorativen Analyse wurde mit der Bestandsaufnahme der entsprechenden Forschungsarbeiten begonnen. Erste Fallstudien wurden erarbeitet und Möglichkeiten für eine empirische Untersuchung von Virtualisierungsprozessen in der Wirtschaft ausgelotet. Dabei wird zunächst die Entwicklung elektronisch basierter Unternehmensverbände im Informationstechnikerhandwerk analysiert.

Die erfolgreiche Etablierung von Media-Großmärkten und angeschlossenen Werkstätten der Hersteller verweist die traditionellen Fachwerkstätten des Handwerks auf enge Marktnischen: den Verkauf von Geräten aus dem oberen Preissegment sowie die Instandsetzung nach Ablauf von Garantiezeiten. Die Typenvielfalt und Komplexität der Gerätetechnik lassen indessen kaum mehr rentable Reparaturen in angemessenen Zeiträumen zu. Vor diesem Hintergrund haben sich Werkstätten zu einem elektronisch verknüpften nationalen Reparaturverbund für CD- und Videotechnik zusammengeschlossen. Nur noch einfache Reparaturen erfolgen vor Ort; Problemreparaturen werden durch spezialisierte Fachwerkstätten gesondert bearbeitet. Hierdurch gelangen drastische Senkungen von Reparaturzeiten und -kosten, mithin eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks.

Die zunehmende Komplexität des technischen Fortschritts verbunden mit der Notwendigkeit einer branchen- und sektorübergreifenden F&E überfordern bisweilen selbst Großunternehmen. Aufgrund ihrer beschränkten Ressourcenbasis se-

hen sich jedoch insbesondere KMU mit Nachteilen konfrontiert. Spezielle staatliche Programme zur KMU-orientierten *Förderung von Technologieprojekten* zielen darauf ab, deren Innovationstätigkeit zu stimulieren. Dabei gilt das Augenmerk zunehmend Unternehmen in traditionellen Technologiefeldern, die bisher keine oder nur sporadisch eigene F&E betrieben haben. In diesem Zusammenhang wurde in Kooperation mit der Forschungsgruppe Sektorale Strukturanalysen eine Expertise für die Landesregierung Nordrhein-Westfalens abgeschlossen. Sie widmete sich den Optionen für die langfristig „haushaltsneutrale“ Ausgestaltung der projektbezogenen Technologieförderung vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Erfahrungen. Aufgabe war es, die Vor- und Nachteile verschiedener Förderinstrumente – nicht rückzahlbare Zuschüsse, (bedingt) rückzahlbare Zuschüsse, zinsverbilligte Darlehen, Beteiligungsfinanzierung usw. – zu bestimmen. Die Untersuchung führte zu dem Ergebnis, dass Mezzanine-Finanzierungen (nachrangige Darlehen, stille Beteiligungen, Optionsschein- und Genussscheinkonstruktionen) besonders geeignet sind, den spezifischen Bedürfnissen von KMU zu entsprechen. Gleichzeitig entsprechen sie in begrenztem Maße dem fiskalischen Interesse (partieller Rückfluss der Fördermittel).

Dem Forschungsschwerpunkt ist auch eine Expertise zuzuordnen, die ebenfalls in Kooperation mit der Forschungsgruppe Sektorale Strukturanalysen erstellt wurde und *Finanzierungsoptionen bei der Förderung von Demonstrationsvorhaben im Umweltbereich* zum Gegenstand hatte. Konkret ging es um Konzeptionen und Anreizwirkungen von Programmen des Bundes und einiger Bundesländer, welche der Förderung von umweltentlastenden Investitionen mit Demonstrationscharakter dienen und als besonderes Merkmal Regelungen zu einem sog. förderunschädlichen vorzeitigen Vorhabensbeginn kennen. Die ökonomische Notwendigkeit des gezielten Einsatzes von Subventionen, die dabei auftretenden Effekte (einschließlich Mitnahmeeffekte) und Mechanismen zu ihrer Regulierung sowie die sich aus den Programmen ergebenden Wirkungen für Umwelt und KMU standen im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Untersuchung führte zu dem Ergebnis, dass Mitnahmeeffekte nur in geringem Umfang auftreten und aufgrund der Konzeption und der Programm-Implementation verringert werden. Entsprechend den Intentionen der Gesetzgeber profitieren zunehmend KMU von der Förderung integrierter umweltchonender Produktionsverfahren und -anlagen. Die umweltpolitischen Anreizwirkungen können auf Bundesebene zusätzlich durch die Straffung des Förderverfahrens erhöht werden.

Veröffentlichungen

Clausen, H. und L.Trettin (2003), Finanzierungsoptionen bei der Förderung von Demonstrationsvorhaben im Umweltbereich. RWI-Materialien, erscheint demnächst.

Dürig, W. (2002), Die Stellung des backenden Handwerks im Markt für Nahrungs- und Genussmittel – Wettbewerbsbeziehungen und Verflechtungen. Beitrag zum *Handbuch Backwaren*. Hamburg: Behrs Verlag.

Dürig, W. (2002), Die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks in Nordrhein-Westfalen 1998 im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In *Westdeutscher Handwerks-*

kammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Handwerksstatistik 2001/02. WHKT, Düsseldorf, 1–40.

Dürig, W. (2002), Fehlentwicklung in der schulischen Ausbildung und ihre Rückwirkungen auf das Handwerk. In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Handwerksstatistik 2001/02. WHKT, Düsseldorf, 41–99.

Dürig, W. (2002), Tradition mit Vision. Interview. *Snaxx Magazin* 1 (1): 10–11..

Dürig, W. (2002), Wandel des Berufsbildes des selbständigen Handwerksmeisters in der wissensbasierten Ökonomie. *RWI-Mitteilungen* 53: 107–126.

Höhmman, H.-H., T. Kautonen, B. Lageman and F. Welter (2002), Entrepreneurial Strategies and Trust: a Position Paper. In H.-H. Höhmman and F. Welter (eds.), *Entrepreneurial Strategies and Trust: Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in East and West European Environments – Concepts and Considerations*. Arbeitspapiere und Materialien 37. Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, 4–10.

Karjaluoto, H. and T. Kautonen (2002), Relationship Quality in Online Banking: Preliminary Results from Finland. In *Proceedings of the Australian and New Zealand Marketing Association Conference (ANZMAC)*, Melbourne, Australien, 2.–4.12.2002, 271–277.

Kautonen, T. (2002), Trust in the Context of Business Administration – a Note. In H.-H. Höhmman and F. Welter (eds.), *Entrepreneurial Strategies and Trust: Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in East and West European Environments – Concepts and Considerations*. Arbeitspapiere und Materialien 37. Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, 43–51.

Knaup, U., B. Lageman, R. Sternberg, Ch. Tamásy und F. Welter (2003), Zentrale Empfehlungen. In R. Sternberg (Hrsg.), *Endogene Regionalentwicklung durch Existenzgründungen? Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen*. ARL Arbeitsmaterialien 299. ARL, Hannover, 87–90.

Lageman, B. (2002), Deutsche Mittelstandsfinanzierung im Umbruch – Aufbruch in ein neues System? *RWI-Mitteilungen* 53: 65–88.

Lageman, B. und F. Welter (2002), Elektronische Vernetzung, KMU und New Economy – eine empirische und theoretische Betrachtung. In J.-A. Meyer (Hrsg.), *New Economy in kleinen und mittleren Unternehmen. Jahrbuch der KMU-Forschung 2002*. München: Vahlen, 85–104.

Lageman, B. und F. Welter (2003), Gründungsfinanzierung. In R. Sternberg (Hrsg.), *Endogene Regionalentwicklung durch Existenzgründungen? Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen*. ARL Arbeitsmaterialien 299. ARL, Hannover, 54–70.

Lageman, B., W. Dürig und L. Trettin (2002), *Mittelstandsbericht Thüringen 2001*. Thüringer Wirtschaftsministerium, Erfurt.

Lageman, B., K. Löbbe und H. Schrupf (Hrsg.) (2002), *RWI-Mitteilungen* 53: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftspolitik auf dem Wege in die wissensbasierte Ökonomie. Festschrift für Paul Klemmer (darin auch: Zu diesem Heft).

Rothgang, M., L. Trettin and B. Lageman (2002), How to Regain Funds from Technology Promotion Programs ? *International Journal of Technology Management*, Special Issue on Evaluating Innovation Policies, erscheint demnächst.

Smallbone, D., F. Welter, A. Voytovich and I. Egorov (2002), Innovation and the Role of Small Businesses Services Sector in the Ukraine. In J. Veciana (ed.), *RENT XVI – Research in*

Entrepreneurship and Small Business, 16th Workshop. Conference Proceedings, Vol. II. Barcelona, 157–171.

Trettin, L. (2002), Abfallwirtschaft und informeller Sektor in der City of Calcutta. Bochumer Geographische Arbeiten 69. Geographisches Institut der Universität Bochum.

Trettin, L. (2002), Kleinunternehmen im Wertstoffhandel der City of Calcutta – Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit. *RWI-Mitteilungen* 52 (4): 231–253.

Trettin, L., M. Rothgang und B. Lageman (2002), Optionen für die projektbezogene Technologieförderung in kleinen und mittleren Unternehmen – Theoretische Aspekte und empirische Befunde. *RWI-Mitteilungen* 52 (4): 255–280.

Welter, F. (2002), Mittelstandsförderung in Deutschland: Überblick, neue Trends, kritische Anmerkungen. In JDZB (Hrsg.), *Innovative Förderungskonzepte für den Mittelstand – Die Wiederbelebung der regionalen Wirtschaft und die KMUs*. Symposium am 21.9.2001. Veröffentlichungen des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin 47. Berlin, 15–26 (in deutsch und japanisch).

Welter, F. (2002), Promoting SMEs: Reviewing the German experiences. In SETC and GTZ (eds.), *Organization and Methods of SME Promotion Policy in Germany*. O.O. (Beijing): China Economics Publishing House, 55–63 (in chinesisich).

Welter, F. (2002), SMEs in Hungary. In O. Pfirmann und G.H. Walter (eds), *Small Firms and Entrepreneurship in Central and Eastern Europe: A Socio-Economic Perspective*. Heidelberg: Physica, 139–155.

Welter, F. (2002), Trust, Institutions and Entrepreneurial Behaviour. In H.-H. Höhmann und F. Welter (eds.), *Entrepreneurial Strategies and Trust: Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in East and West European Environments – Concepts and Considerations*. Arbeitspapiere und Materialien 37. Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, 37–42.

Welter, F. (2002), Kontrolle ist gut – Vertrauen besser? Bedingungen unternehmerischen Handelns in Transformationsländern. In U. Füglistaller, H.-J. Pleitner, T. Volery und W. Weber (Hrsg.) *Umbruch der Welt – KMU vor Höhenflug oder Absturz?* St. Gallen: Verlag KMU, 101–109.

Welter, F. (2002), The Environment for Female Entrepreneurship in Germany. In J. Veciana (ed.), *RENT XVI – Research in Entrepreneurship and Small Business, 16th Workshop*. Conference Proceedings, Vol. II. Barcelona, 934–950.

Welter, F. (2003), Endogene Entwicklungspotenziale in Nordrhein-Westfalen und seinen Regionen. In R. Sternberg (Hrsg.), *Endogene Regionalentwicklung durch Existenzgründungen? Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen*. ARL Arbeitsmaterialien 299. ARL, Hannover, 20–24.

Welter, F. (2003), Positionierung Nordrhein-Westfalens im Ländervergleich, interregionale Unterschiede und Darstellung der Beispielregionen Köln und Emscher-Lippe. Endoge Entwicklungspotenziale in Nordrhein-Westfalen und seinen Regionen. In R. Sternberg (Hrsg.), *Endogene Regionalentwicklung durch Existenzgründungen? Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen*. ARL Arbeitsmaterialien 299. ARL, Hannover, 25–40.

Welter, F. (2003), Stärken und Schwächen der Gründungsförderung in Nordrhein-Westfalen. In R. Sternberg (Hrsg.), *Endogene Regionalentwicklung durch Existenzgründungen? Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen*. ARL Arbeitsmaterialien 299. ARL, Hannover, 80–86.

Welter, F. (2002), Entrepreneurship-Förderung an Hochschulen. *RWI-Mitteilungen* 53: 89–106.

Welter, F. und H. Bergmann (2002), „Nascent Entrepreneurs“ in Deutschland. In J. Schmude und R. Leiner (Hrsg.), *Unternehmensgründungen – Interdisziplinäre Beiträge zum Entrepreneurship Research*. Heidelberg: Physica, 33–62.

Welter, F., B. Lageman unter Mitarbeit von M. Stoytcheva (2003), Gründerinnen in Deutschland – Potenziale und institutionelles Umfeld. Untersuchungen des RWI 41. RWI, Essen.

Ausgewählte Vorträge

Dürig W., Strukturelle Herausforderungen des Handwerks. Referat vor dem Bund-Länder-Ausschuss „Handwerk“ in Hamburg am 1. bis 2. Oktober 2002.

Dürig, W., Regulierung des Bauproduktmarktes. Vortrag beim IAT-Workshop am 30. Oktober 2002 in Gelsenkirchen.

Lageman, B., Sammler, Macher, Visionäre. Zur Informationsökonomik mittelständischer Unternehmen. Referat auf dem KfW-Workshop „Makroökonomische Besonderheiten des Mittelstandes“ am 27. September 2002 in Frankfurt a.M.

Lageman, B., Konjunkturelles Tief oder Strukturkrise? – Entwicklung des Handwerks in den neunziger Jahren. Referat vor dem Bund-Länder-Ausschuss „Handwerk“ in Hamburg am 1. bis 2. Oktober 2002.

Trettin, L. (2002), Virtuelle Unternehmen – Aktuelle Entwicklungen, Potenziale und Grenzen temporärer, elektronisch basierter Unternehmensverbünde. Siebenter Round Table Mittelstand der Deutschen Ausgleichsbank am 30. Oktober 2002 in Berlin.

Trettin, L. (2002), Virtuelle Unternehmen – Das Konzept elektronisch basierter Unternehmensverbünde dargestellt am Beispiel des Informationstechnikerhandwerks. Vortrag bei der Jahrestagung des Arbeitskreises Industriegeographie im Verband der Geographen an Deutschen Hochschulen (VGdH) am 6. November 2002 in Eschwege.

Welter, F. (2002), Kontrolle ist gut – Vertrauen besser? Bedingungen unternehmerischen Handelns in Transformationsländern. Beitrag zu den Rencontre-de-St. Gall „Umbruch der Welt – KMU vor Höhenflug oder Absturz?“ vom 23.–27. September 2002 in Hergiswil, Schweiz.

Welter, F. (2002), The Environment for Female Entrepreneurship in Germany. Vortrag und Papier. Paper presented to RENT XVI, Universitat Autònoma de Barcelona, 21.–22. November 2002.

Welter, F. (2002), Entrepreneurship in West and East Germany. Vortrag und Papier. Paper presented to Babson College-Kauffman Foundation Entrepreneurship Research Conference, Boulder, June 2002.

Welter, F. (2002), Wie erforscht man kleine und mittlere Unternehmen? – Überlegungen aus der Forschungspraxis. Antrittsvorlesung an der Universität Lüneburg am 24. Oktober 2002.

Welter, F., Gründerinnenpotenziale. Vortrag beim Workshop „Gründerinnen in Deutschland“ des BMBF, IfM und RWI am 23. Oktober 2002 in Mannheim.

Welter, F., Institutionelles Umfeld. Vortrag beim Workshop „Gründerinnen in Deutschland“ des BMBF, IfM und RWI am 23. Oktober 2002 in Mannheim.

Welter, F. und R. Leicht, Zusammenfassung der Ergebnisse und erste Vorschläge für Handlungsempfehlungen. Vortrag beim Workshop „Gründerinnen in Deutschland“ des BMBF, IfM und RWI am 23. Oktober 2002 in Mannheim.

Welter, F., T. Kautonen und A. Chepureno, Governance-Strukturen von KMU-Netzwerken und der Einfluss von Vertrauen – Ein vergleichender Blick auf Deutschland und Russland. Vortrag auf dem G-Forum 2002 am 7./8. November 2002 in Wuppertal.

Welter, F., D. Smallbone, A. Voytovich and I. Egorov, Innovation and the Role of Small Businesses Services Sector in the Ukraine. Paper presented to RENT XVI, Universitat Autònoma de Barcelona, 21.–22. November 2002.

Abgeschlossene Projekte

Konzeptionen und Anreizwirkungen von Förderprogrammen mit förderunschädlichem Vorhabensbeginn

Optionen für die projektbezogene Technologieförderung in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Erfahrungen

Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie

Gründerinnen in Deutschland: Potenziale und das institutionelle Umfeld

Innovation, Small and Medium Enterprises and Economic Development in Ukraine and Belarus

Strategie, KMU und Umfeld – Handlungsmuster und Strategiegeneese in kleinen und mittleren Unternehmen (Habilitation F. Welter)

Laufende Projekte

Determinanten des Strukturwandels im deutschen Handwerk

Regulierungssystem Bauproduktmarkt. Arbeitspaket 5 der Zukunftsstudie Baugewerbe Nordrhein-Westfalen

Female Entrepreneurship in Transition Economies: the example of Ukraine, Moldova and Uzbekistan

Unternehmerisches Handeln und Vertrauen – Struktur und Genese wirtschaftlicher Transaktionsmuster in „Low-trust“- und „High-trust-Milieus“ Ost- und Westeuropas

The Nascent Entrepreneur – Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Vorphase von Gründungen

Workshops

Gründerinnen in Deutschland. Workshop des BMBF, des Instituts für Mittelstandsforschung Mannheim und des RWI am 23. Oktober 2002 in Mannheim

Besucher

Prof. Dr. Doo-Soon Ahn, The Institute of Seoul Studies, Seoul City University, am 15. August 2002

Prof. Dr. Yoshinaru Kondo, Kobe City University of Foreign Studies, am 12. September 2002

Prof. Dr. Lambert Koch, Lehrstuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung, Bergische Universität Wuppertal und Mitarbeiter am 14. Oktober 2002

Arbeitskreise

Dürig, W., Mitwirkung im Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks in Berlin sowie im gleichnamigen Arbeitskreis des Westdeutschen Handwerkskammertages Düsseldorf

Lageman, B., Leitung und Mitglied des „Roundtable Mittelstand“

Lageman, B., Mitglied des Arbeitskreises „Handwerk und Wissenschaft“ des Nordrhein-Westfälischen Handwerkskammertages

Lageman, B., Arbeitskreis „Regionalpolitik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Lageman, B., Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Organisationen

Kautonen, T., European Group for Organizational Studies

Lageman, B., American Economic Association)

Trettin, L., VGDH – Verband der Geographen an Deutschen Hochschulen in der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG)

Trettin, L., Arbeitskreis Industriegeographie des VGDH

Welter, F., Academy of Management

Welter, F., Editorial Review Board der Zeitschrift *Entrepreneurship Theory & Practice*

Welter, F., Entrepreneurial Research Consortium (ERC)/Panel Study of Entrepreneurial Dynamics (PSED)

Welter, F., European Association for Comparative Economic Studies (EACES)

Welter, F., International Council of Small Business (ICSB)/European Council of Small Business (ECSB)

Welter, F., Rencontre de St.-Gall

Welter, F., „Roundtable Mittelstand“

Kooperationspartner

Dr. Elena Aculai, Institute of Economics, Moldovan Ministry of Economy / Moldovan Academy of Sciences, Chisinau, Moldawien

Dr. habil. Alexander Chepureno, Russian Independent Institute for Social and Nationalities Problems, Centre for Private and Small Entrepreneurship, Moskau, Russland

Prof. Dr. Hans-Hermann Höhmann, Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen

Dr. Nina Isakova und Dr. Igor Egorov, STEPS Centre, National Academy of Sciences, Kiew, Ukraine

Dr. Heikki Karjaluoto, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Oulu, Finnland

Prof. Dr. Lambert T. Koch, Lehrstuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung, Bergische Universität Wuppertal

Dr. René Leicht, ifm Mannheim

Prof. Dr. Paul Reynolds, Babson-College Boston und London Business School

Dr. Natalja Schakirova, Tadbirkor Ayol, Taschkent, Usbekistan

Prof. Dr. Klaus Semlinger, FHTW, Berlin

Dr. Anton Slonimski, National Academy of Sciences, Minsk, Weißrussland

Prof. D. Smallbone, Centre for Enterprise and Economic Development Research (CEEDR) an der Middlesex University Business School in Hendon, London

Prof. Dr. Rolf Sternberg, Wirtschafts- und sozialgeographisches Institut, Universität Köln

Beteiligung an der Hochschullehre

Kautonen, T., Mitarbeit an der Lehrveranstaltung „Entrepreneurship und Marktentwicklung“ von Prof. Dr. Koch an der Bergischen Universität Wuppertal im Wintersemester 2002/03

Welter, F., Vorlesung „Strategien und strategisches Handeln in KMU“ an der Universität Lüneburg im Sommersemester 2002

Welter, F., Vorlesung „Unternehmensgründungen – Theoretische und praktische Aspekte“ an der Universität Lüneburg im Wintersemester 2002/03

Studentische Hilfskräfte

Alina Klymova

Matthias Peistrup

Milena Stoytcheva

Öffentliche Finanzen und Steuern

Konjunkturelle und wachstumsspezifische Implikationen der Finanzpolitik

Die finanzwirtschaftliche Entwicklung und die finanzpolitischen Planungen in Deutschland werden im Rahmen der Konjunkturberichterstattung laufend analysiert und im Hinblick auf ihre konjunkturellen Wirkungen evaluiert. Diese Arbeiten umfassten im Berichtsjahr die Prognose der Einnahmen und der Ausgaben des Staates, die Analyse der Interdependenzen zwischen gesamt- und finanzwirtschaftlicher Entwicklung sowie die Bewertung der vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen aus konjunktureller, allokativer und distributiver Sicht.

Die Bundesregierung hatte sich zu Beginn des Jahres 2002 gegenüber dem Ecofin-Rat zu einer Intensivierung der Konsolidierungsbemühungen verpflichtet. Mit

Blick darauf wurde untersucht, wie weit die kontraktiven Nachfragewirkungen eines dazu erforderlichen Sparpakets (jeweils 10 Mrd. € in den Jahren 2003 und 2004) durch Impulse aufgrund der Rückführung der Budgetdefizite ausgeglichen werden. Solche Wachstumseffekte könnten aus einem *crowding-in* privater Investitionen resultieren, hervorgerufen durch Zinssenkungen, die aufgrund der geringeren Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat und eine geldpolitische Honorierung der Konsolidierung möglich werden. Stimulierend könnte weiter wirken, dass eine absehbare Rückführung von Staats- und Abgabenquote das Vertrauen des privaten Sektors stärkt und diesen zu höherem Konsum und mehr Investitionen veranlasst.

Die kontraktiven Nachfragewirkungen würden zumindest kurzfristig nicht durch Mehrnachfrage des privaten Sektors kompensiert. Zinseffekte, zumal in der erforderlichen Größenordnung, sind im globalen Kapitalmarkt wenig realistisch. Auch positive Vertrauenseffekte dürften sich kaum ergeben, denn die dazu notwendige Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung kommt nicht voran, diese dürfte sogar noch weiter zunehmen. Einsparungen werden zum Teil ohne Rücksicht auf die Wachstumsrelevanz der jeweiligen Ausgaben vorgenommen. Die staatliche Investitionsquote sinkt jedenfalls weiter. Auch bei der Bildung von Humankapital („immaterielle“ Infrastruktur) bestehen Defizite. Hoher Bildungsstand und moderne Infrastruktur erschließen Wachstumspotenziale, die den Konsolidierungsprozess in der mittleren Frist erleichtern. Es geht also letztlich darum, dass die Wirtschaft trotz der restriktiven Finanzpolitik auf einen höheren Wachstumspfad einschwenkt, der auch notwendig ist, um die Defizitzusagen zu erreichen. Es gilt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Haushaltslage durch höheres Wachstum nachhaltig entspannt. Hierzu könnte die Finanzpolitik durch die Verbesserung der Ausgabenstruktur beitragen, wie sie vom Institut seit langem gefordert wird.

Im Forschungsprojekt „Investitions- und Wachstumsneutralität der Besteuerung von Kapitaleinkommen“ werden die Wirkungen verschiedener Steuern auf Kapitaleinkommen sowohl in Partial- als auch in Totalmodellen analysiert. Ziel ist es festzustellen, welche Steuern beide Neutralitätsanforderungen erfüllen. Dabei zeigte sich, dass allein das Leitmotiv „Steuersätze senken und Bemessungsgrundlagen verbreitern“ noch keine Annäherung an eine investitions- und wachstumsneutrale Besteuerung garantiert. Erst wenn die Frage geklärt ist, wie die tatsächlichen Wertminderungen des Unternehmenskapitals erfasst werden können, lassen sich Neutralität erzeugende Steuersätze formulieren. Eine einheitliche Besteuerung aller Kapitaleinkommen garantiert zum Beispiel nur dann Neutralität, wenn das Abschreibungsverfahren exakt die ökonomische Wertminderung im Zeitablauf erfasst (Ertragswertverfahren). Der Einfluss von Steuern wird anhand des Kapitalkostenkonzepts analysiert, das nicht nur einzelne Steuern abbildet, sondern durch Einbeziehung der Steuerstruktur auch aufzeigt, wie Steuern die Opportunitätskosten einer Investition verändern.

Die Verbindung der Wirkungsanalyse von Steuern auf Investitionsentscheidungen mit der Entwicklung des Pro-Kopf Konsums (als Indikator für Wirtschaftswachstum) erfolgt in einem neoklassischen Wachstumsmodell, das die Produktionsseite

mit einem *Solow-Swan*-Modell und die Haushaltsseite mit einem *Ramsey*-Modell abbildet. In diesem Modellrahmen hat lediglich die Besteuerung des privaten Zins-einkommens eine eindeutig negative Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum. Ziel der weiteren Projektarbeit ist es, die Stabilität dieses Ergebnisses zu überprüfen, etwa indem die Haushalte durch ein Lebenszyklusmodell abgebildet werden. Ferner soll das Kapitalkostenkonzept einer differenzierteren Analyse unterzogen werden. Hierfür bietet es sich an, die Investitionsbedingungen branchenspezifisch zu betrachten.

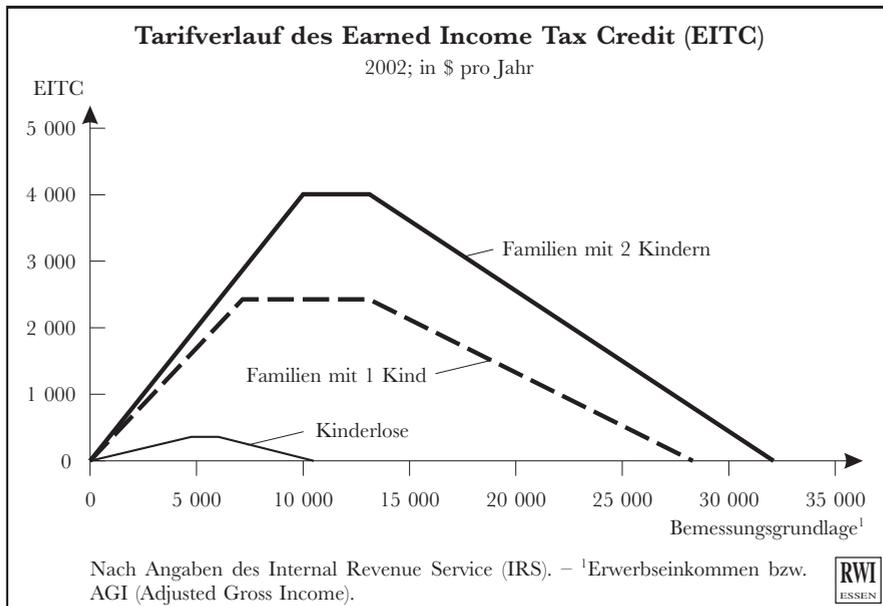
Verteilungswirkungen des Steuersystems

In Anknüpfung an die Untersuchungen der Gruppe zur effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems wurden nun Themen vertieft, die in das Zentrum der transferpolitischen Diskussion gerückt waren: Entlastungen für Geringverdiener, Finanzierung der Krankenversicherung und Reform der Rentenbesteuerung.

In Deutschland besteht weitgehend Konsens darüber, dass bei der gegenwärtigen Gestaltung des Abgaben-Transfer-Systems und der damit implizierten Lohnstruktur die Chancen für eine *Beschäftigung bei geringer Qualifikation* stark eingeschränkt sind. Dabei werden drei *disincentives* genannt: der Keil zwischen Brutto- und Nettoarbeitsentgelt, damit zusammenhängend die Wettbewerbsverzerrung zu Gunsten der von Abgaben befreiten informellen Tätigkeiten, und der insbesondere bei Familien geringe Abstand zwischen den erzielbaren Erwerbseinkommen und den Ansprüchen auf Transferleistungen bei Nichterwerbstätigkeit. Entsprechend drängen sich Reformen in drei Richtungen auf: Entlastung von Abgaben bei gering entlohnter Tätigkeit, direkte Subventionierung von Arbeitsverhältnissen, die im Wettbewerb mit Tätigkeiten in der Schattenökonomie stehen, und Kürzung von Transferleistungen z.B. an erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger.

Da allerdings Bezueher geringer Einkommen nur sehr begrenzt durch die Lohnsteuer belastet werden, beträfe eine Entlastung von Abgaben im Wesentlichen die Beiträge zur Sozialversicherung. Deren Höhe hängt jedoch allein vom Arbeitsentgelt ab, so dass die Zielgenauigkeit einer Entlastung von vornherein begrenzt ist: Alleinverdiener, die eine Familie zu unterhalten haben, würden in genau dem gleichen Umfang entlastet wie Alleinlebende oder Nebenverdiener. Auch sollte nicht übersehen werden, dass von den Beiträgen zur Rentenversicherung Ansprüche begründet werden, die verfassungsrechtlich Verfügungsrechten über Eigentum nahe stehen. Diese entfielen bei einer Entlastung für Geringverdiener.

Eine Subventionierung bestimmter Tätigkeiten hingegen wirft das Grundproblem jeder Intervention auf, dass die Implikationen anfangs nicht voll überschaubar sind und sich daher meist weiterer Interventionsbedarf ergibt. Vergrößert wird dieses Problem, da aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge die Neigung der Administration, einmal gefundene Lösungen beizubehalten, verstärkt wird. Folge ist, dass Subventionen ihre ggf. ursprüngliche Berechtigung oft lange überleben. Hinsichtlich der Kürzung von Transfers an Erwerbslose ist schließlich im Einzelfall nicht immer mit Sicherheit festzustellen, ob Erwerbslosigkeit tatsächlich Ausdruck mangelnden Arbeitswillens ist. Damit stellt sich die Frage der Verteilung der Be-



weislast, die sich nur normativ beantworten lässt. Hinzu kommt, dass von einer Kürzung von Leistungen an Familien auch die Kinder betroffen sind.

Angesichts der aufgezeigten Problematik der herkömmlichen Ansätze erscheint ein Transfer nach dem Beispiel der amerikanischen Steuergutschrift für Geringverdienender (*Earned Income Tax Credit* – EITC; Schaubild) attraktiv, da in ihm der Gedanke einer Mindestsicherung mit dem Motiv der Schaffung von Anreizen zur Erwerbstätigkeit verbunden wird. Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich dabei um einen von der Zahl der Kinder abhängigen proportionalen Zuschlag zu geringen Erwerbseinkommen. Zur Zeit ist er auf etwas über 4 000 \$ im Jahr begrenzt und wird nach Überschreiten bestimmter Einkommensschwelen, die ebenfalls von der Zahl der Kinder abhängig sind, mit steigendem steuerlichem Einkommen reduziert. Angestrebt wird, dass bei einer Vollzeitbeschäftigung auch mit geringem Arbeitsentgelt ein verfügbares Einkommen über der Armutsschwelle erzielt wird. Gegenwärtig beziehen etwa 20 Mill. US-Haushalte (rund 20 vH) den EITC mit einem Durchschnittsbetrag von 1 500 \$ im Jahr. Gemessen am Gesamtvolumen von über 30 Mrd. \$ ist der EITC die wichtigste Transferleistung außerhalb der staatlichen Übertragungen im Alter sowie bei Invalidität und Krankheit.

Im Vergleich zu herkömmlichen Ansätzen vereinigt ein Transfer nach dem Muster des EITC zwei vielfach als unvereinbar angesehene Vorzüge: Er ist zielgenauer und gleichzeitig allgemeiner. Damit stellt sich die Frage der Übertragbarkeit auf Deutschland. Untersuchungen anhand der individuellen Mikro-Datensätze der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 verweisen darauf, dass ein Einkommenszuschlag nach dem Muster des EITC wegen der Kumulation des Abbaus des Zuschlags und des Wohngelds für berufstätige Paare möglicherweise Fehlanreize

auslöst. Ohne größeren Umbau des Abgaben-Transfer-Systems kann dieser Effekt entweder durch Individualisierung des Zuschlags bei Ehepaaren oder durch einen besonderen Freibetrag für berufstätige Ehepaare gemildert werden. Da sich die erste Alternative als verfassungsrechtlich anfechtbar erweisen kann, ist eine Lösung in der zweiten Richtung zu suchen. Zurzeit werden verschiedene Varianten hinsichtlich ihrer verteilungspolitischen und fiskalischen Implikationen untersucht und die Anreizwirkungen abgeschätzt. Allerdings bedarf die Umsetzung von Vorschlägen mit einer derartigen Reichweite einer gründlichen empirischen Fundierung, so dass die projektierte Arbeit lediglich als Beitrag zur Diskussion über Möglichkeiten einer Entlastung von Beziehern geringer Erwerbseinkommen zu verstehen ist.

Die *Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)* rückt zunehmend in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion. In der Öffentlichkeit werden drei Verwerfungen wahrgenommen: Erstens führt die gegenwärtige Bemessung der Beiträge nach dem Arbeitsentgelt bzw. der Lohnersatzleistung bis zur Beitragsbemessungsgrenze bei Mitversicherung des Ehepartners dazu, dass bei gleichem Leistungsanspruch und gleichem Einkommen berufstätige Ehepaare höher belastet sein können als so genannte Alleinverdiener. Zweitens widerspricht die alleinige Heranziehung von Arbeitseinkommen mit Zunahme anderer Einkommenskomponenten immer stärker Gerechtigkeitsvorstellungen, da anders als bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung die Leistungen der GKV nicht entfallenes Arbeitseinkommen ersetzen, sondern einen davon unabhängigen Bedarf decken. Drittens wird durch die Zwangsversicherung bis zur Pflichtgrenze der Markt für Gesundheitsdienste nach Nachfragern segmentiert. Auf kurze Sicht mag Letzteres für die Versicherten in dem Maße vorteilhaft erscheinen, in dem eine Art Quersubventionierung zu Lasten der Privatversicherten stattfindet, auf längere Sicht dürften jedoch die so geschaffenen Wettbewerbsbarrieren und Preissetzungsspielräume den Anbietern die Durchsetzung eines höheren Preisniveaus in beiden Segmenten erleichtern. Demnach erscheint die historisch bedingte Form der Finanzierung der GKV in Analogie an die Finanzierung der Renten im Ansatz verfehlt. Solange damit ein in Relation zum Einkommen aus heutiger Sicht vergleichsweise begrenztes Volumen zu finanzieren war – die 10 vH-Grenze für den durchschnittlichen Beitragssatz wurde erst 1975 überschritten –, konnten die beschriebenen Verwerfungen hingenommen werden, doch erscheinen sie mit steigender Beitragsbelastung immer weniger vertretbar.

Verwerfungen lassen sich dadurch beseitigen, dass Umverteilungskomponenten ausgelagert und ggf. aufgegeben werden. Dazu werden die Beiträge entsprechend dem Risiko festgelegt; ein Ausgleich wird in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit der Versicherten gezahlt, wenn durch die Beitragsbelastung eine politisch gesetzte Zumutbarkeitsgrenze überschritten wird. Ein derartiges System auf Basis so genannter Kopfprämien und einkommensabhängiger Zuschüsse besteht in der Schweiz. Zur Realisierung eines derartigen Modells könnte als erster Schritt die Finanzierung der GKV auf einheitliche „Kopfprämien“ umgestellt werden, die sich nach gegenwärtigem Stand auf etwas über 200 € im Monat belaufen. Würde die zumutbare Belastung auf 15 vH des Bruttoeinkommens festgelegt, wären für diese als Ausgleichszahlungen rund 20 Mrd. € aus Steuermitteln aufzubringen.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn die Ausgleichszahlungen zunächst intern in der GKV finanziert werden. Dies setzt voraus, dass die Reform in zwei Stufen vorgenommen wird: In der ersten bleibt der äußere Rahmen der GKV in Form der Pflichtversicherung bis zur Pflichtgrenze erhalten. Allerdings wird zur Vorbereitung auf den Wettbewerb die Finanzierung auf Kopfprämien für erwachsene Versicherte umgestellt, während Kinder ohne zusätzlichen Beitrag mitversichert werden. In der zweiten Stufe, bei der unter Beibehaltung der Zumutbarkeitsgrenze die privaten Krankenkassen mit den bisherigen Träger der GKV gleichgestellt werden, wird der soziale Ausgleich ausgelagert. Nach den bisher durchgeführten Rechnungen scheint dabei sogar eine Senkung der Belastung von Beziehern geringer Einkommen realisierbar. Damit kann die skizzierte Reform nicht nur dazu dienen, verteilungspolitische Verwerfungen zu beseitigen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die bisherigen Träger der GKV und privaten Versicherern herzustellen, sondern auch dazu, Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen zu entlasten. In dieser Hinsicht zielt die Umfinanzierung der GKV in die gleiche Richtung wie der EITC.

Schließlich wurden im Forschungsprojekt zur Rentenbesteuerung die verteilungsspezifischen Implikationen eines Systemwechsels hin zur nachgelagerten Besteuerung der Renten analysiert. Dies geschah vor dem Hintergrund des jüngsten Verfassungsgerichtsurteils und der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge. Anhand einer Auswertung der *Scientific-Use-Files* der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1998 wurden Auswirkungen eines Wechsels für die öffentlichen Haushalte, die rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sowie die Rentner-Haushalte aufgezeigt. Die Berechnungen wurden unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben durchgeführt; es wurde auch der Einkommenssteuertarif 2005 angewendet. Unterstellt wurde ein langfristiger Übergang, bei dem sukzessive der steuerfrei bleibende Anteil des Rentenversicherungsbeitrages und der Anteil der zu versteuernden Rente erhöht werden. 2005 könnte mit Anteilen von jeweils 50 vH begonnen werden. Damit würde das Verfassungsverbot einer Doppelbesteuerung eingehalten, und es entstünden zunächst zusätzliche Einnahmen für die öffentlichen Haushalte. Würde man im Weiteren die Anteile alle drei Jahre um 5 vH erhöhen, bliebe der Vertrauensschutz für heutige und zukünftige Rentner gewahrt und die fiskalische Belastung mit schätzungsweise rund 1 Mrd. € pro Reformschritt überschaubar.

Tax Compliance Cost

Die Frage nach der Bedeutung der Kosten des Steuersystems gewinnt v.a. unter dem Stichwort „Bürokratieabbau“ zunehmendes Interesse. Die Beteiligten im Besteuerungsverfahren – Finanzbehörden des Bundes, der Länder und Gemeinden, Steuerpflichtige sowie Dritte (z.B. Steuerberater) – haben unterschiedliche Aufgaben, die mit öffentlichen Verwaltungs- bzw. privaten Befolgungskosten verbunden sind (Vollzugskosten einseitiger Übertragungen). Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser (Transaktions-) Kosten (*tax compliance cost*) wurde lange Zeit ebenso unterschätzt wie die Wechselwirkungen zwischen Steuerpolitik, -verwaltung, Verhalten der Steuerpflichtigen bzw. indirekten und direkten Kosten.

Vollzugskosten der Steuererhebung						
1995						
	Verwaltungskosten ¹		Befolgungskosten ²		Vollzugskosten	
	in Mrd. DM	in vH	in Mrd. DM	in vH	in Mrd. DM	in vH
Umsatzsteuer	1,2	0,5	6,1	2,6	7,6	3,1
Einkommensteuer	7,3	2,2	11,2	3,4	18,7	5,7
Körperschaftsteuer	0,9	5,0	0,9	5,0	1,9	10,5
Gewerbesteuer	0,5	1,2	1,6	3,8	2,1	5,0
Kraftfahrzeugsteuer	0,4	2,9	0,2	1,4	0,6	4,3
Insgesamt	10,3	1,6	20,0	3,1	30,3	4,7

Eigene Berechnungen. – ¹Abdiskontiert mit dem Tarifindex für Gebietskörperschaften. – ²Opportunitätskostenansatz; abdiskontiert mit dem durchschnittlichen Zuwachs der Lieferungen und Leistungen.



Vorrangige Ziele des Forschungsprojekts waren die Ermittlung dieser Kosten und die Beurteilung der Effizienz und Effektivität der Steuererhebung. Effizienz misst sich daran, inwieweit die Transaktionskosten – bei gegebenem Aufkommen – gering gehalten werden können. Maßstab für die Effektivität ist die Ausschöpfung des Einnahmepotenzials unter den gegebenen steuerlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen. Datenbasis bildeten sowohl Primärerhebungen als auch amtliche und nichtamtliche Datenquellen. Quantifizierung und Analyse der Verwaltungskosten stützten sich auf die Auswertung der Finanzstatistik sowie von Kosten-Leistungs-Studien. Die Befolgungskosten der privaten Haushalte und Unternehmen wurden mittels eines Opportunitätskostenansatzes ermittelt. Ergänzend wurden Primärerhebungen des Instituts für private Haushalte sowie der KPMG für Mittel- und Großunternehmen herangezogen. Berichte von Steuerverwaltungen sowie wissenschaftliche Studien bildeten die Basis für internationale Vergleiche. Es wurden direkte und indirekte Methoden der Quantifizierung von Steuerhinterziehung vorgestellt und zum Teil angewendet (z.B. Sekundäranalyse von Befragungen zur Steuerehrlichkeit, Elastizitätsansatz).

Die Verwaltungskosten der Steuererhebung beliefen sich 1997 auf reichlich 14 Mrd. DM im Minimum (Kostenstudie, ohne Gemeinden) und gut 19 Mrd. DM im Maximum (finanzstatistischer Ansatz, einschließlich Gemeinden); dies entspricht 1,7 vH bzw. 2,4 vH des Steueraufkommens. Einen ersten Eindruck über die Höhe der privaten Befolgungskosten liefert der Umsatz der Steuerberater, der sich zwischen 1970 und 1999 auf 27,2 Mrd. DM verzehnfacht hat. Wenngleich dieser Umsatz nicht nur Steuerberatungsleistungen zugerechnet werden kann, dürften die Befolgungskosten die Kosten der Steuerverwaltung deutlich übersteigen. Viele Haushalte, Selbständige und Unternehmen kommen nämlich ihren Mitwirkungspflichten ohne Inanspruchnahme von Steuerberatern nach; die Befolgungskosten privater Haushalte dürften zu nur einem Drittel aus monetären Kosten bestehen. Fallstudien für die Steuern vom Umsatz und vom Einkommen sowie die Kraftfahrzeugsteuer, die reichlich drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, zeigen die Bedeutung der *compliance cost*; sie beliefen sich 1995 auf 30,3 Mrd. DM

bzw. 4,7 vH ihres Aufkommens (Tabelle). Private Haushalte und Unternehmen tragen danach neben ihrer Steuerzahllast zusätzliche Kosten in Höhe von 20 Mrd. DM (3,1 vH). Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 10 Mrd. DM (1,6 vH). Die Befolgungskosten machten damit zwei Drittel der Vollzugskosten aus. Deren Volumen und Struktur werden maßgeblich von der Steuertechnik, den finanz- und steuerpolitischen Einflüssen sowie der Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltungen und vor allem der Betriebe beeinflusst; die Veränderung dieser Kosten hängt von den Fallzahlen, der Struktur der Steuerpflichtigen, den Steuerrechtsänderungen und den Rationalisierungserfolgen in der Bearbeitung ab.

Demographischer Wandel und öffentliche Finanzen im Ruhrgebiet

Die Analyse der finanz- und gesamtwirtschaftlichen Implikationen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bilden einen langfristigen Arbeitsschwerpunkt der Forschungsgruppe, wobei die Unterschiede zwischen einzelnen Teilräumen in Ost- und Westdeutschland von besonderem Interesse sind. Die Wirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften finden bislang kaum Beachtung, obwohl sie nicht weniger gravierend sein dürften als die für die vielfach diskutierten Alterssicherungs- und Gesundheitssysteme. Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden zudem vom demographischen Wandel unterschiedlich betroffen sein. Die finanzwirtschaftlichen Konsequenzen hängen von der Ausgestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (*vertikale Perspektive*) ab. Die Bevölkerungsentwicklung verläuft schließlich räumlich selektiv und bewirkt damit fiskalische Disparitäten auf Länder- und Gemeindeebene (*horizontal*).

Diese finanzwirtschaftlichen Konsequenzen wurden für die elf kreisfreien Städte und vier Kreise des Kommunalverbandes Ruhr untersucht. Ein Rückgang der Bevölkerung ist nicht zwangsläufig mit geringeren Ausgaben verbunden. Ein Grund hierfür sind die hohen Remanenzkosten, die insbesondere bei Einrichtungen der Netzwerkinfrastrukturen auftreten, sowie Desinvestitionen und Anpassungskosten im Bereich der Punktinfrastrukturen. Über diesen allgemeinen Befund hinaus gilt es einige Spezifika des Ruhrgebietes zu beachten: Die Gemeinden und Kreise haben – wie andere auch – versucht, ihre Finanzprobleme zu Lasten des Unterhaltungsaufwandes und der Sachinvestitionen zu lösen, wodurch sich ein Nachholbedarf gebildet hat. Das Ruhrgebiet weist indes einige Vorzüge gegenüber anderen Städten und Regionen auf: Seine Polyzentralität kombiniert mit einer hohen Bevölkerungsdichte erleichtert die Anpassung an den demographischen Wandel. Die Schließung überflüssiger Einrichtungen wird tendenziell erleichtert, weil es eine hinreichende Zahl von Standorten gibt (z.B. Schulen) und diese vielfach überörtlich genutzt werden (Bäder, Theater u.ä.). Beides verbessert die Möglichkeiten zur Optimierung des Angebots. Es ergeben sich zusätzliche Vorteile mit Blick auf die Erschließung von Produktivitätsreserven (Wettbewerb, Kooperationen).

Die Erschließung von Produktivitätsreserven ist erforderlich, um trotz sinkender Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich – die Verluste belaufen sich auf ca. 160 Mill. € p.a. – im überregionalen Wettbewerb um knapper werdendes Humankapital bestehen zu können. Das Ruhrgebiet leidet unter einer altersstrukturell bedingten Wettbewerbsschwäche: Demographischer Wandel und selektive

Abwanderung haben dazu geführt, dass es 2015 über ein deutlich geringeres Erwerbs- (20- bis 65jährige) und Reproduktionspotenzial verfügen wird als andere Regionen. Dies schlägt sich wiederum im örtlichen Einkommensteueraufkommen nieder. Zudem droht ein Nachfrageausfall im Zuge der Bevölkerungsverluste in einer Größenordnung, die einen kumulativen Abwärtsprozess auslösen könnte: Abbau von Arbeitsplätzen, Ausfall von Gewerbe- und Einkommensteuern, Abwanderung. Der demographische Wandel stellt damit gerade für das Ruhrgebiet auch eine besondere *finanzpolitische* Herausforderung dar.

Migrations- und Integrationsforschungen

Die Gruppe hat in Anknüpfung an den langfristigen Forschungsplan ihre Arbeiten über Fragen und Probleme einer arbeitsmarktgesteuerten Zuwanderung fortgesetzt. Dabei standen wirtschaftliche Implikationen sektoraler Politiken wie der sog. *green card*-Initiative der Bundesregierung vom Sommer 2000 zur Anwerbung von Computer-Fachleuten im Vordergrund. Die Problemstellungen wurden z.T. in Kooperation mit US-amerikanischen Forschern und Praktikern untersucht. Auch in den Staaten gewinnt das *managing immigration for economic growth* immer stärkere Bedeutung in der Zuwanderungspolitik und -administration. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit, die in zwei Workshops im RWI und im *American Institute for Contemporary German Studies* (AICGS), Washington, DC, präsentiert wurden, unterstreichen die Grenzen einer Feinsteuerung der Zuwanderung nach branchenspezifischen Bedarfen; sie machen aber auch die Bedeutung heimischer Alternativen zur Immigration, wie erhöhte Erwerbsbeteiligung der ansässigen Arbeitskräfte, deutlich.

Pflege und Erweiterung von Datenbanken

Die laufend aktualisierten Datenbanken für die konjunkturelle Beobachtung und Beurteilung der öffentlichen Finanzen wurden vor allem um Angaben für Nordrhein-Westfalen und andere Bundesländer ergänzt. Sie erfassen auch Angaben zu den sozioökonomischen Rahmenbedingungen (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Siedlungsstruktur u.ä.) und werden laufend erweitert. Darüber hinaus werden die Grundlagen für Steuer-Transfer- und Verteilungsanalysen durch aktuelle Daten wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts und das SOEP ausgebaut. Im nächsten Schritt werden auch amtliche Angebote für Mikrodaten aus Steuerstatistiken herangezogen.

Veröffentlichungen

Arbeitsgruppe „Konjunktur“ (2002), Mühsam aus der Flaute. RWI-Konjunkturbrief 1/2002. RWI, Essen.

Döhrn, R. et al. (2002), Verhalten aufwärts. *RWI-Konjunkturberichte* 53 (1): 29–80.

Döhrn, R. et al. (2002), Am Rande der Rezession. *RWI-Konjunkturberichte* 53(2): 129–184.

Fritzsche, B., R. Kambeck und H.D. von Loeffelholz unter Mitarbeit von P. Hernold, Die effektive Inzidenz des deutschen Steuersystems. Untersuchungen des RWI 42. RWI, Essen.

Gebhardt, H. (2002), Haushaltspolitik. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2002*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Gebhardt, H. (2002), Steuerpolitik. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2002*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Gebhardt, H. (2003), *Finanzpolitik* (Aktualisierung). Studienwerk der Bankakademie, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Frankfurt a. M.

Heilemann, U., H. Gebhardt und H.D. von Loeffelholz, *Wirtschaftspolitische Chronik der Bundesrepublik Deutschland*. 2., erweiterte Auflage. Erscheint demnächst.

Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz (2002), Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung nach Deutschland. *RWI-Mitteilungen* 53: 191–209.

Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz (Hrsg.) (2003), Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung – Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen. Untersuchungen des RWI 43. RWI, Essen.

Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz (2003), Einführung. In U. Heilemann und H.D. von Loeffelholz (Hrsg.) (2003), 9–15.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz und K. Sieveking (2003), Arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung. Szenarien der Zuwanderung sowie rechtliche und institutionelle Aspekte ihrer Steuerung. Schriftenreihe des RWI 68. Berlin: Duncker & Humblot.

Heilemann, U. und H. Rappen (2002), Aufbau Ost. In R.H. Hasse, H. Schneider und K. Weigelt (Hrsg.), *Lexikon Soziale Marktwirtschaft*. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn u.a.: Schöningh UTB, 107–110.

Heilemann, U. und H. Rappen (2002), Erblastentilgungsfonds. In R.H. Hasse, H. Schneider und K. Weigelt (Hrsg.), *Lexikon Soziale Marktwirtschaft*. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn u.a.: Schöningh UTB: 166–168.

Heilemann, U. und H. Rappen (2002), Solidaritätszuschlag. In R.H. Hasse, H. Schneider und K. Weigelt (Hrsg.), *Lexikon Soziale Marktwirtschaft*. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn u.a.: Schöningh UTB: 350–352.

Hernold, P. und H.D. von Loeffelholz (2002), Berufliche Integration von Zuwanderern. RWI-Papiere 81. RWI, Essen.

Kambeck, R. zu H.-W. Sinn (2003), Besteuerung, Wachstum und Ressourcenabbau. Ein Allgemeiner Gleichgewichtsansatz“. In D. Herz (Hrsg.), *Lexikon der ökonomischen Werke*. Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, erscheint demnächst.

Löbke, K. et al. (2002), Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit. Untersuchungen des RWI 39. RWI, Essen.

Loeffelholz, H.D. von (2002), Gesamtwirtschaftliche und sektorale Implikationen einer Reform der Eigenheimzulage. *Vhw-Forum Wohneigentum – Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft* 2002 (3): 116–120.

Loeffelholz, H.D. von (2002), Beschäftigung von Ausländern – Chance zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven. *IAB-Mitteilungen* 35 (4): 628–644.

Loeffelholz, H.D. von (2003), Germany: Managing Migration in the 21st Century. Comment to P.L. Martin, The German Case. In W.A. Cornelius, P.L. Martin and J.F. Hollifield (eds.), *Controlling Migration: A Global Perspective*. Stanford. Erscheint demnächst.

Loeffelholz, H.D. von, B. Fritzsche und R. Kambeck unter Mitarbeit von P. Hernold (2002), Die effektive Inzidenz des deutschen Steuersystems. *Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen* 2002 (10): 37–43.

Loeffelholz, H.D. von und H. Rappen (2002), Wie wird die Finanzkraft im Länderfinanzausgleich gemessen und wie stark sollte sie ausgeglichen werden? In C. Hüttig und F. Nägele (Hrsg.), *Neue Maßstäbe? Finanzausgleich und die Zukunft des deutschen Föderalismus*. Loccumer Protokolle 74/00. Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 159–179.

Loeffelholz, H.D. von und H. Rappen (2002), *Demographische Entwicklung und Kommunal финанzen im Ruhrgebiet*. Essen: Projekt Ruhr.

Martin, P.L., H.D. von Loeffelholz and T. Straubhaar (2002), *Managing Immigration for Economic Growth: Germany and the United States in Comparative Perspective*. AICGS-Policy Report # 1. American Institute for Contemporary German Studies at the Johns Hopkins University, Washington, DC, and Baltimore, MD.

Löbbe, K. in cooperation with R. Gordon et al., *New Economy – An Assessment from the German Viewpoint*. Untersuchungen des RWI, erscheint demnächst.

Rappen, H. (2002), *Blühende Landschaften? Die Infrastruktur als finanzpolitische Variable des Aufbaus Ost*. In H. Denzer (Hrsg.), *Glanz der Infrastruktur – Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland*. München: Olzog.

Ausgewählte Vorträge

Gebhardt, H., *Perspektiven und Optionen der deutschen Finanzpolitik*. Vortrag an der Fachhochschule Gelsenkirchen am 28. Mai 2002.

Gebhardt, H., *Perspektiven der Finanzpolitik und Probleme der Haushaltskonsolidierung*. Vortrag an der Fachhochschule Mönchengladbach am 3. Juni 2002.

Kambeck, R., *Steuern und Wirtschaftswachstum – Ein Vergleich eines Lebenszyklusmodells mit einem Modell mit unendlichem Zeithorizont*. Vortrag im Oberseminar des Seminars für Finanzwissenschaft an der Universität zu Köln am 27. November 2002.

Loeffelholz, H.D. von, *Gesamtwirtschaftliche und lokale Konsequenzen des demographischen Wandels*. Vortrag an der Fachhochschule Mönchengladbach am 14. Januar 2002.

Loeffelholz, H.D. von, *Lage und Aussichten des deutschen Alterssicherungssystems*. Vortrag beim Lions-Club Essen Assindia am 13. Februar 2002.

Loeffelholz, H.D. von, *Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wirkungen des Eigenheimbaus*. Vortrag bei der Jahrestagung der Europäischen Bausparkassenvereinigung am 23. April 2002 in Brüssel.

Loeffelholz, H.D. von, *Future Labour Markets and Immigration. Some Remarks to the Actual Discussion on Managed Immigration in Germany*. Vortrag bei der Auftaktkonferenz „Human Capital and Labour Markets“ der neuen Förderperiode des Graduiertenkollegs „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund und des RWI in Zusammenarbeit mit dem Economics Department, University of Leicester, UK, am 25. April 2002 in Bochum.

Loeffelholz, H.D. von, *Toward a „New“ Immigration Policy in Germany*. Vortrag bei der internationalen Konferenz „Controlling Immigration: A Global Perspective“, veranstaltet vom Centre of Comparative Immigration Studies (CCIS) der University of California, San Diego, CA, am 18. Mai 2002 in La Jolla, CA.

Loeffelholz, H.D. von, *Ökonomische Herausforderungen durch den demographischen Wandel*. Vortrag beim Achten Offenen Forum der National Coalition zur UN-Kinderrechtskonvention am 5. Juni in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, „Green Card“ for Computer Professionals, Job Market and Managing Immigration for Economic Growth in Germany. Vortrag bei der internationalen Konferenz „Managing Immigration for Economic Growth: Case Studies in Germany and the US“, veranstaltet vom RWI, dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC, und der University of California at Davis, CA, am 10. Juni 2002 in Essen.

Loeffelholz, H.D. von, Immigration of Skilled Workers into Germany. Vortrag bei der internationalen Konferenz „Managing Immigration for Economic Growth: Immigration of Skilled Workers. Lessons and Policy Implications“, veranstaltet vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, und dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC, und der University of California at Davis, CA, am 14. Juni 2002 in Washington, DC.

Loeffelholz, H.D. von, Fiscal Sustainability and Public Sector Investment in Germany. Vortrag beim German Desk der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) am 27. Juni 2002 in Paris.

Loeffelholz, H.D. von, Der Stabilitätspakt vor der Herausforderung – Ausgaben- statt Defizitpolitik. Vortrag im Rahmen des 6. Wirtschaftsgesprächs mit den Freunden und Förderern des RWI zum Thema „Jahrhundertflut, schwache Konjunktur, Stabilitätspakt – Konjunkturelle und strukturelle Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft“ am 6. November 2002 in Essen.

Loeffelholz, H.D. von, Konsolidierung des Staatshaushalts und öffentliche Infrastrukturinvestitionen. Vortrag im Rahmen der Konferenz „Was ist zu tun? – Wirtschaftspolitische Agenda in dieser Legislatur“ veranstaltet vom Europäischen Zentrum für Staatswissenschaft und Staatspraxis der FU, HU und TU Berlin (EZ), und dem RWI am 29. November 2002 in Berlin.

Rappen, H., Blühende Landschaften? Die Infrastruktur als finanzpolitische Variable des Aufbaus Ost. Vortrag bei der Tagung „Glanz der Infrastruktur – Elend der politischen Kultur?“ veranstaltet von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am 12. bis 14. April 2002.

Rappen, H., Berichterstattung „Bestandsaufnahme der bisherigen Aufholprozesse im Bereich der Infrastruktur und Identifikation der Bereiche mit besonders großen Infrastrukturlücken. Infrastrukturaufbau und Umsetzung des Solidarpakts II: Herausforderungen für die neuen Länder und den Bund“. Workshop des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und Prof. Dr. Helmut Seitz, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, am 30. und 31. Mai 2002 in Halle.

2002 abgeschlossene Gutachten/Stellungnahmen

Gemeinschaftsdiagnose

Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsinitiative

New Economy – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht

Verteilungswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen im konjunkturellen Zusammenhang

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Demographische Entwicklung im Ruhrgebiet und Kommunalfinanzen

Ermittlung von Tax Compliance Cost

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform. Bundestags-Drucksache 15/19, erstattet dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zur Anhörung vom 12. November 2002 in Berlin.

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zum Abbaus von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen – Steuervergünstigungsabbaugesetz (StVergAbG); Bundestags-Drucksache 15/119, erstattet dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zur Anhörung vom 15. Januar 2003 in Berlin.

Stellungnahme zum Hearing zur Nachhaltigkeit der NRW-Finanzpolitik, veranstaltet vom Wirtschafts- und Finanzausschuss des NRW-Landtags am 6. Februar 2003 in Düsseldorf.

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Mitarbeit im Arbeitskreis Steuerschätzung

Selbstveranlagung der Körperschaftsteuer

Die Auswirkung des Gesetzes zur stärkeren Berücksichtigung der Schadstoffemissionen bei der Besteuerung von Personenkraftwagen vom 18. April 1997 unter Berücksichtigung einer Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer

Kooperationen

Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen (zu Möglichkeiten und Grenzen von arbeitsmarktgesteuerter Zuwanderung)

American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC (Forschungsprojekt „Managing Immigration for Economic Growth“)

University of California Davis, CA (Forschungsprojekt „Managing Immigration for Economic Growth“)

Center for Comparative Immigration Studies (CCIS) der University of California, San Diego, CA. (Forschungsprojekt „Controlling Immigration: A Global Perspective“)

Beteiligung an der Hochschullehre

Gebhardt, H., Vorlesung „Wirtschaftspolitik“ an der Fachhochschule Gelsenkirchen, Wintersemester 2002/03

Kambeck, R., Finanzwissenschaftliches Mittelseminar „Einkommensverteilung und Soziale Sicherung“, gemeinsam mit Assistenten von Prof. Dr. Clemens Fuest, Seminar für Finanzwissenschaft, Universität zu Köln, Sommersemester 2002

Kambeck, R., Vorlesung „Sozialpolitik“ an der Fachhochschule Gelsenkirchen, Wintersemester 2002/03.

Loeffelholz, H.D. von, Vorlesung zur „Bedeutung der empirischen Wirtschaftsforschung für die Politikberatung“ (Sommersemester 2002) und zu „Demographischen Aspekten der Wirt-

schafts- und Sozialpolitik im Hinblick auf Humankapital und zukünftige Arbeitsmärkte“ (Wintersemester 2002/03) im Rahmen des Graduiertenkollegs „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund

Betreuung von Gästen (Auswahl)

Delegation des Amerikanischen Generalkonsulats Köln anlässlich eines Informationsbesuchs zu Aspekten der „neuen“ Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland am 22. März 2002

Besuch von deutschen und US-Arbeitsmarkt- und Zuwanderungsexperten anlässlich der RWI-Migrationskonferenz vom 8. bis 10. Juni 2002

Delegation der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin anlässlich eines Informationsbesuchs zu Fragen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der kommunalen Finanzen in Deutschland am 15. Mai 2002

Veranstaltungen und Organisation von Workshops (Auswahl)

Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen. RWI-Workshop in Zusammenarbeit mit Phil Martin, UC Davis, CA, und dem AICGS am 8. und 9. Juni 2002 in Essen

Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen. RWI-Workshop in Zusammenarbeit mit Phil Martin, UC Davis, CA, und dem AICGS am 14. Juni 2002 in Washington, DC

Sechstes Wirtschaftsgespräch des RWI mit Freunden und Förderern des Instituts zum Thema „Bilanz der rot-grünen Bundesregierung und Agenda für die nächste Legislaturperiode“ am 6. November 2002

Konferenz des RWI und des Europäischen Zentrums für Staatswissenschaft und Staatspraxis der FU, HU und TU Berlin (EZ) zur „Wirtschaftspolitischen Agenda für diese Legislaturperiode“ vom 29. und 30. November 2002 in Berlin

Praktikanten und studentische Hilfskräfte

Frau Maria Rudakowa, Ruhr-Universität Bochum / Lomonossow-Universität Moskau
 Herr Marius Baader, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
 Herr Thorsten Schüler, Ruhr-Universität Bochum
 Herr Heinz Hans, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg / University College, Cork, Irland

Promotionsvorhaben

P. Hernold, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und öffentliche Ausgabenentwicklung

N. van de Locht, Finanzmärkte und realwirtschaftliche Entwicklung

Mitarbeit in Gremien

H. Gebhardt, Arbeitskreis Steuerschätzungen

Summerschool „Arbeit mit ökonomischen Modellen“

Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Essen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg vom 9. bis 13. September 2002 zum fünfzehnten Mal weitgehend nach den Mustern der Vorjahre durchgeführt. So konzentrierte sich die „Summerschool“ in der praktischen Arbeit auf die technische Bearbeitung des RWI-Konjunkturmodells bis hin zu Prognosen und Simulationen für die Gestaltung und Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Der theoretische Teil wurde erneut durch eine Darstellung der Integration des RWI-Konjunkturmodells in den internationalen Modellverbund *Project LINK* ergänzt; eine Einführung in die Kointegrationstheorie leistete wiederum ein Vortrag von Prof. Dr. *Jürgen Wolters*, Freie Universität Berlin. Die Teilnehmer stammten aus dem deutschsprachigen Raum und kamen aus Wirtschaft, Verwaltung, unabhängigen Forschungseinrichtungen sowie verstärkt aus Hochschulen (Studenten und Mittelbau); sie konnten einen unmittelbaren Eindruck von der Anwendung ökonomischer Modelle gewinnen und darüber hinaus selbständig Prognosen und Simulationen durchführen.

Die Arbeiten anderer Gruppen

Statistik

Als *Service-Einrichtung* ist die Abteilung in erster Linie für Beschaffung und Bereitstellung von Daten zuständig. Im Berichtsjahr ist die manuelle Erfassung neuer Bestände fast völlig vom elektronischen Transfer verdrängt worden. Die schnelle Verfügbarkeit amtlicher Daten hat den Aufbau neuer und die Aktualisierung bestehender Bestände wesentlich beschleunigt. Die damit einhergehende Erweiterung des Umfangs der Datenhaltung wird überwiegend mit relationalen Datenbanken, die eine gezielte Selektion ermöglichen, bewältigt. Die Aufbereitung und Bearbeitung von Datensätzen erfolgt nach den Anforderungen der jeweiligen Forschungsgruppen. Die Ergebnisse der Arbeiten werden überwiegend in Tabellenform und als Arbeitsgrafiken bereitgestellt. Übersichtliche Aufbewahrung und Dokumentation statistischer Quellen erleichtern dem Informationssuchenden in Verbindung mit fachkundiger Beratung das Auffinden der gesuchten Zahlen und garantieren Datensicherheit.

Die *Schwerpunkte der Arbeiten*

der Abteilung ergaben sich im Jahr 2002 aus der Umstellung auf den Euro; inzwischen sind alle aktuellen Datenbestände angepasst. Daneben gewinnen Aufbereitungen aus Stichproben einen wachsenden Stellenwert. Auch ist die Datenrecherche via Internet inzwischen unverzichtbar geworden. Spezielle Aufgaben leiten sich aus den Anforderungen der Forschungsgruppen ab:

So wurden für die Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen“ regionalisierte Daten des LDS NRW zur Bevölkerungsprognose 1998 im Hinblick auf kommunale Fi-

nanzen ausgewertet. Dabei erfuhr auch die Gemeindefinanzdatenbank eine Erweiterung. Aufbereitungen aus Mikrodatenbeständen wie SOEP und EVS 98 wurden für verschiedene Projekte angefordert. Ebenso werden die Steuerrechtsänderungen seit 1964/1965 aufgenommen und ständig aktualisiert.

Kern der Arbeiten für die FG „Regionalwirtschaftliche Analysen“ war 2002 die Aufbereitung des IAB-Betriebspanels mit Hilfe von SPSS zur Auswertung der Betriebsbefragungen 2000 und 2001 im Land Nordrhein-Westfalen. Außerdem wurden Daten zur Wirtschaftsstruktur nach Arbeitsamtsbezirken in NRW und Arbeitslosendaten für die Gemeinden in Gesamtdeutschland nach Zugang und Bestand monatlich gepflegt.

Für die Forschungsgruppe „Konjunktur“ standen die Aktualisierung und Aufbereitung der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Preisindices, des Auftragseingangs und des Umsatzes im Produzierenden sowie im Baugewerbe im Mittelpunkt, nicht zuletzt weil die Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2002 im Institut stattfand. Für den Konjunkturbericht NRW wurden wiederum Saisonbereinigungen vorgenommen sowie Tabellen und Grafiken für den Anhang erstellt. Die Datenpflege des RWI-Konjunkturmodells mit Hilfe der neuen Version des Zeitreihenanalysesystems EViews wird laufend unterstützt. Wie in der Vergangenheit wurde auch wieder im Rahmen der „Summerschool“ mitgearbeitet. Zur Analyse der Treffsicherheit von Prognosen sind zahlreiche Prüfmaße berechnet worden. Im Rahmen von *Project LINK* ist von der Abteilung eine intensive Daten- und Textrecherche durchzuführen.

Für die Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ wurde die internationale „Bach-Datei“ der Europäischen Kommission via Internet aktualisiert und ergänzt. Mit Hilfe eines Verkettungsverfahrens konnten jährliche Veränderungsraten der Bilanzdaten von Unternehmen ermittelt werden. Außerdem wurden Eurostat-Daten zum Innovationsverhalten in europäischen Ländern aufbereitet.

Bei den Tätigkeiten für die Forschungsgruppe „Energie“ hat die „Energiebilanz“-Datenbank ihre endgültige Form erhalten. Im Rahmen dieser Arbeiten sind die Energieverbrauchs-Datenbank und andere Indikatoren aus der VGR der Länder integriert worden.

Nachdem die Forschungsgruppe „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ eine Änderung in der Erfassung der „Unternehmensdatenbank Globalisierung“ durchgeführt hat, überträgt die Abteilung die wichtigsten Bilanzdaten Deutscher Aktiengesellschaften aus deren Geschäftsberichten nun unter *Oracle*. Damit ist ein privilegiert geregelter Zugriff mehrerer Nutzer auf die Datenbank möglich. Wesentliche Teile der monatlichen Datenlieferungen von IWF, OECD und EUROSTAT sind in einer zentralen Datenbank mit internationalen VGR-Daten enthalten. Aus Gründen der Aktualität werden die Arbeitstabellen aus den jeweiligen nationalen Quellen via Internetabfrage erstellt. Ebenfalls monatlich werden die Außenhandelsdaten Deutschlands nach Ländern, Gütergruppen- und Warenverzeichnis zur Verfügung gestellt. Die Berechnung der nominalen und realen effektiven Wechsel-

kurse erfuhr eine wesentliche Änderung in der zugrunde gelegten Datenbasis; die entsprechende Programmierung ist noch nicht abgeschlossen.

Auf Anfrage der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“ wurden deren Mitarbeiter in Workshops in der Abfragetechnik für die Handwerks-Datenbank geschult. Die Daten für Projekte zu den Determinanten des Strukturwandels im Handwerk und zur Regulierung des Bauproduktmarktes wurden fortlaufend aktualisiert und ergänzt. Die Ergebnisse des Mikrozensus der Erhebungsjahre von 1989 bis 1997 wurden mit Hilfe von SPSS analysiert und aufbereitet. Schließlich wurden Indices der Einkaufs- und Verkaufpreise nach Wirtschaftszweigen zusammengestellt.

Bei der technischen Ausstattung

im Hardwarebereich wurden nunmehr alle PCs auf das Betriebssystem Windows XP umgestellt. Dadurch erforderliche Anpassungen alter DOS-basierter Datenbestände und Programme konnten frühzeitig vorgenommen werden. Mit Clementine 7.0 steht eine neue Version des Data-Mining- Programms zur Verfügung. Das Statistikpaket STATA.7 ergänzt das vorhandene SPSS 11. Eine dreimonatige Probezeit überzeugte, eine Lizenz zur Nutzung der DRI Webabstract Onlinedatenbank für das Jahr 2003 zu erwerben.

EDV

Erneut wurde etwa ein Drittel der im Einsatz befindlichen PCs und Laserdrucker ersetzt; seit dem letzten Quartal 2002 wird Windows XP statt Windows 2000 auf den PCs installiert, im Druckbereich kommen erstmals auch Farblaserdrucker zum Einsatz.

Die im Internet verfügbaren Informationen über das Institut werden seit Mitte des Jahres auf völlig andere Art und Weise bereitgestellt, und zwar durch:

Oracle Internet Application Server 9i AS

Dieser Server wurde installiert, um Institutsapplikationen und Websites zu betreiben. Er bietet die integrierte Umgebung für die Entwicklung und Verteilung von Inter- und Intranet-Anwendungen. Der Server ist geeignet, transaktionsfähige Anwendungen ins Web zu stellen und somit einer großen Anzahl von Nutzern Informationen zur Verfügung zu stellen. Er erfüllt hohe Anforderungen hinsichtlich Skalierbarkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit, Interoperabilität, Verzeichnis- und Transaktionsdiensten sowie Datenbankzugriffen. Der bisherige HTTP-Server von Netscape wurde durch den im Oracle Server integrierten Apache-Server abgelöst.

Oracle Portal

ist ein webbasiertes Werkzeug zum Erstellen und Veröffentlichen von Web-Portalen und Intranet-Informationssystemen. Es beinhaltet eine Verwaltungs- und Dienstplattform, die mit Sicherheitslayern umfangreiches Daten- und Informationsmanagement gestattet. Dazu zählen insbesondere:

- die Gestaltung von Websites und Webstyles (*Page Designer*);
- der Zugriff, die Erstellung und die Veröffentlichung von Inhalten (*Content Manager*);
- der personalisierte Zugriff auf unterschiedliche Inhalte (*Single-Sign-On-Server*);
- das selbständige Erstellen von Inhalten durch autorisierte Benutzer (*Self-Service-Publishing*).

Sämtliche Internetseiten wurden mit Oracle Portal nach einer Neugestaltung in die Oracle Datenbank portiert. Damit wurden die Voraussetzungen für zukünftige Anwendungen wie Volltextrecherche in Institutsveröffentlichungen, Dokumentenarchivierung, Anbieten von Datenbanken usw. geschaffen.

Der UNIX-Server Sun 5000, der für die Datenhaltung unter Oracle und die Datensicherung der Server zur Verfügung steht und durch die neue Form der Speicherung von Internetinhalten entsprechend belastet wird, sollte im Bereich von CPUs und Arbeitsspeicher hochgerüstet werden. Wirtschaftlichkeitsüberlegungen (Alter, Wartung) führten aber schließlich dazu, noch im Jahr 2002 einen Nachfolgerechner zu bestellen.

Um die Sicherheit des Hausnetzes zu erhöhen, wurde die *Sun Screen Firewall* Software vom Internet-Rechner Sun E450 auf eine SunBlade100 (neuer Firewall-Rechner) umgesetzt, was Umstrukturierungen des internen Hausnetzes erforderlich machte. Die Vorgabe für diese Umstellung war, mit wenig Aufwand die Sicherheit für das lokale Netzwerk zu erhöhen. Deshalb waren IP-Umstellungen der internen Server und des Default-Routers ausgeschlossen. Der neue Firewall-Rechner erhielt die IP-Adresse des Routers, um transparent den Client-Zugriff auf das Internet zu ermöglichen und gleichzeitig interne und externe Dienste wie Mail, Web und Ftp-Server zuzulassen. Zwischen Firewall-Rechner und Router wurde ein Transernetz eingerichtet. Der dafür erforderliche neue Adressraum wurde über den DFN-Verein bereitgestellt.

Die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“ der Forschungsgruppe *Internationale Wirtschaftsbeziehungen* wurde bisher auf PCs unter Microsoft-Access gepflegt. Bei dieser Form der Datenhaltung kann nicht mehr als ein Mitarbeiter zeitgleich mit den gespeicherten Inhalten arbeiten. Um die Einsatzmöglichkeiten zu erweitern, wurde die Datenhaltung auf Oracle auf dem UNIX-Server umgestellt. Dazu wurden die bestehenden Global-Daten mit einem Oracle-Tool in die Oracle-Datenbank importiert. Die Access-Anwendung als solche blieb erhalten, die Verbindung zur Oracle-Datenbank geschieht über einen ODBC-Treiber. Damit können nun mehrere Mitarbeiter zeitgleich auf die Daten zugreifen.

Die Abteilung hat sich an der Beschaffung einer neuen Telekommunikationsanlage beteiligt; dazu wurde eine Reihe von Gesprächen mit Anbietern geführt, mögliche und gewünschte Leistungsmerkmale diskutiert und der Anbieter ausgewählt. Die Anlage wurde zum Ende des Jahres 2002 installiert.

Von den zahlreichen organisations- und verwaltungstechnischen Aufgaben der DV-Gruppe sind besonders zu erwähnen:

- die Bereitstellung der zentralen Server unter UNIX und Windows 2000/NOVELL;
- die Mitarbeit an der 15. Summerschool des RWI, der Universität Essen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg;
- die Begleitung einer Reihe von Arbeiten der Forschungsgruppen, der technischen Abteilungen sowie der Verwaltung.

Grafik

Im Jahr 2001 verlagerte sich die Bereitstellung von Präsentationsgrafiken von den Print-Medien (Overhead-Folien) zunehmend in den Bereich der multimedialen Präsentation, z.B. PowerPoint, ein Präsentationsprogramm des Office-Pakets von Microsoft, das im Institut standardmäßig verwendet wird. Bei der Ausgabe von farbigen Grafiken auf Print-Medien (Papier) sind dagegen immer größere Stückzahlen von Bedeutung, etwa für die Ausstattung von Auftragsarbeiten mit Farbseiten. Um den Anforderungen in diesem Bereich auch weiterhin zu genügen, wurde ein Farb-Laserdrucker angeschafft. Die Anfertigung von Grafiken zur internen Weiterverarbeitung mit DTP-Programmen stellt nach wie vor einen weiteren Schwerpunkt dar und wurde in bewährter Weise abgewickelt.

Bibliothek

Aufbau und Organisation der Bibliothek des RWI orientieren sich an den spezifischen Aufgaben des Instituts: sie dient in erster Linie den wissenschaftlichen Mitarbeitern als Informationsquelle, steht darüber hinaus aber auch externen Interessenten als Präsenzbibliothek zur Verfügung.

Neben wirtschaftswissenschaftlicher Literatur wird aufgrund der empirisch ausgerichteten Arbeiten des Instituts eine Vielzahl von Wirtschaftsstatistiken bezogen. Hierzu zählen neben den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die nahezu vollständig gesammelt werden, zahlreiche Publikationen der Statistischen Landesämter, der Bundesministerien und anderer Bundes- bzw. Landesbehörden sowie Verbandsstatistiken. Für internationale Vergleiche und weltwirtschaftliche Themen stehen Originalstatistiken einiger Länder (z.B. Vereinigte Staaten, Großbritannien) und Veröffentlichungen internationaler Organisationen, speziell der OECD, der UN, des IMF sowie der Europäischen Gemeinschaften zur Verfügung. Darüber hinaus kann die Bibliothek auf einen Bestand von rund 300 nationalen und internationalen ökonomischen Zeitschriften zurückgreifen. Aufgrund eines umfangreichen Schriftenaustauschs stehen zahlreiche Publikationen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und Universitätsinstitute bereit.

Die Zahl der Neuzugänge von Monographien lag im Jahr 2002 bei rund 2 400, so dass sich der Gesamtbestand der Bibliothek auf nunmehr etwa 90 000 Bände be-

läuft. Im Berichtszeitraum wurden zudem rund 3 000 unselbständige Artikel aus Zeitschriften und Sammelwerken aufgenommen, so dass Ende des Jahres 62 000 Titelnachweise für Online-Recherchen im eigenen Bestand zur Verfügung standen. Katalogisierung der Bibliotheksbestände, Ausleihe und Periodikaverwaltung erfolgen seit 1997 mit der Bibliothekssoftware *BibliothecaWin*. Grundlage für die sachliche Erschließung ist der vom HWWA-Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv erstellte *Thesaurus Wirtschaft*.

Wie in den Vorjahren wurde die Bibliothek wiederum von einer großen Anzahl externer Besucher aus den Bereichen Wissenschaft – Universitäten und Fachhochschulen –, Wirtschaft und Bildung benutzt. Vor allem bei Diplomarbeiten und Dissertationen konnte Hilfestellung geleistet werden. Das Spektrum der Anfragen reichte dabei von der allgemeinen Nachfrage nach Veröffentlichungen des Instituts über Anfragen zu Themen, die das Institut traditionell bearbeitet, z.B. Stahlindustrie, regionale Themen, oder die das Institut in den vergangenen Jahren ausführlich behandelt hat – Umweltökonomie, Strukturberichterstattung, Europäische Integration – bis hin zu Literaturrecherchen zu spezifischen Problemstellungen, die sich häufig an aktuellen Tagesthemen orientieren.

Die rasante Entwicklung neuer elektronischer Informationssysteme, die zunehmende Verfügbarkeit von Informationen über das Internet und die damit verbundene verstärkte Nachfrage nach aktuellen Informationen haben zu einer veränderten Aufgabenstellung moderner Bibliotheken von der klassischen Bestandsorientierung hin zur Beschaffungsorientierung geführt. Diese neuen Rahmenbedingungen zeigen sich besonders deutlich in wissenschaftlichen Spezialbibliotheken wie der des RWI. Da es einzelnen Wissenschaftlern vielfach kaum noch möglich ist, aus der Fülle der verfügbaren aktuellen Angebote ohne Weiteres die für seine Arbeit relevanten Informationen selbst zu beschaffen, wird diese Aufgabe der Bibliothek übertragen.

Somit liegt mittlerweile der Schwerpunkt der Arbeiten nicht mehr beim Nachweis der eigenen Bestände, einen breiten Raum bei den laufenden Aufgaben nimmt vielmehr die gezielte Recherche nach Dokumenten und Veröffentlichungen in externen Datenbanken wie z.B. GENIOS oder dem Internet bzw. die Beschaffung von Zeitschriftenartikeln über Dokumentenlieferdienste wie *Subito* ein. So wurden allein über *Subito* im Jahr 2002 mehr als 350 Aufsätze beschafft. Hinzu kommen rund 500 Fernleihen bei auswärtigen Bibliotheken. Das Angebot an relevanten Online-Zeitschriften, die den Institutsmitarbeitern über das Intranet zur Verfügung stehen, konnte um zwölf Titel erweitert werden.

Veröffentlichungen des Instituts

RWI-Mitteilungen

Jahrgang 52 (2001)

Heft 3:

Hernold, P., Gesundheitsversorgung in den neuen Bundesländern: Anhaltende Finanzierungsprobleme und struktureller Reformbedarf

Nehls, H., Die Geldpolitik und die Geschäftsbanken – Zinstransmission in den Ländern der Währungsunion

Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz, Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung nach Deutschland

Heft 4:

Dehio, J., Gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Veränderungen der Konsumstruktur

Trettin, L., Kleinunternehmen im Wertstoffhandel der City of Calcutta – Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit

Trettin, L., M. Rothgang und B. Lageman, Projektbezogene Technologieförderung in kleinen und mittleren Unternehmen – Theoretische Aspekte und empirische Befunde

Jahrgang 53 (2002)

Heft 1–4: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftspolitik auf dem Wege in die wissensbasierte Ökonomie. Festschrift für Paul Klemmer. Herausgegeben von Bernhard Lageman, Klaus Löbbe und Heinz Schrumpf

Frommknecht, H., Zum Geleit

Lageman, B., K. Löbbe und H. Schrumpf, Zu diesem Heft

Rothgang, M., Wie wirkt Technologiepolitik? Eine Betrachtung aus unterschiedlichen Perspektiven

Dehio, J. und R. Graskamp: Perspektiven der Internet-Wirtschaft

Lageman, B., Deutsche Mittelstandsfinanzierung im Umbruch – Aufbruch in ein neues System?

Welter, F., Entrepreneurship-Förderung an Hochschulen

Dürig, W., Wandel des Berufsbildes des selbständigen Handwerksmeisters in der wissensbasierten Ökonomie

Graskamp, R. und K. Löbbe, Unternehmensfunktionen, Standortwahl und sektoraler Strukturwandel

Wienert, H., Handelsmatrizen als Instrument zur Erfassung von Veränderungen im internationalen Warenhandel

Gitter, R. J. und M. Scheuer, Winnetou in the 21st Century: A Look at American Indians in Today's Labor Market

Schrumpf, H., Die Zukunft der Regionalpolitik in einer erweiterten Europäischen Union

Müller, B., Regionale und strukturelle Aspekte der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen: Suchverhalten und Eigeninitiative von Arbeitslosen

Siebe, T., Beschäftigung, Dienstleistungen und Industriebasis – Zwei nordrhein-westfälische Regionen im Vergleich

Neumann, U., Differenzierungsmuster – eine kleinräumige Bestandsaufnahme am Beispiel des Ruhrgebiets

Wenke, M., Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft - das Beispiel der Hochschule Niederrhein

Walter, J. und R. Kampmann, Die Fachhochschule Gelsenkirchen als „Innovationsmotor“ für die Emscher-Lippe-Region

Hamm, R., Die Bedeutung des Flughafens Mönchengladbach für die wirtschaftliche Entwicklung am Mittleren Niederrhein

Hillebrand, B., Die ökologische Steuerreform – ein Zukunftsmodell der Vergangenheit?

Storchmann, K.-H., Umweltpolitik und Kapitalstock – Determinanten der Nutzungsdauer von Pkw im internationalen Vergleich

Lehr, U., Bewertung vor Gericht – Schadensmessung mit Hilfe der „Kontingenten Evaluierungsmethode“

Oberheitmann, A., Energieverbrauch und CO₂-Emissionen in der VR China – Determinanten, Entwicklung und Politikoptionen

RWI-Konjunkturberichte

Jahrgang 53 (2002)

Heft 1:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...

im Ausland zur Jahresmitte 2002:

Weltwirtschaft im Aufschwung – aber Risiken gewachsen

im Inland zur Jahresmitte 2002:

Verhalten aufwärts

Heft 2:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...

im Ausland zur Jahreswende 2002/2003:

Irak-Konflikt vergrößert weltwirtschaftliche Risiken

im Inland zur Jahreswende 2002/2003:

Am Rande der Rezession

RWI-Konjunkturbriefe

Jahrgang 2002

1: Mühsam aus der Flaute

Schriftenreihe des RWI

Heft 68: Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz und K. Sieveking, Arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung – Szenarien der Zuwanderung sowie rechtliche und institutionelle Aspekte ihrer Steuerung

Untersuchungen des RWI

Heft 41: Welter, F., B. Lageman unter Mitarbeit von M. Stoytcheva, Gründerinnen in Deutschland – Potenziale und institutionelles Umfeld

Heft 42: Fritzsche, B., R. Kambeck und H.D. von Loeffelholz unter Mitarbeit von P. Hernold, Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems

Heft 43: Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz (Hrsg.), Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung – neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen

RWI-Papiere

Nr. 81: Hernold, P. und H.D. von Loeffelholz, Berufliche Integration von Zuwanderern

Nr. 82: Klemmer, P., B. Hillebrand und M. Bleuel, Klimaschutz und Emissionshandel – Probleme und Perspektiven

Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand

Heft 14: Welter, F., Internationalisierung im Mittelstand

Heft 15: Welter, F., D. Smallbone, N. Isakova, E. Aculai, N. Schakirova, Female Entrepreneurship: a conceptual and empirical view

Schriften und Materialien zur Regionalforschung

Heft 11: Müller, B., Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2000

Vorträge im Institut

Prof Dr. Herman Stekler (George Washington University, Washington, DC), The State of Macroeconomic Forecasting (21. August 2002)

Prof. Christian Dustman (University College, London), Training and Unions (14. Oktober 2002)

Prof. Robert J. Gitter (Ohio Wesleyan University, Delaware, OH), Minimum Wages in USA (18. November 2002)

Prof. Clemens Fuest (Universität zu Köln), Tax Competition and Profit Shifting: On the Relationship Between Personal and Corporate Tax Rates (9. Dezember 2002)

Dr. Jochen Kluge (UC Berkeley, California), The Effect of Young Adults' Nest-Leaving on Parental Happiness (21. Januar 2003)

Satzung

Name, Sitz und Zweck

§ 1

1. Der Verein führt den Namen „Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung“. Er hat seinen Sitz in Essen und ist am 27.Mai 1943 in das Vereinsregister eingetragen worden.
2. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
Zweck des Vereins ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere auch die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen.
Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung von Forschungsvorhaben sowie die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen.
Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten sollen nach Möglichkeit veröffentlicht werden.
3. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Geschäftsjahr

§ 2

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Mitgliedschaft

§ 3

1. Mitglieder des Vereins können werden:
 - a) an den Zielen des Instituts interessierte Firmen,
 - b) Körperschaften des öffentlichen Rechts,
 - c) soziale und wirtschaftliche Organisationen.
2. Erwerb der Mitgliedschaft erfolgt aufgrund eines schriftlichen Antrages an den Vorstand mit Angabe des vorgesehenen Jahresbeitrages. Über den Antrag entscheidet der Verwaltungsrat.
3. Die Mitgliedschaft erlischt:
 - a) durch Auflösung;

- b) durch Kündigung seitens des Mitgliedes zum Ende des Geschäftsjahres; sie ist nur mit einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr zulässig. Die Kündigung hat durch eingeschriebenen Brief beim Vorstand zu erfolgen;
 - c) durch Ausschluß aufgrund einfachen Mehrheitsbeschlusses des Verwaltungsrates aus wichtigem Grund; gegen den Ausschluß ist die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig;
 - d) wenn ein Mitglied länger als zwei Jahre mit der Beitragszahlung im Rückstand ist.
4. Die Beendigung der Mitgliedschaft entbindet das Mitglied nicht von den bis zum Datum des Ausscheidens bestehenden Verpflichtungen. Ansprüche irgendwelcher Art an das Vermögen des Vereins entstehen bei Beendigung der Mitgliedschaft nicht.

Mitgliedsbeiträge

§ 4

1. Die Mitglieder haben einen Jahresbeitrag zu leisten, dessen Höhe der Selbsteinschätzung des einzelnen Mitgliedes überlassen bleibt; die Mitgliederversammlung setzt den Mindestbeitrag jährlich fest.
2. Die Mitgliedsbeiträge sind Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Wissenschaft im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953.

Ehrenmitglieder

§ 5

Die Mitgliederversammlung kann Persönlichkeiten, die sich um das Institut oder um die wirtschaftswissenschaftliche Forschung besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Ehrenmitglieder genießen die Rechte der Mitglieder; sie sind von Mitgliedsbeiträgen befreit.

Organe des Vereins

§ 6

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Verwaltungsrat,
3. der Vorstand.

Mitgliederversammlung

§ 7

1. Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet wenigstens einmal in jedem Geschäftsjahr am Sitz des Vereins statt, möglichst in der ersten Hälfte des Jahres.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn
 - a) der Verwaltungsrat ihre Einberufung beschließt,
 - b) mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Vereins die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt.
3. Zu der Mitgliederversammlung sind die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie ein Vertreter des Forschungsbeirates, die Vertreter des Betriebsrates und der Leitenden Angestellten nach §8, Ziffer1, Absatz2 einzuladen.
4. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates mit einer Frist von drei Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen. Die Frist beginnt mit Aufgabe der Briefe zur Post.

Die Mitgliederversammlung leitet der Vorsitzende des Verwaltungsrates und, wenn er verhindert ist, sein Stellvertreter.

5. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
 - a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes,
 - b) Beschlußfassung über die Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes und des Verwaltungsrates,
 - c) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates,
 - d) Wahl des Rechnungsprüfers,
 - e) Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages,
 - f) Entscheidung über die Berufung nach §3, Ziffer3c,
 - g) Beschlußfassung über Änderung der Satzung,
 - h) Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins,
 - i) Berufung der Mitglieder des Forschungsbeirates.
6. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates und von einem Mitglied des Vorstandes des Instituts zu unterzeichnen ist.
7. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Stimmrecht kann durch einen schriftlich bevollmächtigten Vertreter ausgeübt werden.
8. Sofern diese Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Ein Beschluß zur Änderung der Satzung bedarf einer Mehrheit von zwei Drittel der erschienenen Mitglieder; die beantragten Änderungen müssen den Mitgliedern in der Einladung zur Mitgliederversammlung bekanntgegeben sein.

Verwaltungsrat

§ 8

1. Dem Verwaltungsrat sollen mindestens 10, höchstens jedoch 15 Personen angehören, die möglichst aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen und geeignet sind, die Belange des Instituts wahrzunehmen und zu fördern. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben das Vorschlagsrecht für mindestens je ein Mitglied des Verwaltungsrates. Dem Verwaltungsrat gehören kraft ihrer Ämter der Präsident der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfäl-

lischen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Vorsitzende des Betriebsrates des Instituts an.

Ein Vertreter des Forschungsbeirats, ein weiteres Mitglied des Betriebsrates sowie ein Vertreter der Leitenden Angestellten des Instituts sind berechtigt, mit beratender Stimme an den Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen.

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl gilt bis zum Ende der dritten auf die Wahl folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung. Wiederwahl ist zulässig.
3. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und drei Stellvertreter, die den Vorsitzenden vertreten, wenn dieser verhindert ist.
4. Die Sitzungen des Verwaltungsrates finden wenigstens einmal in jedem Geschäftsjahr am Sitz des Vereins, in der Regel vor jeder ordentlichen Mitgliederversammlung statt. Sie werden durch den Vorsitzenden mit einer Frist von drei Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen und von ihm geleitet. Die Frist beginnt mit der Aufgabe der Briefe zur Post.

Eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrates ist einzuberufen, wenn mindestens fünf Mitglieder des Verwaltungsrates die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragen.

5. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Der Verwaltungsrat beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Nur die auf Vorschlag des Bundes und des Landes gewählten Mitglieder können sich vertreten lassen. Bei Beschlüssen von finanzieller Tragweite können die Vertreter des Bundes und des Landes nicht überstimmt werden.
6. Dem Verwaltungsrat obliegen folgende Aufgaben:
 - a) Beratung in allen Angelegenheiten des Vereins von besonderem Gewicht oder finanzieller Tragweite,
 - b) Beratung des jährlichen Forschungsprogramms,
 - c) Zustimmung bei der Übernahme weiterer und Einstellung bisheriger Aufgaben,
 - d) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
 - e) Zustimmung zur Geschäftsordnung des Vorstandes,
 - f) Beschlußfassung über den Haushaltsplan,
 - g) Beschlußfassung über die Berufsordnung für die Wahl des Präsidenten,
 - h) Entscheidung über den Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft nach §3, Ziffer 2,
 - i) Entgegennahme der Jahresrechnung.
7. Über die Beschlüsse des Verwaltungsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Vorstand

§ 9

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden (Präsidenten) sowie bis zu zwei weiteren Mitgliedern. Er ist Vorstand im Sinne des §26BGB. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich. Näheres bestimmt die Geschäftsordnung.
2. Der Präsident sollte Hochschullehrer sein, der in der empirischen Wirtschaftsforschung ausgewiesen ist. Er wird vom Verwaltungsrat auf Vorschlag einer Berufungskommission gewählt. Näheres regelt die Berufungsordnung, die der Verwaltungsrat beschließt.
3. Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Verwaltungsrat für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
4. Der Präsident leitet die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts im Benehmen mit den weiteren Vorstandsmitgliedern.
5. In Rechtsgeschäften mit Vorstandsmitgliedern wird der Verein durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates vertreten.
6. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Verwaltungsrates bedarf.
7. Der Vorstand insgesamt hat folgende Aufgaben:
 - a) Festlegung des Forschungsprogramms nach Stellungnahme des Forschungsbeirates und Beratung im Verwaltungsrat.
 - b) Aufstellung des Haushaltsplanes, der Jahresrechnung und Erstellung des Jahresberichtes.
 - c) Berufung der Leitenden Angestellten im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dessen Stellvertretern. Abschluß der Arbeitsverträge mit allen Mitarbeitern des Instituts.

Forschungsbeirat

§ 10

1. Zur wissenschaftlichen Beratung des Instituts wird ein Forschungsbeirat gebildet.
2. Dem Forschungsbeirat gehören mindestens 6, höchstens jedoch 12 international angesehene, im Berufsleben stehende externe Wissenschaftler oder andere Sachverständige auf dem Forschungsgebiet des Instituts, auch aus dem Ausland, an.
3. Die Mitglieder des Forschungsbeirates werden durch die Mitgliederversammlung berufen.
4. Die Berufung erfolgt auf vier Jahre. Eine einmalige Wiederberufung ist möglich. Der Nachfolger eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitgliedes wird für die jeweilige Restlaufzeit berufen.
5. Der Forschungsbeirat hat folgende Aufgaben

- a) Wissenschaftliche Begleitung, Beratung und Bewertung der Arbeiten des Instituts,
 - b) Bewertung des Forschungsprogramms des Instituts,
 - c) Bericht über die Bewertung gegenüber dem Verwaltungsrat,
 - d) Förderung der Arbeiten des Instituts.
6. Der Forschungsbeirat soll mindestens zweimal pro Jahr zusammentreten.
 7. Der Forschungsbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.
 8. Der Forschungsbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung.
 9. Die Mitglieder des Forschungsbeirates, der Vorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

Auflösung des Vereins

§ 11

1. Über einen Antrag auf Auflösung des Vereins kann nur abgestimmt werden auf einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung, die unter Einhaltung der Fristen und Formen gemäß §7 einberufen wurde.
2. Die Auflösung des Vereins kann nur mit zwei Drittel der Stimmen aller Mitglieder beschlossen werden.
3. Bei unzureichender Beteiligung an dieser Mitgliederversammlung ist innerhalb eines Monats – nicht aber für denselben Tag – eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, in der die Auflösung mit drei Viertel Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden kann.
4. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vereinsvermögen an das Land Nordrhein-Westfalen mit der Maßgabe, dass es für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Verfügung gestellt wird.

Essen, im Mai 1999

(Geänderte Fassung in der durch den letzten Änderungsbeschluß der Mitgliederversammlung vom 3. September 1998 beschlossenen Form; eingetragen in das Vereinsregister am 31. Mai 1999.)

Organisationsplan des RWI

vorläufig; Stand Dezember 2002

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
(Präsident)

Prof. Dr. Ullrich Heilemann
(Vizepräsident)

Stab des Vorstandes
(Forschungskoodinatoren)

Dr. J. P. Haisken-DeNew

Forschungsgruppe
**Internationale
Wirtschaftsbeziehungen**
Leitung:
Dr. R. Döhrn

Forschungsgruppe
Sektorale Strukturanalysen
Leitung:
Dr. M. Scheuer (komm.)

Forschungsgruppe
Konjunktur
Leitung:
Dr. E. Schäfer-Jäckel

Forschungsgruppe
**Öffentliche Finanzen
und Steuern**
Leitung:
Dr. H.D. von Loeffelholz

Forschungsgruppe
**Regionalwirtschaftliche
Analysen**
Leitung:
Dr. H. Schumpf

Abteilung
Bibliothek und Archiv
Leitung:
H. Westram

Forschungsgruppe
Handwerk und Mittelstand
Leitung:
Dr. B. Lageman

Forschungsgruppe
Energiewirtschaft
Leitung:
B. Hillebrand

Abteilung
Grafik
Leitung:
E. Jacob

Abteilung
Zentrale Bereiche
Leitung:
S. Reinhard

Abteilung
**Veröffentlichungen,
Presse und Information**
Leitung:
J. Schmidt

Abteilung
Datenverarbeitung
Leitung:
H. J. Münch

Abteilung
Statistik
Leitung:
K.-H. Herlitschke